
Ger
290
42.10
Schmoller - Dernburg - Reichstagsauflösung - 1907.

Schmoller Dernburg Delbrück
Schäfer Sering Schillings
Brunner Jastrow Penck Kahl

über

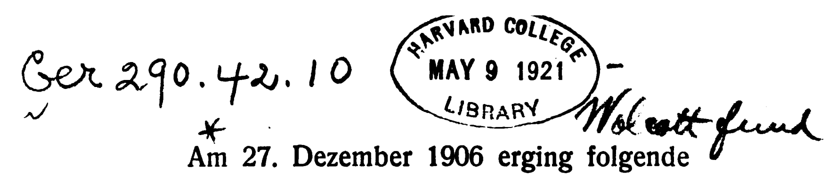
Reichstagsauflösung und Kolonialpolitik

Offizieller stenographischer Bericht
über die Versammlung in der Berliner Hochschule für Musik
am 8. Januar 1907

Herausgegeben vom Kolonialpolitischen Aktionskomité



Berlin 1907
Verlag Dr. Wedekind & Co. G. m. b. H.



Am 27. Dezember 1906 erging folgende

Einladung.

In der Krisis, die das Deutsche Reich heute durchzumachen hat, spielt die Frage der Kolonialpolitik eine wesentliche Rolle.

Die Politik, die unserm Vaterlande so bedeutende überseeische Interessen gab, erscheint bei wissenschaftlicher und geschichtlicher Betrachtung nicht als eine Folge persönlicher Neigungen und Liebhabereien leitender Staatsmänner, sondern als ein Ergebnis der Entwickelung des deutschen Nationalbewusstseins wie der deutschen Volkswirtschaft, des deutschen Handels, der deutschen Schiffahrt, des deutschen Exports; in allen grösseren entwickelteren Staaten Europas und Amerikas sind ähnliche weltpolitische Tendenzen zu Tage getreten.

Das deutsche Volk, das erst allmählich in diese Stellung hineinwächst, ist aufzuklären darüber, dass an eine Preisgabe der Weltmachtstellung und insbesondere der Kolonien nicht mehr zu denken ist, wenn es sich nicht selbst preisgeben will. Man mag über einzelne Fragen der Weltpolitik denken wie man will, die weltpolitische Tendenz in unserer Staatspolitik wird man nie und nimmer aufhalten können.

Von gegnerischer Seite wird man sich bemühen, den Wert unserer Kolonien überhaupt möglichst herabzusetzen; man wird alles versuchen, um das ohnehin erst in kurzer Entwicklung begriffene Verantwortungsgefühl des deutschen Volkes für seine Weltmachtstellung zu ersticken.

Hier muss eine Gegenaktion einsetzen

Von den einzelnen politischen Parteien werden wohl im Wahlkampf auch andere Fragen, bes. die der inneren Politik aufgerollt werden. Über diese Fragen denken auch die Unterzeichner dieser Einladung verschieden und sind überzeugt, dass auch in dem neuen Reichstag diese alten Gegensätze wirtschaftlicher und politischer Natur fortbestehen werden und müssen; einig aber sind sie in dem Punkte, dass eine starke und entschlossene Majorität zur Durchführung der Kolonialpolitik für die Zukunft des deutschen Volkes unentbehrlich und unerlässlich ist.

Unsere Gegenaktion gegen das kleinmütige Begehren Deutschland auf eine blosse Binnenpolitik zu beschränken und damit die Lebensfähigkeit unseres Volkes, das jährlich fast um eine Million Seelen wächst, zu unterbinden, soll in die weitesten Kreise des Volkes über unsere Kolonialpolitik Aufklärung bringen.

Wenn Sie mit dem Plane einer solchen Gegenaktion einverstanden sind und wenn Sie es für richtig halten, dass die Vertreter der Wissenschaft, der Kunst und der Literatur, der liberalen Berufe, versuchen ganz unabhängig von ihrer Parteistellung gemeinsam ihre Ueberzeugung in die Wagschale des öffentlichen Kampfes zu werfen, so laden wir Sie ergebenst ein, am

Dienstag, den 8. Januar abends 8 Uhr in dem Konzertsaale der Kgl. Akad. Hochschule für Musik

zu erscheinen und mit uns Unterzeichneten die Frage, was geschehen soll, zu beraten. Entsprechend unserem Plane sind die Führer der politischen Parteien nicht eingeladen. Die Hauptsache wird sein festzustellen, was die geladenen Kreise tun sollen, wie sie die öffentliche Meinung durch Erklärungen, durch Flugblätter, Vorträge etc. hier und auswärts beeinflussen können, welche Ausführungsorgane von der Versammlung hierfür gewählt und mit Mandat versehen werden sollen.

von Bergmann, Wirkl. Geh. Rat, O. Prof. d. Med. a. d. Universität Berlin. **Bode**, Geh. Reg.-Rat, Direktor der Kgl. Museen. **Heinrich Brunner**, Geh. Justiz-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Hans Delbrück**, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Heinrich Dernburg**, Geh. Justiz-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Oswald Flamm**, O. Prof. a. d. Techn. Hochschule Charlottenburg. **Ernst Francke**, Prof. **Otto Gierke**, Geh. Justiz-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Grantz**, Geh. Reg.-Rat, O. Prof., Rektor a. d. Techn. Hochschule Charlottenburg. **Adolf Harnack**, Wirkl. Geh. Ob.-Reg.-Rat, O. Prof. a. d. Univ. Berlin. **Jastrow**, Prof., Rektor d. Handels-Hochschule Berlin. **Joseph Joachim**, Prof., Direktor d. Kgl. Akadem. Hochschule für Musik. **Julius Kaftan**, O. Prof., Rektor der Universität Berlin. **Wilhelm Kahl**, Geh. Justiz-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Arthur Kampf**, Prof., Mitglied des Senats der Kgl. Akademie der Künste. **Heinrich Kayser**, Geh. Baurat. **E. Lampe**, Geh. Reg.-Rat, O. Prof. a. d. Kgl. Techn. Hochschule. **Lenz**, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Max Liebermann**, Prof. **Alfred Messel**, Prof. **Walther Nernst**, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **R. Olshausen**, Geh. Med.-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Albrecht Penck**, O. Prof. a d Universität Berlin. **Ludwig Pietsch**, Prof. **Preuss**, Privat-Dozent a. d. Universität Berlin. **Alois Riehl**, Geh. Reg.-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Max Sering**, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **F. Schaper**, Prof., Mitglied d. Senats d. Kgl. Akademie der Künste. **Dietrich Schäfer**, Grossherz. Bad. Geh. Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Theodor Schiemann**, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Erich Schmidt**, Geh. Reg.-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Gustav Schmoller**, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Adolph Wagner**, Geh. Reg.-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Anton v. Werner**, Wirkl. Geh. O.-Reg.-Rat, Direktor d. Kgl. Hochschule für die bildenden Künste. **Ulrich v. Wilamowitz-Möllendorff**, Geh. Reg.-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Ernst v. Wildenbruch**, Geh. Leg.-Rat a. D. **Wilhelm Waldeyer**, Geh. Med.-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. **Julius Wolff**, Prof. **Franz Schwechten**, Geh. Baurat. **Ludwig Manzel**, Prof. **Felix Schmidt**, Prof. **Richard Strauss**, Kgl. Kapellmeister.

Die Sitzung wird um 8 Uhr abends vom Herrn

Prof. Dr. **Schmoller**

mit folgender Ansprache eröffnet:

Meine Herren! Im Namen unseres provisorischen Kolonialpolitischen Aktionskomitees, das aus den Kreisen von Kunst, Wissenschaft und Technik hervorgegangen ist, habe ich zunächst allen Anwesenden unsern Dank auszusprechen dafür, dass sie so zahlreich erschienen sind und auch dafür, dass sie unserm Unternehmen ein so grosses Interesse entgegengebracht haben. Ich will es mit einem Worte zu rechtfertigen suchen, dass wir es unternommen haben, neben den politischen Parteien in den Wahlkampf einzugreifen, dass wir es unternommen haben, neben diesen Parteien zu einer Aktion einzuladen und Sie zu bitten, uns bei dieser Aktion zu helfen in diesem grossen, denkwürdigen Kampfe, in welchem hinter der Regierung in der Vertretung im Reichstage alle politischen Parteien mit Ausnahme des Zentrums und der Sozialdemokratie stehen. Wir glauben, dass gerade die heute hier versammelten Kreise berufen sind, an der Aufklärung unseres Volkes mitzuarbeiten, an der Aufklärung darüber, wie sehr unsere koloniale Weltmachtpolitik notwendig ist.

Gestatten Sie mir als Nationalökonomen und Statistiker ein Wort in dieser Beziehung auszusprechen. Ich will, ohne in die Materie selbst einzugreifen, nur mit ein paar Zahlen darlegen, dass ich voll guter Hoffnung bin, dass wir am Wahltage ein besseres Resultat erzielen können, als es bisher geschehen ist. Meine Herren! Deutschland hat bei den letzten Wahlen 12,5 Millionen Wähler gehabt. Davon verfügten die beiden Parteien, die der Regierung gegenüberstanden, über nicht mehr als 4,8 Millionen Wahlstimmen, es würden also 7,7 Millionen Wahlstimmen gegen diese beiden Parteien übrig bleiben. Warum haben nun diese nicht im Reichstage die Majorität? — Weil weit über 3 Millionen Bürger nicht gewählt haben! Bringen wir es dahin, dass endlich diese 3 Millionen ihre Schuldigkeit tun, so werden sich die Mandate im Reichstage doch wesentlich anders stellen!

Meine Herren! Ich habe nicht vor, in die Materie einzugreifen, ich habe nur noch ein Wort im Namen des provisorischen Aktionskomitees zu sagen, und das ist: ich ersuche die Versammlung, sich zu konstituieren.

Geh. Justizrat Prof. **Kahl**

(zur Geschäftsordnung): Ich mache den Vorschlag, den bisherigen Vorsitzenden des provisorischen Aktionskomitees zu ersuchen, auch heute in dieser Versammlung den Vorsitz zu führen. (Beifall.)

Prof. **Schmoller**:

Ich nehme diese Wahl dankend an und bitte Herrn Prof. Lampe von der Kgl. Technischen Hochschule an meiner Seite als stellvertretender Vorsitzender Platz zu nehmen. — Ich hoffe, dass er anwesend ist. (Ruf: Ja, hier bin ich!) — Dann bitte ich, hier Platz zu nehmen. — Als Schriftführer bitte ich Herrn Privatdozent Dr. Zöpfl und Herrn Dr. Dinse zu fungieren.

Ehe ich nun Exz. Dernburg das Wort gebe, habe ich einige geschäftliche Mitteilungen zu machen. Erst habe ich das Bedauern von sehr zahlreichen ersten Vertretern der Kunst auszusprechen, die sich an mich gewendet haben mit ihrem Bedauern, dass sie heute durch eine berufsmässige Versammlung im Künstlerhause verhindert sind, hier zu erscheinen. — Dann habe ich das Bedauern meines Kollegen Adolf Wagner auszusprechen, dass er nicht hier sein kann. Er ist durch den Todesfall seines Schwagers nach Wien abgerufen — ich nehme an, dass Sie aus dem Briefe Wagners an die „Tägliche Rundschau" schon Kenntnis davon genommen haben, was er Ihnen sagen wollte.

Alsdann habe ich noch die geschäftliche Bemerkung zu machen, dass wir natürlich für die agitatorische Tätigkeit, die wir entwickeln wollen, nicht unerhebliche Geldmittel gebrauchen, und wir bitten deshalb alle diejenigen, die etwas beisteuern wollen, beim Ausgang aus diesem Saale an einem der dort stehenden Tische, auf denen unsere Listen ausliegen, sich einzutragen und event. einen Beitrag zu zeichnen. Als Sammelstelle ist die Deutsche Bank, Depositenkasse M. am Lützowplatz zur Entgegennahme späterer Zahlungen bereit.

Das sind die geschäftlichen Mitteilungen, die ich Ihnen zu machen habe. Ich gebe nunmehr das Wort Seiner Exzellenz, dem Herrn stellvertretenden Kolonialdirektor Dernburg.

Stellvertretender Kolonialdirektor **Dernburg**

(durch begeisterte Zurufe und langen Beifall begrüsst):

Meine Herren, wenn Sie gütigst zugestimmt haben, mich hier vor Ihnen zu hören, so ist es wohl jedem von Ihnen klar gewesen, dass ich mich über die allgemeine Situation, wie sie sich durch die jüngsten und auch die früheren parlamentarischen Vorgänge gestaltet hat, nicht wohl äussern kann, und dass ich in meiner Stellung für die von der einen oder der anderen Partei vertretene These nicht eintreten kann. Es ist aber auch nach meiner Auffassung von dem Amte, welches ich bekleide, durchaus unnötig. Die Frage der deutschen Kolonien, ihre Behandlung und ihre Zukunft ist meines Erachtens ganz unabhängig von der Stellung, welche man im deutschen politischen Leben als Parteipolitiker einnimmt, sie ist unabhängig von der Konfession, sie ist unabhängig von der sozialen Stufe, auf welcher sich der Beurteilende befindet. Das Erfreuliche an den Kolonien ist gerade, dass sie ein verhältnismässig freies Feld geben für die uneingeschränkte Betätigung eines zivilisierten Volks, wie des deutschen, nach der Richtung der Uebertragung der ethischen Ideale, der kulturellen Fortschritte, seiner vorgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklung.

Wie es alle kolonisierenden Nationen erfahren haben, ist zwar die kolonisatorische Aufgabe eine schöne, aber auch eine ungemein schwierige und mit erheblichen Ausgaben verbundene. Die Nation, welche hierfür die Erkenntnis oder die Voraussetzung nicht hat, wird nicht erfolgreich kolonisieren können, und es ist ein Prüfstein auf das Selbstbewusstsein einer Nation, auf ihr ideales Streben und ihre materiellen Mittel, wie sie sich einer solchen Aufgabe gegenüberstellt. Für uns Deutsche ist die Periode, in der wir leben, dieser Prüfstein, wo die materiellen Erfolge noch kleiner sind, als man sie nach den aufgewandten Mitteln, und zwar unverständigerweise, verlangte, da Unglücksfälle, wie drei Aufstände in drei Jahren, grosse Anforderungen an die Opferfreudigkeit der deutschen Nation gestellt haben, und es steht jetzt zur Frage: Fühlt sich die Nation innerlich kräftig und stolz genug, eine einmal begonnene Kulturaufgabe nicht aufzugeben, fühlt sie sich reich genug, weitere Ausgaben zu machen, die nicht unmittelbar rentieren, oder will sie sich in Kleinmut, unter allerlei Aengstlichkeiten und gedeckt durch den Dampf, den die Kanoniere der Kolonialskandale erzeugen, zurückziehen? Dass es Politiker gibt, welche die Kolonien aufgeben wollen, unterliegt heute keinem Zweifel. Dass andere sehr scheu geworden sind, steht leider fest, dass eine gewisse Müdigkeit eingetreten ist, ist nicht zu bezweifeln. Demgegenüber gilt es jetzt, festzustellen, ob die deutsche Nation noch glaubt, eine grössere Mission erfüllen zu können, die gewisse Anforderungen an sie in allen ihren Teilen stellt, oder ob sie materialistisch bequem und gedankträge ausgetretene und unrühmliche Pfade wandeln will. Dass diese Pfade, gegenüber einer ganzen Anzahl zielbewusster Nationen, die ihre eigenen Hilfsquellen immer mehr und mehr zu einer geschlossenen Wirtschaft ausbilden, auch materiell unser Volk in einen Sumpf führen werden, ist klar.

Nicht mit Unrecht hat man dem deutschen Volk die Bezeichnung des Volks der Denker und der Dichter beigelegt, und so hart auch der geistige Wettkampf der Nationen gewesen ist, so hat doch Deutschland seine Position, in Hinsicht auf die Geisteswissenschaften an der Spitze der Kulturnationen zu marschieren, stets zu verteidigen gewusst. Neben diesen älteren Eichenkranz hat das letzte Jahrhundert einen zweiten gehängt, das Jahrhundert, in dem Deutschland an die Spitze der Nationen in bezug auf die angewandte Wissenschaft, auf die Technik getreten ist. *Diese Mittel aber sind die modernen Mittel der Erschliessung fremder Weltteile, der Hebung niedriger Kulturen, der Verbesserung der Lebenslage für Schwarze und Weisse*, und es ergeht an das deutsche Volk die Frage, will es hinsichtlich seines Kolonialbesitzes verzichten auf die Stellung, die es sich im heissen, ernsten und edlen Wettstreit erworben hat, die erste zu sein in bezug auf die Geisteswissenschaften, die erste in bezug auf die angewandte Technik. Das ist die grosse Frage der Stunde, und ich bin sicher, wenn sie klar und deutlich der Nation vor Augen geführt wird, wird die Antwort ein energisches Nein sein.

Wenn ein Missmut über die grossen Opfer entstanden ist, so liegt das zum grossen Teil daran, dass es in die breiten Schichten unseres Volkes bisher noch nicht gedrungen ist, was denn eigentlich Kolonisation heisst, weil diese Probleme den Binnendeutschen doch sehr fern liegen. Ich halte es auch nicht für unnützlich, hier ganz kurz darüber zu sprechen. Kolonisation, ganz gleichgültig, ob es sich um Plantagenkolonien oder um Ansiedlungskolonien handelt, heisst die Nutzbarmachung des Bodens, seiner Schätze, der Flora, der Fauna und vor allem der Menschen zugunsten der Wirtschaft der kolonisierenden Nation und diese ist dafür zu der Gegengabe ihrer höheren Kultur, ihrer sittlichen Begriffe, ihrer besseren Methoden verpflichtet.

Angewandt meint dieser Satz aber, dass das ganze Bild eines solchen in Kolonisation genommenen Landes sich von Grund aus ändert. Es ändert sich zunächst und von dem Gesichtspunkte des Naturhistorikers auch leider die ganze Fauna. Es verschwinden die wilden und gefährlichen Tiere: in den meisten Fällen setzt der Europäer Prämien auf deren Erlegung. Es verschwinden die nicht zähmbaren Nutztiere, die ihres Elfenbeins, ihres Felles usw. wegen erlegt werden, und es treten an ihre Stelle andere Nutztiere, die importiert werden. Mit dem Verschwinden dieser Tiere und der Anzucht anderer ändert sich aber natürlich auch ein Teil der Beschäftigung des Eingeborenen. Ebenso ändert sich die Flora, teils wird sie vom Eingeborenen raubbaumässig ausgebeutet, weil hohe Preise für die Produkte gezahlt werden, z. B. für Gummi, teils fällt sie der wirtschaftlichen Kultur mit besseren Methoden zum Opfer. Der Urwald wird teils ausgerodet, teils forstmässig verwaltet, die Dschungel werden durch Bahnen und Strassen durchbrochen. Aus Gründen der Schiffahrt und der Hygiene werden Wasserläufe korrigiert. Alles dies ändert naturgemäss wieder an seinem Teil auch die gewohnte Lebensweise und die gewohnte Arbeit des Eingeborenen. Dann kommen neue und bis dahin unbekannte Pflanzen, wie der Kakao und der Kaffee, die Baumwolle, der Sisalhanf und der Gummibaum, wenn nicht ganz unbekannt als Spezies, so doch als Varietät und mit ganz neuen Kulturmethoden, und auch denen muss sich nun wieder der Eingeborene anpassen.

Mit diesem allen aber kommt eine neue Obrigkeit mit neuer Sprache und ein neues Recht und nicht zum wenigsten es kommt zu ihm ein neuer Glaube, neue moralische Begriffe und es kommt zu ihm die Schule, Dinge, die zusammen neu auftretend, selbst einen Europäer in Verwirrung setzen würden. Nun ist aber der Eingeborene der wichtigste Gegenstand der Kolonisation, ganz besonders in allen unseren Plantagenkolonien. Denn da die Sklaverei — Gott sei Dank — abgeschafft ist, die geeigneten Arbeiter also nur entweder auf dem Wege des Kontrakts aus anderen Kolonien, oder aus der eigenen bezogen werden können, und die manuelle Leistung des Eingeborenen das wichtigste Aktivum bildet, so liegt hier ein wichtiges Problem. „Ich glaube nicht“ sagte

das englische Parlamentsmitglied Emmont beim vorjährigen internationalen Baumwollkongress in Manchester, „dass ein europäischer Kongress für irgend eine Frage notwendiger ist, als für die einer Behandlung der schwarzen Rassen, die den europäischen Mächten untertan geworden sind.“ Tausende von Jahren haben jene Eingeborenen gelebt von Krieg und der Sklavenjagd, von Jagd und vom Tierfang, von der okkupatorischen Gewinnung wilder Früchte, in den wenigsten Fällen von sehr mühelos wachsenden Pflanzenkulturen. Jahrtausende haben sie ihre eigenen Chefs und deren Gerichtsbarkeit gehabt, Jahrtausende war es ganz in der Ordnung, dass man die Rache am Feinde nahm unmittelbar, dass man Frauen hielt, so viele man bezahlen konnte, dass man die Feinde nicht nur tötete, sondern auch frass. Jahrtausende hat man an die Fetische und die Erdgeister geglaubt. Nun verlangen gewisse deutsche Kolonisatoren, dass innerhalb 30 Jahren oder einem ähnlichem Zeitraum nun diese Menschen alle umgewandelt werden, zivilisiert und produktiv werden nach europäischer Methode, Handel treiben und konsumkräftig werden sollen. Wenn schon die Geschichte aller anderen kolonisatorischen Nationen das direkte Gegenteil lehrt, so führt eine einfache Ueberlegung zu demselben Resultat.

Meine Herren, das ist das Hauptproblem. Dass dieses eines der schwersten Probleme ist, die es überhaupt zu lösen gibt, zeigt Ihnen die Geschichte der Vereinigten Staaten. Dort haben Sie seit 100 Jahren und mehr eine meistens von der afrikanischen Westküste bezogene schwarze Bevölkerung, also aus den Gegenden wo unsere Kolonien Togo und Kamerun liegen. Seit dem Jahre 1864 hat man diesen Negern die vollen Bürgerrechte eines republikanischen Gemeinwesens verliehen, mehr als 40 Jahre üben sie dieselben aus. Aber wenn man heute fragt, wo kann eine Gefahr für den Bestand der nordamerikanischen Republik und ihrer politischen Verhältnisse liegen, so wird ausnahmslos hingedeutet auf jene Masse von 9 Millionen viertel- und halbgebildeter Neger, die ihre ererbten Eigenschaften nicht verloren, von der Kultur nur diejenigen angenommen haben, die ihre Rechte vermehren, und deren Selbstbewusstsein in den meisten Fällen in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrer Intelligenz und ihrer Leistung steht, und das sind ausnahmslos christliche Neger in der dritten und vierten Generation, freie Amerikaner in der zweiten. Hier liegt das kulturelle Problem, das ethische Problem, welches wohl wert ist, dass man seine besten Kräfte einsetze. Wenn man mit gewalttätiger Hand eingreift in uralte Lebensgewohnheiten, Familienrechte, wenn man in aller Ehrlichkeit und mit allem Wohlwollen zu Felde zieht gegen den Aberglauben, wenn man Rechtsbegriffe aufpfropft, wo das entsprechende Rechtsempfinden fehlt, wenn man deutsch verwaltet mit der Pünktlichkeit des hohen Rechnungshofs in Potsdam, wenn man die Neger, deren Leistungsfähigkeit in den Tropen teils durch die Ungewohnheit zur Arbeit, teils durch das furchtbare Klima eine beschränkte ist, zu stark anspannt, und wenn man, — ich sage das mit aller Ueberlegung

—, über manche üblen und grausamen Gewohnheiten nicht unter Umständen wegsehen kann, so kommt man natürlich in den Zustand des beständigen Konfliktes, und wo man auf selbstbewusste, gut bewaffnete und ihrer numerischen Ueberzahl nach sichere Eingeborene trifft, kommt man selbstverständlich in den Aufstand, den man mit grossen Opfern zu beruhigen hat. Hier hilft nur langsame, verständige, überlegte Tätigkeit besonders befähigter und vorgebildeter Leute, deren Bewegungsfähigkeit nicht zu stark eingeschränkt werden darf. Nicht zu viel Vorschriften, keine Bureaukratie, sondern Männer mit gesundem Menschenverstand, freier Anschauung, die nicht zu viele Ziele zugleich im Auge haben und den Druck der neuen Regierung nur da ausüben, wo es eben zur Erfüllung jener beschränkten Aufgaben absolut notwendig ist.

Meine Herren: wie hat man früher kolonisiert? Es kam der Händler, es kam die Adventures Company und sie verkauften dem Eingeborenen, was er am liebsten haben wollte, den Schnaps, das „Feuerwasser", die Feuerwaffen. Man hat damit den Grund zur Zerstörung grosser Massen gelegt. Es ist ja zweifellos, dass manche Eingeborenenstämme geradeso wie manche Tiere in der Zivilisation untergehen müssen, wenn sie nicht degenerieren und Staatspensionäre werden. In unseren deutschen Kolonien sind wir erfreulicherweise mit diesen Elementen nicht zu stark belastet. Aber die Geschichte der Kolonisation der Vereinigten Staaten, doch des grössten Kolonisationsunternehmens, das die Welt jemals gesehen hat, hatte als ersten Akt, die nahezu vollständige Vernichtung der Ureinwohner. Demgegenüber ist es eine Freude, zn konstatieren, dass mit dem kulturellen Fortschritt in der Welt auch die Kolonisationsmethoden eine grosse Wandlung haben durchmachen können. Hat man früher mit Zerstörungsmitteln kolonisiert, so kann man heute mit Erhaltungsmitteln kolonisieren, und dazu gehören ebenso der Missionar, wie der Arzt, die Eisenbahn, wie die Maschine, also die fortgeschrittene theoretische und angewandte Wissenschaft auf allen Gebieten.

Wir haben erfreuliche Zeugnisse des Wirkens der Missionen in unseren Schutzgebieten, und ich brauche als Bürger eines Staates mit christlicher Kultur mich über die Wichtigkeit dieser Seite nicht weiter auszulassen. Wir haben glänzende Resultate des Arztes. Dem deutschen Arzt ist es gelungen, den gefährlichsten Feind der Weissen, die Malaria, zu bändigen. Nach den neuesten Nachrichten ist es ihm gelungen, einen der gefährlichsten Feinde der Schwarzen, der im letzten Jahre über 300 000 Opfer gefordert hat, der Schlafkrankheit, energisch entgegenzutreten. Er hat ein Mittel entdeckt, um die Rinderpest durch Impfung zu bekämpfen, eine Krankheit, die noch in unserem südwestafrikanischen Schutzgebiete innerhalb 20 Jahren Hunderte von Millionen gekostet hat. Dazu kommt die Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten und Schädlinge, lauter Feinden unserer wirtschaftlichen Kultur. Wir haben als wichtigstes Kolonisationsmittel die Eisenbahn. Sie nimmt von den Schultern und dem Rücken von Hundert-

tausenden von Trägern die Last, macht sie für andere Tätigkeit frei, verstattet ihre Bewegung nach den Orten, wo die Arbeit gefragt ist, sichert die Gesetzmässigkeit und die Rechtspflege. Die Eisenbahn macht den Eingeborenen konsumfähig. Denn wenn von unseren deutschen Kolonien nur gegenwärtig ein minimaler Prozentsatz, selbst der okkupatorisch zu gewinnenden Güter, seinen Weg nach der Küste findet, der Rest aber verdirbt, so ändert dies die Eisenbahn mit einem Schlage und Hunderttausende, ja Millionen von Eingeborenen werden verdienstfähig und beginnen ihren Verdienst anzulegen in Kulturgütern, die, wenn auch zunächst noch keinen sehr hohen Wert haben, doch einen gewissen besitzen, und die wieder andere Eingeborene dazu anreizen, sich auf dieselbe friedliche Weise in deren Besitz zu setzen.

In den „Mitteilungen der Ost-schweizerischen geographisch-kommerziellen Gesellschaft“ berichtete ein Forschungsreisender vor kurzem über den Einfluss der Uganda-Bahn in dem Deutsch-Ostafrika benachbarten Gebiete auf die Eingeborenen dortselbst. Der Reisende war vor 10 Jahren vor dem Bau der Eisenbahn schon in jener Gegend und konnte nun Vergleiche anstellen. Er schreibt, dass er hoch erstaunt war über die gewaltigen Veränderungen, welche die Eisenbahn besonders unter den Bergvölkern im Innern hervorgerufen hat. In friedlichen Kraalen wohnend, seien die wilden Stämme jetzt vollständig für die Arbeit gewonnen, und viele beginnen bereits englisch zu sprechen. Die vor 10 Jahren zu jeder Arbeit notwendigen indischen Kulis, welche 28 Francs pro Monat kosteten, sind durch einheimische Neger ersetzt, welche für 7 bis 10 Francs monatlich arbeiten. Das zeigte sich übrigens schon bei dem Bau des Endstückes der Eisenbahn, denn von 5115 Arbeitern, welche die Bahnverwaltung im Jahre 1904 beschäftigte, waren schon 2342 Afrikaner und von 4286 Arbeitern im letzten Baujahre 1905 sogar schon 3175 afrikanische Eingeborene. Raubzüge, die früher in dem Gebiete der Eisenbahn an der Tagesordnung waren, sind jetzt infolge des neuen Verkehrsmittels geradezu unmöglich geworden. Dagegen hat der Ackerbau der Eingeborenen und der Export von Körnerfrüchten, Kartoffeln und Bohnen aus dem Innern von Uganda seit 1903 sich verdoppelt und verdreifacht.

Die Technik ist vielleicht die wichtigste Hilfswissenschaft des Kolonisators. Wir haben den Bohrtechniker und den Windmotor, von dem wir mit Sicherheit erwarten können, dass sie das grosse, jetzt als wasserlos geltende südwestafrikanische Schutzgebiet in denselben blühenden Zustand versetzen werden, in dem sich zur Zeit die englische Kapkolonie befindet, die unter ganz gleichen Verhältnissen emporgewachsen ist, aber mangels dieser Hilfsmittel auch hundert Jahre dafür gebraucht hat. Wir haben den Elektrotechniker, der grosse ausbeutungsfähige Wasserkräfte in den Dienst der Kultur spannen wird. Ja sogar die direkte Sonnenwärme zu motorischen Zwecken nutzbar zu machen, ist gelungen, und die Versuche haben sich besonders in Kalifornien unter klimatischen Verhältnissen, die denen von Südwestafrika

ähnlich sind, angeblich nutzbar gezeigt. Wir haben den Geologen, der heute noch unbekannte, aber jedenfalls sehr grosse minerale Schätze finden und dadurch einer grossen Anzahl von Menschen eine lohnende Beschäftigung geben wird.

Unsere Juristen helfen uns, einheimisches Recht und fremden Gebrauch nützlich zusammenzuschmieden; die vergleichende Rechtswissenschaft, findet auch in Afrika ein ähnlich reiches Feld ihrer Betätigung, wie die vergleichende Völkerkunde und Anthropologie, der wir ja auch bezüglich der Erforschung unserer Schutzgebiete schon manches zu danken haben. Dazu kommen Chemie, Geographie, Botanik, Zoologie usw., die wieder der Landwirtschaftslehre vorarbeiten, in welcher sich ein spezieller Zweig, die tropische Landwirtschaftslehre, ausgebildet hat.

Unsere Theologen und die vergleichende Religionswissenschaft werden unsere Missionen unterstützen in der Erkenntnis der Wege, wie alte Anschauungen durch christliche Begriffe ersetzt werden. Unsere Philologen bringen uns durch Feststellung der Worte und Wortkombinationen das Geistesleben der Eingeborenen näher. Unsere Volkswirtschaftler und Historiker ziehen die Vergleiche mit der Tätigkeit anderer Kolonisationsnationen und werden uns helfen, aus deren Erfahrungen unsererseits ohne teures Lehrgeld zu lernen, wo es nicht etwa durch die absolute Neuheit der Situation notwendig wird. Die Statistik ist, wie auf allen Gebieten der Politik, so auch auf dem der Kolonialpolitik, nicht zu entbehren. Neue Methoden in der Landvermessung stellen die Sicherheit des Besitzes schneller her als wie zuvor.

Diese Beispiele lassen sich willkürlich vermehren und sie zeigen, wie man moderner Weise kolonisieren soll, wie sich bei dieser Kolonisation die angewandte und die theoretische Wissenschaft die Hand zu reichen haben und wie die Fehler vermieden werden können, die unnütze Opfer, viel Blut und mancherlei Schwierigkeiten zu Hause und draussen verursachen. Dieses Fortschrittes wird sich dann schnell der Handel und das Kapital bemächtigen. Eine verständige Regierung wird diese Bahn zielbewusst verfolgen, und die Periode des Uebergangs, in der die Opfer noch den Nutzen überwiegen, wird wesentlich abgekürzt werden.

Es sind aber nicht nur die Wissenschaften, die hundertfältige Beziehungen zur Kolonialpolitik haben. Auch die Kunst findet ein reiches Feld von Aufgaben und Motiven und vermag mit Mitteln, wie sie keine Wissenschaft besitzt, uns diese weit entfernten und wunderbaren Länder und Leute menschlich näher zu bringen. Dichter, die wie Kippling in England, Pierre Loti in Frankreich, ihre Motive ausschliesslich aus den Kolonien nehmen, haben wir freilich noch nicht in Deutschland, und unsere Maler haben es sich bisher noch entgehen lassen, ihre Motive unter dem dankbaren blauen Himmel von Südwestafrika und in den Urwäldern von Togo und Kamerun oder am Kilimandjaro zu holen. Aber da es die Aufgabe der Kunst ist, durch ihre Werke in jedem Menschen das beste und edelste, das in ihm verborgen ist, auszulösen und die Empfindung in das Bewusstsein zu über-

tragen, so hat sie auch in unseren Kolonien eine grosse Aufgabe. Denn uns sind in denselben geschenkt Länder von wilder Schönheit, von einer grossartigen Natur, Tier- und Pflanzenwelt. Es liegt in dem Wesen der Kolonisation, dass sie diesen nicht freundlich ist, dass sie zu einer gewissen Zerstörung und Zurückdrängung hinneigt und aus materiellem Interesse in das Antlitz von Gottes freier Natur hineinzukorrigieren sucht. Da hat die Kunst die Sendung, den Sinn für das Edle und Schöne in einer freien unberührten Welt zu heben, da wird der Dichter und der Musiker wie der bildende Künstler der deutschen Nation einen grossen Dienst, ihrer ethischen und ästhetischen Empfindung einen grossen Vorschub leisten.

Es soll bei allen diesen Gesichtspunkten nicht vergessen werden, dass die Kolonialfrage zum guten Teile eine Geldfrage ist, und es ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Nation zu prüfen. Man berechnet, dass das deutsche Reich in 22 Jahren 700 Millionen Mark für seine Kolonien ausgegeben habe. Das macht im Durchschnitt jährlich 30 Millionen Mark jährlich, wobei ganz ausser acht bleiben kann, dass unter den Ausgaben sich auch viele Millionen für werbende Zwecke befinden, sich also noch bezahlt machen werden. In diesen 22 Jahren hat sich das deutsche Nationalvermögen um mindestens 30 000 Millionen vermehrt. Die Ausgaben für die Kolonien betragen also 2 Prozent von dem Zuwachs des deutschen Nationalreichtums während der Zeit der Ausgabenbestreitung. Die Sparanlagen des deutschen Volkes in den öffentlichen Sparkassen betragen zur Zeit jährlich etwa 700 Millionen Mark, und die zeitigen Einlagen in diesen Sparkassen etwa 13000 Millionen. Es betragen also die gesamten Ausgaben für unsere Kolonien in 22 Jahren nicht mehr als der weniger bemittelte Teil unseres Volkes in einem Jahre zurückgelegt hat und durchschnittlich aufs Jahr gerechnet weniger als ein Viertel vom Hundert des Sparkassenvermögens. Wenn die Kolonialpolitik bis jetzt einem besonderen Kreise des deutschen Volkes Vorteil gebracht hat, so ist es der Kreis der Industriearbeiter. Die kapitalistischen Unternehmungen in den Kolonien sind noch zu jung, um schon beträchtliche Gewinne zu bringen. Aber der Handel Deutschlands in seinen Schutzgebieten hat sich günstig entwickelt. Von einem Gesamthandel der deutschen Schutzgebiete ausser Kiautschou von 100 Millionen Mark gehen etwa für 50 Millionen deutsche Industrieprodukte zur Zeit nach den Schutzgebieten, ausser Kiautschou, wobei nicht in Rechnung gesetzt ist, was an deutschen Waren noch über England, Sansibar usw. nach unseren Kolonien gelangt. Nimmt man an, dass unsere industrielle Ausfuhr nach den Kolonien im Werte von 50 Millionen Mark durch Zahlung von 40 Millionen Mark Löhne fabriziert wird, und dass die Arbeiter etwa $^1/_3$ des jährlichen Reichsaufwandes für die Kolonien, nämlich 10 Millionen Mark, zu tragen hätten, so würde immer noch auf jede Mark Aufwand 4 Mark Einkommen an Verdienst treffen, das durch die Kolonien bedingt ist. Auf die Gesamtheit der in Deutschland gezahlten Arbeitslöhne von jährlich über $12^1/_2$ Milliarden

Mark und bei einem Beitrag von $33^1/_3$ Prozent seitens aller Lohnarbeiter in Deutschland zu den kolonialen Unkosten würden auf jeden Mann mit 1000 Mark Einkommen 80 Pfg. pro Jahr an Beisteuer zu den kolonialen Kosten kommen, das ist der Lohn für eine bis zwei Stunden Arbeit im Jahr. Wir zahlen gern im Interesse unserer Wehrkraft und unserer Machtstellung und für an sich ganz unproduktive Leistungen unser Armee- und Marinebudget. Dasselbe und zwar nur die ordentlichen Ausgaben ohne Neubauten ist 728 Millionen in 1906, also in einem Jahre mehr als uns die Kolonien, die doch werbenden Zwecken dienen, uns in 22 Jahren bei vier grösseren Kriegen gekostet haben.

Aber noch deutlicher wird die Frage illustriert, wenn Sie die Gesamtauslagen für die Kolonien mit dem Nationalvermögen in Vergleich bringen. Dieses Nationalvermögen hat man schon vor 10 Jahren auf etwa 150 Milliarden Mark angesetzt, die Ausgaben für die Kolonien in 22 Jahren sind davon $^1/_2$ Prozent. Von jeder Mark deutschen Nationalvermögens ist in der ganzen Zeit unseres Besitzstandes $^1/_2$ Pfg. in unsere Kolonien gegangen. Wer sich diese Ziffern vor Augen hält, kann nicht sagen, dass die Anforderungen, die unser kolonialer Besitz an uns stellt, solche sind, die die deutsche Nation nicht gern und freudig leisten könnte.

Wie die angewandten und die theoretischen Wissenschaften zu einer kolonialen Entwicklung beitragen können, soll an einem praktischen Beispiel auseinandergesetzt werden, und ich wähle dafür gerade unser südwestafrikanisches Schutzgebiet, welches in der letzten Zeit ja im Vordergrund des Interesses gestanden hat.

Weit und breit war und ist auch wohl zum Teil noch die Ansicht vorhanden, dass wir eine Sand- und Steinwüste dort mit Opfern okkupieren, die uns das Land niemals wiedergeben kann. Wäre dies nicht, so argumentiert man, so würde nie dieser lange Küstenstrich der Besetzung durch unsere englischen Nachbarn entgangen sein. Es ist in der Tat geologisch ein merkwürdiges Land; von der Küste einwärts ist zunächst ein 60 bis 100 km breiter Sanddünenstreifen wasserlos, pfadlos, und er ist es, der andere Nationen abgeschreckt hat. Sind doch noch in den letzten Jahren in diesen Dünen eine Anzahl von Europäern verdurstet und verhungert, weil ihre Pfade verweht waren. Zwei Eisenbahnen überwinden diesen sonst tagelang aufhaltenden und grosse Ausrüstung notwendig machenden Streifen jetzt in ein paar Stunden in täglichen Zügen. Das Land selbst nur gering mit Baumwuchs bestanden, ist nur etwa zu Dreivierteln gründlich bekannt; denn jenes letzte Viertel, das Land der Ovambos, ist zur Zeit gesperrt, weil man sich klar ist, dass man mit der bisherigen Methode des Eindringens nur Schwierigkeiten haben wird. Denn die Waffen, die jene Leute besitzen, sind dieselben, wie sie unsere Soldaten besitzen, und wir müssen andere Mittel anwenden, um die Superiorität des Deutschen zu zeigen, diese Mittel habe ich oben angeführt. Der Rest ist grösstenteils ein Weideland. Es ist jetzt ziemlich verödet, aber nicht, wie man annimmt, im

wesentlichen als eine Folge der deutschen Okkupation und der daran sich knüpfenden Kriege, sondern eine Folge der jahrzehntelangen Fehden zwischen den dort wohnenden Hottentotten und Bantustämmen, in denen der räuberische und kraftvolle Hottentotte den schwächeren und durch seinen grossen Viehbesitz unbeweglicheren Herero bedrängt hatte, und eine Folge jener aus dem Innern von Afrika eingeschleppten Rinderpest, der ungeheuere Viehmassen zum Opfer gefallen sind. In manchen Orten, wo man eine Zählung veranstaltet hat, sind bis 98 Prozent der Tiere gefallen. Unsere historische Kenntnis lehrt uns aber, dass unser Schutzgebiet vor nicht langer Zeit bis zu zwei Millionen Stück Rindvieh in einem Werte von etwa 200 Millionen Mark beherbergt hat, einem Wert, den jedes vierte oder fünfte Jahr in voller Höhe wieder reproduziert. Dabei sind während dieser Jahre selbst für den weissen Ansiedler die Produktionskosten eines Stück Rindviehs 25 bis 27 Mk., während der Verkaufspreis heute 300 Mk. ist, der in normalen Zeiten wohl auf 120 bis 100 Mk. zurückgehen dürfte.

Die vergleichende Geologie und Botanik aber lehrt uns, dass Boden und Futterkräuter die gleichen sind sowohl im Norden wie im Süden, wie sie in dem Betschuana-Land bzw. der Karoo der benachbarten Kapkolonie existieren, und die Statistik zeigt uns, dass auf ähnlich grossen Territorien ähnlicher Gestaltung in diesen Ländern etwa 2800000 Stück Rindvieh und zwischen 10 und 11 Millionen Wollschafe und Angoraziegen existieren. Der Ackerbautechniker hat die Qualität dieser Flora festgestellt, er hat aber mehr getan. Fortwährend werden neue Gewächse entdeckt in der ganzen Welt und erfolgreiche Versuche für ihre Anpflanzung in Südwestafrika gemacht, um diesen anscheinend so unertragsfähigen Boden mit hochwertige Produkte liefernden Pflanzen zu besetzen. Manches ist noch im Anfang, vieles vielleicht aussichtslos, aber viele schöne Resultate sind bereits erzielt.

Eine vor mehreren Jahren verloren gegangene Kiste getrockneter Datteln, die auf den Weg gefallen war, zeigt dem erstaunten Wanderer jetzt 3 m hohe Dattelbäume, die schon anfangen, Früchte zu tragen. Es werden Versuche gemacht mit einem mexikanischen Gummistrauch, der Guayoule, deren Erfolg noch dahinsteht, die aber dort in einem Klima, was durchaus ähnlich ist, und auf einem Boden, der nicht besser ist und in gleicher Höhe lagert, als wildes Unkraut gedeiht. Versuche werden gemacht mit den von dem Pflanzenphysiologen Luther Burbank auf dem Wege der Selektion hergestellten stachellosen Kaktus, der nahezu überall in den Kolonien gedeihen würde. Die Tabakanpflanzungen, die denen des Transvaal nachgebildet sind, gedeihen ganz ausgezeichnet in den Flusstälern. Mais und Bohnen, Weizen, Gerbstoffe, Baumwolle und Wein können in grossen Mengen angesetzt werden, und es ist garnicht zu übersehen, wie weit das führen kann, sobald die Wassererschliessung entsprechend fortgeschritten ist. Die aber wird jetzt von dem Bohrtechniker systematisch in die Hand genommen, und es zeigt sich, dass an unzähligen Stellen Südwestafrikas Wasser gut und reichlich

zu haben ist, wenn man entsprechend danach gräbt, und zwar garnicht einmal zu tief gräbt, aber um es zu heben, braucht man dann den Windmotor und dieser wieder braucht, um in das Land zu gelangen, die Eisenbahn. In der Kapkolonie, die reichlich Eisenbahnen besitzt, hat man Wasser durch Bohrungen erschlossen im Jahre 1903 11 Millionen, 1904 10,7 Millionen Liter pro Tag an Quellwasser, an Grundwasser 1903 16 Millionen, 1904 31,8 Millionen pro Tag. Daneben ist der Geologe eifrig an der Arbeit. Kupfer wird erfolgreich gewonnen, viele andere Stellen sind bekannt und werden jetzt prospektiert. Marmor und Diamanten, Goldspuren u. s. w. weisen darauf hin, dass auch da die Geologie noch mancherlei aufzuklären, die Chemie mancherlei festzustellen hat; es wird demnächst ein Laboratorium für diese Zwecke im Schutzgebiet errichtet werden.

Nachdem aber jetzt friedliche Verhältnisse einkehren, ist die Hauptaufgabe: wie werden wir dafür sorgen, dass sich der Stamm der Herero wieder erholt, wie werden wir ihm eine gemässe und der Kultur entsprechende Beschäftigung und eine Lebenssituation, in der er sich wie früher reichlich fortpflanzen kann, schaffen, wie werden wir den Hottentotten ihre Unstetigkeit abgewöhnen und sie von gefährlichen zu nützlichen Bürgern machen. Da kommen dann die Aufgaben des Soziologen und Juristen, des Missionars und des Arztes zusammen, und da können schöne Erfolge erzielt werden.

Vor der Budgetkommission des Reichstags hat der Professor Hahn, ein im Schutzgebiet geborener Deutscher, der seit 40 Jahren in Kapstadt lebt, als chemischer Geologe grosses Ansehen geniesst und als der beste Kenner des Kaplandes gilt, der aber auch unsere Kolonie bereist hat erklärt: „grosse Teile dieser Kolonie sind nach allen Richtungen so gut und aussichtsreich wie die Kapkolonie.“

Meine Herren, was das heisst, möchte ich Ihnen an einigen Ziffern klar machen. Man hat gerechnet, man würde in Deutsch-Südwestafrika niemals eine grosse Ansahl von Europäern ansetzen können. Deutsch-Südwestafrika hat 842 000 qkm, die Kapkolonie hat 495 000 qkm und es leben darauf 350 000 Weisse. Nach dem neuesten Jahrbuch der Weltwirtschaft betrug die Einfuhr in der Kapkolonie im Jahre 1903 700 Millionen Mark. Nun ist ja nicht zu vergessen, dass in der Kapkolonie die grosse Diamantmine von Kimberley liegt, und es noch sehr zweifelhaft ist, ob wir ein ähnliches Diamantvorkommen bei uns finden, soviel Blaugrundstellen wir auch schon entdeckt haben. Ich nehme deshalb von der Ausfuhr die Diamanten aus und stelle fest, dass für 20 000 000 Straussenfedern, für 13 000 000 Angoraziegenhaar, für 37 000 000 Schafwolle und für 23 000 000 Edelmetalle, d. h. im wesentlichen Kupfer ausgeführt worden stnd. Der Staat hatte am 31. Dezember 1903 4000 km Staatsbahn in Betrieb, die sich mit durchschnittlich $3^1/_8$ Prozent rentierten, das Gesamtbudget war 235 000 000 Mark und zeigte einen Ueberschuss von 10 000 000 Mark nach Zahlung sämtlicher Zinsen, Annuitäten u. s. w. für die Eisenbahn.

Meine Herren, wenn wir auch dies alles für Südwest-

afrika sobald nicht erreichen können, so können wir doch einen sehr grossen Teil davon erreichen und wir brauchen kein Budget von 230 000 000 Mark und keine Ausfuhr von 450 000 000 und Einfuhr von 700 000 000 Mark, um den Nachweis zu führen, dass Südwestafrika eine gute Kolonie sein kann. Ich persönlich halte sie, und ich spreche das mit voller Ueberzeugung nach langer Ueberlegung aus, für die sicherste sämtlicher Kolonien in materieller und klimatischer Beziehung, die wir Deutsche besitzen, ungeachtet der wirklich hohen Meinung, die ich auch von dem Rest unseres kolonialen Besitzes habe.

Ein Farmer, Herr Schlettwein aus Südwest, hat uns eine Anzahl von Rechnungen aufgemacht, wie nach seiner Erfahrung sich die Wirtschaft dort gestaltet, und das ist durchaus befriedigend, einfach und sehr vielversprechend. Er selbst ist in wenigen Jahren zu einem reichen Manne dort geworden. Und schon vor zwei Jahren wurden die Aufstandsverluste der verhältnismässig wenigen Ansiedler auf zwanzig Millionen Mark beziffert. Dies beruht auf tatsächlichen Feststellungen.

Wie ich oben davon gesprochen, welche Beteiligung die deutsche Wissenschaft und der deutsche Geist an der Entwicklung der Kolonie nehmen können und sollen, so will ich auch noch kurz darauf hinweisen, wie wichtig dieser Besitz für alle Klassen unserer Bevölkerung ist. Einen wirklichen Nutzen an den Kolonien haben bisher nur die Industriearbeiter gehabt, welche ja jetzt die ganze Kolonialpolitik in Bausch und Bogen verdammen wollen. Von jenen errechneten 700 000 000 Mark, die Deutschland für seine Kolonien ausgegeben hat, ist sicher mehr als die Hälfte, wenn nicht drei viertel, als Arbeitslohn in die Hände der Industrie gegangen und hat direkt die Arbeitsnachfrage vermehrt und auf die Löhne eingewirkt. Aber unsere Industrie wird auch von der Entwicklung der Kolonien weiterhin eine starke Unabhängigkeit gewinnen in bezug auf ihre Rohprodukte und ihren Absatz, und wie wichtig das ist, hoffe ich dieser Tage noch an anderer Stelle ausführen zu können.

Auch die Landarbeiterbevölkerung, die zum erheblichen Teil die Oelfrüchte und anderen Produkte, die den Kolonien eigen sind, konsumiert, wird in ihrer Lebenshaltung erleichtert. Der Zersplitterung unseres Grundbesitzes in Deutschland wird in gewisser Weise entgegengearbeitet. Denn schon jetzt ist eine Anzahl von zweiten Söhnen besser gestellter Landwirte teils unterwegs, teils bereit, nach Südwestafrika und in andere unserer Kolonien auszuwandern und dort neu zu beginnen, um eine Zersplitterung des heimischen Familienbesitzes zu vermeiden. Die Bewegung ist sehr aussichtsvoll, wenn man bedenkt, dass Länderstrecken in Westafrika von 1½mal der Grösse des Deutschen Reiches für Weisse besiedlungsfähig sind, in Ostafrika nach Rechnung des Herrn Leue ein Gebiet mindestens in der Grösse von Preussen, was dort um so wichtiger ist, als der Boden fruchtbar ist, d. h. eine grosse Anzahl von Siedlern vertragen kann. Der Nutzen für Kaufleute und für die Schiffahrt ist zu offenliegend, um darauf zurückzukommen.

Der Nutzen für die Entwicklung unserer Wissenschaft, der angewandten und theoretischen, ist ganz ausserordentlich. Deshalb handelt es sich, abgesehen von der materiellen Seite der Kolonien in dem gegenwärtigen Zustand um grosse nationale Güter, und es ist notwendig, dass im gegenwärtigen Moment verständige, in der Nation angesehene Leute, wie es im Hamlet heisst: „Zwischen sie und ihr Seel' im Kampf treten“, aufklärend und erleuchtend wirken, die Tatsachen richtig, mit ihren Licht- und Schattenseiten darstellen, und nicht nur selbst die Ueberzeugung von dem sittlichen und wirtschaftlichen Wert unserer kolonialen Arbeit gewinnen, sondern sie auch der neuen Generation mitteilen, auf dass Deutschland der Ehre und des Nutzens, welchen ein blühender Kolonialbesitz mit sich bringen wird, nicht verlustig gehe und hinter seinen Rivalen nicht zurückstehe aus Kleinmut, aus Missverständnis und aus Uebelwollen. Meine Herren, in unserer Nation schlummern — wir haben das bei mancher ernster Gelegenheit gesehen — viele und starke Kräfte, die bereit sind, sich in den Dienst einer grossen nationalen Aufgabe zu stellen. Helfen Sie uns, diese Kräfte zu lösen. An Sie, die Hüter der Kulturgüter unserer Nation, an die Führer und Lehrer unserer heranwachsenden Geschlechter geht im nationalen Interesse unsere Bitte, helfen Sie uns, den Impuls zu erwecken, ohne den nach einem Bismarckschen Worte keine Kolonialpolitik Erfolg haben kann.

Vorsitzender Prof. **Schmoller:**

Herr Professor Dr. Delbrück hat das Wort. Er wird Ihnen die Resolution unterbreiten, die Ihnen das provisorische Komitee zur Annahme empfiehlt.

Prof. Dr. **Delbrück:**

Meine Herren, der Herr Vorredner hat in seinen Darlegungen, die mit überwältigender Kraft die Notwendigkeit einer Kolonialpolitik für Deutschland bewiesen haben, mehrfach hingewiesen auf die inneren Beziehungen dieser Politik zu Wissenschaft, Kunst und Technik. Ich kann an diesen Gedanken anknüpfen, indem ich Sie hinweise auf den besonderen Zusammenhang, den die Krise in unserer Kolonialpolitik zu dieser Versammlung hat, zu dem Ursprung und der Zusammensetzung dieser Versammlung, die einberufen ist eben von hervorragenden Männern aus den Kreisen der Wissenschaft, Kunst und Technik. Unter den mannigfachen Leiden, über die das deutsche Volk in seinem heutigen Dasein zu klagen pflegt, spielt eine erhebliche Rolle die Zersplitterung der Parteien. Es ist gewiss, dass den politischen Führern der Staatsgeschäfte dadurch ihre Tätigkeit erschwert wird, aber man kann sagen, dass in einem Volke, in dem alles politische Leben sich nur auf 2 Parteien verteilt, eine Wirkung eintritt, die zu zuweitgehender Vereinfachung der Lebensanschauungen führt. Es ist nicht gut, wenn das ganze Volk darauf angewiesen ist, sich in eine solche Schablone hinein zu gewöhnen.

Der Reichtum des Volkes besteht in seinem Reichtum an Individualitäten. Wenn wir uns über die Partei-Zersplitterung beklagen, so sollten wir darüber nicht vergessen, dass gerade hierdurch das grössere lebendige Leben hervorgerufen wird, das, wenn es schon zuweilen Unbequemlichkeiten bringt, doch auch einmal seine Frucht tragen wird. Die Zersplitterung der Parteien hat nun noch den weiteren Erfolg gehabt, dass weite Kreise unseres Volkes sich vom Parteigetriebe vollständig zurückgezogen haben. Die Parteien sind zu unbedeutend und haben keine Anziehungskraft, und selbst in ihrer Vielseitigkeit findet der Deutsche in seinem grenzenlosen Persönlichkeitstriebe noch nicht immer seine Unterkunft. So können wir es denn beobachten seit Jahrfünften und Jahrzehnten, dass weite Kreise, namentlich aus den heute hier versammelten Schichten der Bevölkerung, sich vom direkten politischen Leben zurückgezogen haben, nicht aus Indolenz, nicht aus Mangel an Interesse am Heile des Landes, sondern weil ihnen das praktische Parteigetriebe nicht anziehend genug ist. Dass diese Zurückhaltung nicht aus Mangel an politischer Gesinnung entspringt, das hat sich immer von Zeit zu Zeit dann gezeigt, wenn das deutsche Volk in eine Krise getreten war und die öffentliche Meinung aufgerufen wurde, sich auf sich selbst zu besinnen. Dann kamen plötzlich aus dem Dunkel und der Tiefe des Hintergrundes ungeahnte Kräfte hervor, und diese haben dann stets einen wesentlichen Einfluss auf den Gang unserer Geschicke gehabt. (Bravo!) Ueberdenken Sie die Vergangenheit, so erkennen Sie sofort, dass derartige Bewegungen keineswegs immer zugunsten der Regierung gewesen sind. Ich erinnere Sie daran, dass vor 14 Jahren gerade eine Regierungsvorlage durch eine solche Bewegung zu Fall gebracht worden ist. Man darf keineswegs behaupten, dass die Kreise, um die es sich hier handelt, immer in sich einig gewesen seien; so mögen heute viele unter uns sein, die die damalige Aktion bedauerten. Dennoch erinnere ich daran als Beweis, wie durchaus unabhängig und spontan diese Aeusserungen erfolgten und wie wir diese Unabhängigkeit auch für unsere heutige Bewegung in Anspruch nehmen dürfen. Darin aber besteht ihr Wert, dass sie aus der Tiefe der persönlichen Ueberzeugung stammt, die damals wie heute mit ihrem Gewicht in die Wagschale gelegt wurde. (Bravo!) Es sind im wesentlichen die Kreise der Wissenschaft, Kunst und Technik, aus denen die Anregung zu dieser Versammlung hervorgegangen ist. Wir dürfen weiter hinzufügen, dass nicht nur mehr oder weniger ausserhalb der Parteien stehende Persönlichkeiten den Aufruf zu der heutigen Versammlung erlassen haben, sondern dass auch mancher Parteimann — nicht Parteiführer, die wir mit Absicht ausgeschlossen haben! — hinzugezogen ist, dass mancher Parteimann unter uns weilt. Ich will nicht die Namen verlesen, von denen der Aufruf unterzeichnet ist, aber jeder, der mit dem öffentlichen Leben vertraut ist, kann aus den Unterschriften ersehen, dass darunter Persönlichkeiten sind, die teils mit der entschiedenen Rechten, wie auch mit der entschiedenen Linken zusammengehen. Das ist uns der Beweis, dass wir für eine Forderung eintreten,

die über alles Parteileben hinausgreift, wahrhaft nationaler Natur ist. (Sehr richtig!)

Wenn wir nun fragen: In welcher Form wollen wir versuchen, unsere Ueberzeugung zum Ausdruck zu bringen, so können wir eigentlich sagen, wir könnten uns damit begnügen, dass wir zusammengetreten sind und diese Kundgebung veranstaltet haben. Das Zusammentreten der Herren, die sich in dieser Versammlung vereinigt haben, wird an sich schon auf weitere Kreise Eindruck machen. Die Persönlichkeiten, die die heutige Einladung unterschrieben haben, sind diejenigen die auch sonst im geistigen Leben Deutschlands genannt werden und wo in der weiten Welt heute deutsche Leistungen gepriesen werden, da sind es diese Namen an die sie sich knüpfen. Alle Gebiete des geistigen Lebens unserer Zeit finden Sie hier vertreten. Wo solche Männer in solcher Zahl zusammenstehen von rechts bis links, da ist es von vornherein ganz unmöglich, dass sie sich bloss einer Illusion hingeben oder auf einem Irrwege sind (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.) Es ist von vornherein ein Argument, dem sich niemand entziehen kann. Selbst wenn dieser Wahlkampf nicht den günstigen Erfolg haben sollte, den wir uns von ihm versprechen, kann eine Regierung, wenn sie solche Kräfte hinter sich hat, überzeugt sein, dass ihr die Zukunft gehört, dass sie auf dem richtigen Wege ist und dass sie zum Ziel gelangen wird unter allen Umständen. (Stürmischer Beifall.)

Wir sind übereingekommen, Ihnen eine Resolution vorzuschlagen, die unseren prinzipiellen Ueberzeugungen Ausdruck gibt; aber auch praktische Ziele wollen wir mit unserm Vorgehen verbinden. Es ist natürlich für unser Volk, das so spät erst zur Grossmacht geworden ist, und selbst als das Reich geschaffen war, noch eine ganze Generation nur darauf zu achten hatte, den Frieden für sich und die Kulturstaaten zu erhalten, dass es erst spät und ganz allmählich begriff und anfing danach zu handeln, dass es neben den andern grossen Kulturnationen teilzunehmen habe an der Weltmachtpolitik. Eine natürliche Folge davon ist, dass in weiten Kreisen dieses Empfinden dieser Aufgabe erst allmählich zum Bewusstsein gekommen ist, und dass diese Vorstellung noch nicht genügend in die Massen gedrungen ist. Nun haben wir den bedauerlichen Beschluss unseres Reichstages, der doch nun einmal unsere Vertretung war. Er ist die Folge davon, dass es noch nicht gelungen ist, das Volk aufzuklären, über seine neuen Aufgaben, die doch zugleich die nationale Ehre sind. — Denn die nationale Ehre ist für ein Volk die Erfüllung seiner nationalen Aufgabe in einem weltgeschichtlichen Beruf! (Lebhafter Beifall.) Dieses Verständnis zu verbreiten, lassen sich bereits die Parteien und grosse Vereine angelegen sein — die Kolonialgesellschaft, der Flottenverein haben ja schon ähnliche Bestrebungen und schöne Leistungen darin aufzuweisen. Dennoch mussten wir uns sagen, der Stoff ist noch zu spröde, die Augen und die Ohren unseres Volkes sind noch zu wenig geöffnet — hier ist noch Raum etwas zu tun auch für uns; in dieser Richtung kann nicht genug geschehen. Die anderen Vereinigungen haben einen Teil anderer Aufgaben daneben. Vielleicht steht

ihnen auch hier und da ein Vorurteil im Wege. Die Parteien machen Parteipolitik. Sollen wir nun durch diese Versammlung noch ein weiteres neues Organ schaffen, das an dieser Aufklärung mitarbeitet? — Wir schlagen Ihnen vor, ein Komité einzusetzen, es mit Mitteln auszustatten, dass es die Propaganda aufnehme und vertiefe. (Bravo!)

Wenn man nun etwa fragt, ob bei der Kürze der Zeit bis zum Wahltage überhaupt noch eine wirksame Tätigkeit entfaltet werden kann, so kann ich Sie darauf verweisen, dass bereits vorgearbeitet ist und dass es sich nur noch um Ihren Beschluss handelt und um Bewilligung der Mittel. Morgen können wir schon eintreten in die Agitation, die besonders eine literarische sein wird. (Beifall.)

Alle unsere Zwecke wollen wir zusammenfassen in dem Beschluss, den ich mir nunmehr erlauben werde, zu verlesen, indem ich seine Genehmigung beantrage. Der Beschluss dieser Versammlung möge lauten:

In Erwägung, dass ein grosses Kulturvolk, wie das deutsche, sich nicht dauernd auf Binnenpolitik beschränken kann, sondern neben den anderen grossen Nationen an der Kolonial- und Weltpolitik teilnehmen muss;

In Erwägung, dass die späte Bildung des deutschen Reiches als Nationalstaat unser Volk erst in allerjüngster Zeit an diese Aufgabe hat herantreten lassen und infolgedessen weiten Kreisen die uns auferlegte weltgeschichtliche Pflicht noch nicht zum Bewusstsein gekommen ist;

In Erwägung, dass die Mehrheit des Reichstags, welche die Forderungen für Südwestafrika ablehnte, nicht bloss unsere weltpolitische Stellung, sondern auch das Gebot der nationalen Ehre verkannt hat;

In Erwägung, dass bei den bevorstehenden Neuwahlen die Frage von der höchsten Bedeutung sein wird, und Deutschland eines Reichstags bedarf, der nicht kleinmütig und zögernd, nicht nach den Bedürfnissen der Fraktionstaktik, sondern mit der Entschlossenheit, die das Bewusstsein eines hohen Zieles gibt und verlangt, an diese Fragen herantritt —

beschliesst die Versammlung, ein Komitee einzusetzen mit dem Auftrage, ohne unmittelbares Eingreifen in das Parteigetriebe das Verständnis für die Kolonial- und Weltpolitik in den Kreisen der Wählerschaft zu erweitern und zu vertiefen. (Lebhafter Beifall.) Diesen Antrag bitte ich Sie am Schlusse der Versammlung einmütig anzunehmen. (Grosser Beifall und lebhafte Zurufe.)

Vorsitzender Prof. **Schmoller:**

Diesen Antrag bitte ich nachher anzunehmen. Ich erteile jetzt das Wort Prof. Schäfer, der vom historischen Standpunkt aus das Thema beleuchten wird.

Prof. Dr. **Schäfer:**

Nachdem die Darlegungen Sr. Exzellenz mit so herzerfrischendem Beifall aufgenommen wurden, und nach dem Beifall, den Sie soeben Prof. Delbrück gespendet haben, kommt, da Sie Ihre Herzensmeinung und Ansicht so deutlich

kundgegeben haben, weiteres Reden mir fast überflüssig vor. Es kann nicht viel mehr gesagt werden, als was in den Hauptpunkten schon dargelegt ist. Ich will daher die mir zugewiesene Aufgabe, Sie hinzuweisen auf die Weltlage, in der sich die koloniale Bewegung der Gegenwart widerspiegelt, tunlichst kurz zu lösen versuchen. Bei unserer Kolonialpolitik handelt es sich nicht um Wollen oder Nichtwollen des Einzelnen. Wir stehen mitten in einer gewaltigen Bewegung, die alle Nationen ergriffen hat, die wir mitmachen müssen, wollen wir von ihr nicht überflutet werden. Sie wissen alle, dass die Welt zur Zeit vergeben ist. Dieser Zustand der vollständigen Verteilung der Erde ist noch sehr jung; erst im letzten Menschenalter hat er sich herausgebildet. Denken Sie zurück an die Zeit, wo die deutsch-französischen Schlachten geschlagen wurden, aus denen unser Reich erstand; damals gab es in Afrika nur im äussersten Süden und Norden, um das Kap und in Algerien, einen grossen Kolonialbesitz. Was sonst Europäern gehörte, waren Handelsfaktoreien ohne Anspruch auf weite Landstrecken. Heute finden Sie in ganz Afrika nur noch Abessinien und die sogenannte Neger-Republik Liberia, die von sich selbst aus regiert werden; alles andere ist in den Händen der Europäer. Ein Gebiet, dreimal so gross wie Europa, ist im Laufe eines Menschenalters, richtiger in den letzten 25 Jahren, vollständig verteilt worden. Und richten Sie Ihre Blicke nach Asien, so finden Sie, dass ziemlich um die gleiche Zeit, als in Deutschland die ersten Schritte unternommen wurden zur Begründung des Reiches, zum Teil zusammenfallend mit den entscheidenden Ereignissen von 1866, die Russen sich jener grossen Gebiete bemächtigten, die wir unter den Namen Turkestan und Transkaspien zusammenfassen und die bis dahin selten den Blick der Europäer auf sich gelenkt hatten. Sie haben ihre Grenzen vorgerückt über Wüsten, Seen, Gebirge und weite Anbauflächen, und die Engländer sind ihnen in gleicher Weise, mit den Waffen in der Hand, von Indien her entgegengekommen. Jetzt, nach 40 Jahren, stossen russisches und englisches Gebiet unmittelbar aneinander. Zwischenländer gibt es nicht mehr. Ein Gebiet ist zur Aufteilung gelangt, das halb so gross ist wie Europa. Sie wissen auch, dass das chinesische Reich von allen Seiten her gleichsam bei lebendigem Leibe verspeist wurde, bis Japan Einhalt getan hat. Trotz seiner Niederlage behauptet Russland noch jetzt in Nordchina weiten Besitz, den es im letzten halben Jahrhundert erworben hat. Hinterindien ist fast ganz in der Hand der Europäer, während es vor 30, 40 Jahren noch seine einheimischen Herrscher hatte. In Australien sind Neu-Guinea und die benachbarten Inseln Besitz europäischer Mächte geworden. Es ist nirgends mehr etwas zu vergeben, und das im unmittelbaren Anschluss an eine Zeit, wo in England, der grössten europäischen Kolonialmacht, die Abneigung nicht nur gegen Erwerb, sondern auch gegen Besitz von Kolonien weiten Boden gewonnen hatte, ja herrschend geworden war. Es war geschehen im Anschluss an die Freihandelsideen. Sie hat ihre grössten Siege in England er-

fochten in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Es hiess, im Grunde seien die Kolonien nur eine Last; Handel treiben könne man mit ihnen auch, wenn man sie nicht besitze; man spare dann Geld, brauche keine Mittel für Kriegszwecke usw. Ich brauche nur an die Namen Stuart Mill und John Bright zu erinnern, die Richtung zu kennzeichen. Robert Peel hat sich um 1850 zu ihr hinübergeneigt. Als Disraeli-Beaconsfield zum erstenmal Mitglied eines Kabinets war (1852), hat er den Ausspruch getan: Die Kolonien sind Mühlsteine an unserm Hals. Seeley, der Vertreter englischer Expansion, suchte den Besitz Indiens zu rechtfertigen mit der Erwägung, dass die Kultur des Landes englischen Schutz brauche. Bis in den Anfang der 80er Jahre hinein hat diese Strömung gedauert. Noch 1880 konnte Allen fragen: Why keep India? Und an diese Periode schliesst sich unmittelbar die Zeit, die letzten 25—30 Jahre, in der England fast die Hälfte seines gegenwärtigen Kolonialbesitzes sich angeeignet hat. Der Grund liegt allein darin, dass auch andere Völker ihre Hände ausstreckten nach Kolonialland. Es sind in einigen Tagen fünf Jahre, dass Waldeck-Rousseau, der damalige französische Minister-Präsident, vor den Industriellen von St. Etienne, als er ihnen die Leistungen und Errungenschaften der Republik auseinandersetzte, unter lebhaftem Beifall erklären konnte, dass Frankreich seit dem Sturze des Kaisertums seinen Kolonialbesitz von 800000 auf 10 Millionen Quadratkilometer vermehrt habe, vom $1^1/_2$fachen Frankreichs auf das 18—19fache. Für die Franzosen ist die Niederlage von 1870—71 ein Sporn gewesen, ein Kolonialreich zu errichten, wie sie es nie besassen, ohne dass sie darum das verlorene Grenzland aufgegeben oder vergessen hätten. Sie besitzen grosse Kolonien in Hinter-Indien, noch weit grössere in Afrika. Vom Kongo, vom Senegal, von Algerien und von Dahomé aus haben sie sich ein Gebiet angeeignet fast so gross wie Europa, dazu ganz Madagaskar genommen. Erst nach ihnen kamen die Deutschen. Als diese in den Jahren 83, 84, 85 anfingen, einige bescheidene Kolonien zu erwerben, entschlossen sich die Engländer, nun neben jeden deutschen oder französischen Grenzpfahl einen englischen zu setzen und möglichst alles in Besitz zu nehmen, was noch zu haben war. In seiner grossen Historischen Geographie der britischen Kolonien spricht es Lucas, einer der Leiter des englischen Kolonialamts, offen aus: For better or worse, a pride or a burden to the coming generation, we must retain it, wohl oder übel, ob ein Stolz oder eine Last für die kommenden Geschlechter, wir müssen behalten, was sonst Franzosen oder Deutsche nehmen würden. Dass dies nicht ein Zug ist, der sich nur bei den alten, europäischen Völkern entwickelt hat, das zeigt deutlich das Vorgehen der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten sind in sich selbst befriedigt, mehr als irgend ein anderer Staat es sein kann. Sie haben Boden daheim in Hülle und Fülle zu neuer Siedlung. Lange hat man sie für den Friedenstaat an sich gehalten, einen Staat ohne Kriegsmacht, nur durch den Willen seiner Bürger geleitet. Das Urteil hat sich gewandelt seit dem spanischen Kriege von 1898. Als damals

am 30. Juli die Friedenspräliminarien vereinbart wurden, da war von der Abtretung der Philippinen nicht die Rede; die Entscheidung über sie sollte späterer besonderer Vereinbarung vorbehalten bleiben. Im Oktober hielt Mc. Kinley dann auf der internationalen Ausstellung in Omaha City die denkwürdige Rede, in der er den Amerikanern sagte: Wir müssen die Verantwortung auf uns nehmen; wir können sie nicht abwälzen, auch wenn wir möchten; wir müssen sie mutig und weise tragen und die Bahnen der Pflicht wandeln; es ist eine Pflicht für unsere Zukunft. Gegen allen völkerrechtlichen Brauch kam Amerika nachträglich mit der Forderung, die Philippinen abzutreten. Also auch bei einem Volke, das überreichlich Raum besitzt, fest in sich und stark ist, das es nicht nötig hat, die Hand nach aussen zu strecken, die Auffassung: Die Erde wird vergeben, wir müssen Besitz ergreifen von Land, das noch zu Gebote steht und uns nützlich und notwendig sein kann. Sollten wir allein zurückstehen, uns zurückdrängen lassen, während Völker, die in kolonialer Tätigkeit eine jahrhundertlange Erfahrung haben, Kolonien erwerben, wo und wie sie nur immer können? Sollen wir zurückstehen wie kleine Nationen, die aus der Not eine Tugend machen müssen? Das kann niemand erwarten und würde kein urteilsfähiger Fremder verstehen. Was wir erwarben, erwarben wir mit gutem Grunde; wir wollen und müssen es behaupten. Die Zeiten sind vorüber, wo man ernstlich vom Aufgeben und Liquidieren reden konnte. Wer heute solche Ansichten vertritt, ist rückständig, völlig rückständig. Die Zukunft gehört denen, die die Gegenwart verstehen. Seien Sie davon überzeugt, dass auch unsere Nation ihren Teil von der Erde haben wird. (Lebhaftes Bravo.)

Von Sr. Exzellenz ist eingehend dargelegt worden, welchen Wert unsere Kolonien besitzen. Ich will nur noch an zwei Beispielen zeigen, wie sehr man irren kann in der Beurteilung grosser Länder, und dass es eine Torheit, eine Leichtfertigkeit ist, über Gebiete in einem Atem abzuurteilen, die grösser sind als Deutschland, wie man seiner Zeit von Ostafrika gesagt hat, es sei nichts wert, wo es gesund sei, und ungesund, wo es etwas wert sei. Die Beispiele entnehme ich aus der Geschichte Amerikas. Alaska ist lange als ein Land angesehen worden, wie es ein traurigeres nicht geben könne. 1867 wurde Alaska seitens der Amerikaner den Russen um 7 200 000 Dollar abgekauft. Im Kongress begegnete die Vorlage heftigem Widerspruch. Es wurde gesagt, Alaska sei ein unwirtliches, elendes, Gott verlassenes Land, an unhospitable, wretched, godforsaken country. Man solle den Russen das Geld geben und sie bitten, das Land zu behalten; wenn das nicht geschehen könne, solle man es irgend einer europäischen, asiatischen, afrikanischen Macht anbieten und sie bitten, Geld und Land zu nehmen. Das waren die Ansichten, die damals vertreten wurden. Und jetzt? In Alaska liegt Klondike! Aber schon allein der Pelzhandel und der Fischfang haben den Amerikanern alljährlich mehr Ertrag gebracht, als die ganze Kaufsumme betrug.

Das andere Beispiel ist Oregon, das nach langen Ver-

handlungen zwischen England und Amerika 1846 für Amerika gewonnen wurde. Die Beurteilung dieses Gebietes war ebenfalls eine höchst abfällige, die Aktion stiess auf ähnlichen Widerstand, wie die spätere betreffs Alaska. Mac Duffie erklärte im Senat, für ein derartiges Land, zu dem man nur über 700 Meilen regenlosen, sandigen Bodens gelangen könne, das von Gebirgen starre und in das eine Eisenbahn zu führen, die Schätze Indiens nicht ausreichen würden, gebe er nicht eine Prise. Was dieses Land jetzt für die Vereinigten Staaten bedeutet, wissen Sie alle. Diese Hergänge warnen, voreilig abfällige Urteile über ausgedehnte Länder zu fällen, die dem ersten Blick wertlos erscheinen.

Es liegt für uns eine Pflicht vor, um die Wohlfahrt, die Zukunft unseres Volkes besorgt zu sein. Es ist aber auch eine Ehrenpflicht, Land nicht aufzugeben, das unser ist und um das Blut unserer Söhne geflossen ist. Wie würden wir dastehen in der Welt, wenn wir unseren Platz draussen verlassen wollten! Wir würden zum Spott der Nationen werden, und andere würden sich sofort an unsere Stelle setzen. Aber noch eine andere Pflicht gilt es dort zu erfüllen, die Pflicht der Menschlichkeit. Mit Staunen liest jeder auch nur einigermassen Kundige, was im Reichstage gesagt wird über die Misshandlungen der Schwarzen. Gerade das Zentrum ist zuerst kolonialfreundlich geworden mit Rücksicht auf die früheren grauenvollen Zustände in jenen Gebieten. In den ersten Jahren unserer Kolonialpolitik war es ausgesprochen kolonialfeindlich. Im Oktober 1888, als der Aufstand in Ostafrika ausgebrochen war, als man ernstlich den Gedanken erwog, die Kolonien aufzugeben, kam der französische Kardinal Lavigerie auf die Katholikenversammlung nach Köln, und seinen Darlegungen über die Bedeutung auch der deutschen Kolonisation für die Missionen und über die Notwendigkeit der Abschaffung des Sklavenhandels und der Sklavenjagden ist es besonders zuzuschreiben, dass das Zentrum kolonialfreundlich wurde. Die Greuel des Sklavenhandels sind jedem bekannt, der jemals eine Reisebeschreibung gelesen hat. Tausende und aber Tausende wurden grausam von ihren Angehörigen fortgerissen, die Familien vernichtet, die Gefangenen in Fesselhölzer geschlossen, gekettet und so in monatelangen Märschen zur Küste geschleppt. Das waren die Zustände, die wir alle noch erlebt haben. Die europäische und nicht zuletzt die deutsche Kolonisation hat ihnen ein Ende gemacht, diesen Schandfleck afrikanischen Lebens getilgt. Und auch noch bis in die unmittelbare Gegenwart hinein ist Afrika heimgesucht worden von menschenmordenden, einheimischen Gewalthabern. Wir wissen nicht allzu viel von innerafrikanischer Geschichte. Aber das hat sich unter unseren Augen mehr als einmal abgespielt, dass Gewaltmenschen von überlegener Kraft des Körpers, des Geistes und des Willens unter den Schwarzen grosse Reiche zusammengebracht haben, zusammengebracht unter entsetzlichen Greueln, durch Vernichtung ganzer Stämme, Verödung ganzer Länderstrecken. Es sind noch nicht ganz 7 Jahre, dass die Franzosen den letzten derartigen Machthaber, den Rabbeh, im nördlichsten Zipfel unseres Kamerun-

Gebietes mit grosser Mühe besiegt haben in einem Kampfe, in dem dieser selber fiel. Vom Kongo, von Senegambien, von Algerien her waren sie vorgegangen, ihn einzuschliessen und zu vernichten. Zwei Jahre früher hatten sie im Nigerbogen das Gewaltreich des Samory zerstört, das auch erst nach 1880 zusammengebracht worden ist. Die Engländer haben 1893 dem Reich des Lobengula ein Ende gemacht, das dessen Vorgänger, Mosilikatsi, an der Spitze der Matabale begründet hatte. Auch das Reich des Muata Jambo, das des Kazembe, das des Kama sind Bildungen neuerer Zeit. Alle diese Reiche sind geschaffen worden unter Greueln entsetzlicher Art, Greueln, wie sie die europäische Geschichte auch aus ihrer frühesten Vergangenheit nicht kennt. Ihre Wahrzeichen sind Schädelbäume und schädeltragende Dorfzaun-Palissaden. Als Livingstone 1863 den südlichen Teil unseres jetzigen Ostafrika durchzog, fand er ein gut bevölkertes und wohl angebautes Land. Die ersten unserer Landsleute, die in jene Gegend kamen, fanden sie verödet und fast ohne Bodenkultur. Wandernde Räuberhorden hatten sie inzwischen heim-gesucht. Die Geschichte Afrikas vor der europäischen Herrschaft, das will sagen, bis an unsere unmittelbare Gegenwart heran, ist wahrlich nicht die friedlichen Zusammenlebens der Stämme und Völker. Das ist sie geworden und wird sie immer mehr werden durch die Aufrichtung europäischer Macht. Unsere moderne Kultur mag gelegentlich zur Hyperkultur werden, sie ist für Afrika doch kein leerer Schall; sie bringt dem schwarzen Erdteil unendlichen Segen. Wenn man sich die früheren Zustände vergegenwärtigt, so steht einem wirklich der Verstand still, wenn im Reichstage lang und breit diskutiert wird, ob ein Schwarzer ein paar Stockstreiche zuviel bekommen hat. Vom Köpfen und Töten unter allen möglichen Martern zum Gebrauch des Stocks als Zuchtmittel ist ein zweifelloser Fortschritt. (Zustimmung.)

Meine Herren! Es ist mehr als eine Pflicht, die hier in Frage steht, die Pflicht, für unseres Volkes Wohlfahrt, für unsere Zukunft zu sorgen, die Pflicht gegen die Ehre der Nation, die wir nicht preisgeben dürfen, die Pflicht gegen die Menschheit, der ein grosses Volk sich nicht entziehen kann. Diese Pflichten müssen wir auf uns nehmen, die Last der Herrschaft, wie Rudyard Kipling seine Engländer ermahnt, tragen, Opfer bringen, wenn es nötig ist. Von Aufgeben unseres Besitzes kann nur ein Tor reden. Was wir haben, müssen wir halten und weiter ausgestalten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Professor **Schmoller:**

Professor Sering hat das Wort, er wird die Frage vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten.

Prof. Dr. **Sering:**

Meine Herren, ich habe die Absicht, eine Antwort zu finden auf folgende Fragen, die für die Klärung der Meinungen in dem jetzt schwebenden politischen Kampfe von entscheidender Wichtigkeit sind:

1. Warum ist Deutschland zuletzt unter den europäischen Staaten, nicht vor dem Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Kolonialmacht geworden?

2. Was gab den Anlass zum Erwerb unserer Kolonien?

3. Welches ist der Wert dieses Besitztums in politischer, volks- und weltwirtschaftlicher Beziehung?

Dass Deutschland erst 400 Jahre nach der Entdeckung Amerikas in die Reihe der kolonisierenden Völker eingetreten und sein überseeischer Besitz deshalb geringer ist als derjenige der Engländer oder Franzosen, daran trägt derselbe Geist die Schuld, der jetzt die Mittel für eine kraftvolle Kolonial- und Machtpolitik verweigert und gegen den zu Felde zu ziehen wir uns anschicken. Die am lautesten die angebliche Wertlosigkeit unserer Kolonien verkünden, sind deshalb am wenigsten berechtigt, sich darauf zu berufen.

Jede Kolonisation bedingt ein Zusammenwirken privater Tatkraft und kollektiver Machtentfaltung, und von Anfang an ist der Wettkampf um die neu entdeckten Gebiete des bewohnbaren Erdballes eine Sache der grossen Nationalstaaten gewesen, die sich gerade in diesem Kampfe zu straffen Einheiten zusammenschlossen. Die Deutschen dagegen verharrten, wie ihre Schicksalsgenossen, die Italiener, in den vom Mittelalter überkommenen kommunalen und landschaftlichen Lebensformen, in politischer Zersplitterung und Parteiung. So und nicht anders ist es gekommen, dass die beiden im Zeitalter der Entdeckungen höchstentwickelten und reichsten Völker Europas, die einzigen, die es im Mittelalter verstanden hatten, durch Kolonisation ihre Herrschaft auszubreiten — von jenem Wettkampf einfach ausgeschlossen blieben.

Es ist aber grossen Völkern nicht vergönnt, als unbeteiligte Zuschauer zur Seite zu stehen, wenn sich weltgeschichtliche Umwälzungen vollziehen. Hier gilt der Satz, dass, wer nicht Hammer sein will, zum Ambos wird. In derselben Zeit, als England den Grund zu seinem Weltreich legte, als andere Staaten ihrem Volkstum weite Gebiete errangen, ward Deutschland zum meistmisshandelten Lande Europas. Soll ich daran erinnern, wie seine blühenden Gefilde immer wieder der Verwüstung anheimfielen, wie seine Flussmündungen in fremde Hände gerieten, das reiche Erbe Lübecks auf Amsterdam und bald auf London überging? In den verarmten Städten verkamen Handwerk und Kunst, die ost- und süddeutschen Bauern verfielen der Herrschaft lokaler Gewalten, der Leibeigenschaft. Armut, Philistertum und Unfreiheit auf der einen, Klassendünkel auf der andern Seite wurden zum Merkmal deutschen Lebens. Es war die Zeit gekommen, in der Wohlstand und Freiheit nur noch unter dem Schutze starker Staaten zu gedeihen vermögen.

Wie der Ausschluss Deutschlands von der Teilnahme an der neuen Welt, so ist sein endlicher Eintritt in die koloniale Tätigkeit eine Folge seiner aus Kampf und Sieg hervorgegangenen Einigung und der glänzenden Entwicklung gewesen, welche die geeinigte Nation mit ihrem Aussenhandel, ihrer Industrie und Schiffahrt rasch an die Spitze der europäischen Festlands-

staaten führte. Denn das wachsende Bewusstsein der eignen Kraft und des eignen Wertes liess es schmerzlich empfinden, dass Millionen und aber Millionen unserer besten Bürger, die als Kolonisten hinauszogen, in fremde Nationen aufgingen und deren Reiche bauen halfen, dass überall der deutsche Kaufmann und Unternehmer draussen als Fremdling an zweiter Stelle stand, dass er in unzivilisierten Ländern eines kräftigen Schutzes und unsere Kriegsflotte eigener Stützpunkte entbehren musste. Als deshalb zu Anfang der 80er Jahre hansische Kaufleute Schutz für ihre Niederlassungen an der afrikanischen Westküste und in Polynesien begehrten, und bald der Antrag einiger unternehmender junger Leute um Anerkennung ihrer Gebietserwerbungen in Ostafrika folgte, war es ein notwendiger Ausdruck nationalen Ehrgefühls, dass Fürst Bismarck diesem Verlangen stattgab. Was die nationale Ehre gebot, ist dann mehr und mehr als eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit erkannt worden, als eine wahre Lebensfrage für Deutschland.

Denn die Wandlungen der Verkehrstechnik haben im 19. Jahrhundert alle Massstäbe erweitert, welche an die territoriale Grundlage nationaler Staatenbildung und Wohlstandsentwicklung zu legen sind. Das Zeitalter, dem die Nationalstaaten Europas und ihre Kämpfe untereinander ihren Stempel aufdrückten, geht seinem Ende entgegen. Die rasche Besiedlung von bisher nur an den Rändern besetzten, nun aber durch die Eisenbahnen im Innern aufgeschlossenen grossen Kontinenten, die Besiedelung Nord-Amerikas, der La Plata-Gebiete, Sibiriens, Kaplands u. s. w., hat den Schwerpunkt der Bevölkerungsvermehrung europäischer Rassen bereits ausserhalb Europas verlegt. Wir sehen wahre Weltreiche entstehen, welche mit Hilfe der Eisenbahnen, Dampfschiffe und Telegraphen ganze Erdteile und weit zerstreute Dependenzen der Herrschaft einheitlicher, politischer und wirtschaftlicher Systeme unterwerfen, Staaten, die entweder schon jetzt mehrere 100 Millionen Einwohner zählen, oder doch in absehbarer Zeit zählen werden.

Sie alle sehen wir in starker Ausbreitung begriffen und schwere Kriege nicht scheuen, um neue Territorien ihrer Herrschaft anzugliedern. Die ausserordentliche Macht der neuen Weltreiche, an ihrer Spitze der Vereinigten Staaten, liegt nicht lediglich in der grossen Volkszahl, sondern in der erstaunlichen Fülle und Mannigfaltigkeit ihrer natürlichen Reichtümer, sie sind weniger als die anderen auf deren Ergänzung durch Einfuhr von aussen her angewiesen. Das Mass der Unabhängigkeit aber bestimmt die Stellung eines Landes in der Welt. So steht die staatliche und wirtschaftliche Entwicklung unter dem Gesetz des Fortschreitens von engeren zu weiteren Räumen. Und die Völker, welche sich diesem Gesetze zu entziehen suchen, sind gerade so in Gefahr, von den Weltreichen überflügelt und in Abhängigkeit gebracht zu werden, wie dereinst die deutschen Städte und Landschaften von den neu entstehenden Nationalstaaten. Zunächst in wirtschaftlicher Hinsicht. Schon jetzt sind die Amerikaner in der Lage, gelegentlich allen anderen die Preise für wichtigste

Rohstoffe, Baumwolle und Kupfer, schon jetzt, in den Handelsverträgen den schwächeren Kontrahenten die Austauschbedingungen vorzuschreiben. Gerade in Ländern wie Nord-Amerika mit kompaktem Territorialbesitz und den mannigfaltigsten Hilfsquellen herrscht aber auch die stärkste Neigung, sich nach aussen wirtschaftlich abzuschliessen und alle ihre Erwerbsmöglichkeiten durch eigene Industrie vollständig auszunutzen.

Stets hat aber die wirtschaftliche schliesslich auch eine politische Abhängigkeit nach sich gezogen. Heinrich von Treitschke hatte deshalb Recht, wenn er sagte: „Für die Zukunft der Welt ist die Kolonisation ein Faktor von ungeheurer Bedeutung geworden. Von ihr wird es abhängen, in welchem Masse ein jedes Volk an der Beherrschung der Erde teilnehmen wird. Es ist sehr gut denkbar, dass ein Land, das gar keine Kolonien hat, garnicht mehr zu den europäischen Grossmächten zählen wird, so mächtig es sonst sein mag.“

Hieraus ergeben sich die Gesichtspunkte für die Beurteilung unseres kolonialen Besitzes: Er soll verhüten, dass die natürlichen Schätze des Erdballs zu einem Monopol einiger weniger Völker werden, soll uns neue Elemente der Unabhängigkeit sichern, indem er uns eigene Rohstoff- und Absatzgebiete erschliesst. Die Kolonien sollen unserer Bevölkerung ein erweitertes Tätigkeitsfeld verschaffen und zu jenem Ellbogenraum verhelfen, der den letzten Grund für den grossen und freiheitlichen Lebenszuschnitt in England und den Vereinigten Staaten bildet. Die Deutschen sind vermöge ihres raschen Wachstums, der Kleinheit und Unergiebigkeit ihres eigenen Landes ganz besonders darauf angewiesen, einen erweiterten Spielraum für ihr Volkstum und ihre Volkswirtschaft zu gewinnen.

Sind unsere Kolonien geeignet, dieser Aufgabe zu genügen? Sie umfassen freilich weniger Land und Bevölkerung als die englischen oder französischen Kolonien, als das nordamerikanische oder russische Reich. Immerhin sind sie fünfmal so gross wie das Deutsche Reich, sie haben 12 bis 13 Millionen farbige Einwohner, und je genauer unsere Kolonien erforscht werden, um so deutlicher tritt hervor, dass sie keineswegs von schlechterer Beschaffenheit sind als die anderen Kolonialreiche, genauer, dass das Verhältnis des durch Ackerbau und Viehzucht nutzbar zu machenden Landes zu den unbrauchbaren Wüstenbezirken nicht ungünstiger ist als dort. Hochwertige Bezirke bilden überall nur kleine Bruchteile des Ganzen; Landschaften, wo die Kultur mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, machen überall den Hauptteil der Kolonien aus. Von Britisch-Nordamerika ist nur der 10. Teil anbaufähig, von der riesigen Fläche Sibiriens und Zentralasiens vielleicht der 14. Teil. Australien ist nur an den Rändern bewohnbar, Ostindien als ein ganzes kaum vor dem tropischen Afrika bevorzugt. Und in den afrikanischen Besitzungen Englands und Frankreichs ist der Prozentsatz des fruchtbaren Landes nicht grösser als in unseren. Freilich ist eine Einschränkung zu machen. Keine unserer Kolonien ist für eine absehbare

Zeit geeignet, eine wirkliche Masseneinwanderung deutscher Ackerbauer aufzunehmen, wir dürfen deshalb nicht darauf rechnen, dort ein verjüngtes und vergrössertes Abbild des Mutterlandes entstehen zu sehen. Gewiss hat der Herr Kolonialdirektor mit Recht auf die Erfolge hingewiesen, die in Südwestafrika mit der Wassererschliessung durch Bohrungen und Stauwerke an vielen Stellen zu erzielen sind. Ich habe die erstaunlichen Wandlungen beobachten können, welche die künstliche Bewässerung in den Steppen- und Wüstengebieten des westlichen Amerika hervorbrachte. Im grossen und ganzen wird aber Deutsch-Südwestafrika, vom Bergbau abgesehen, ein Land der Steppen-Viehzucht bleiben; aus ihr können unter den heutigen Bedingungen vielleicht 10000 deutsche Grossbauern ein reichliches Auskommen finden. Auch in den Höhendistrikten Ostafrikas werden, wie heute feststeht, deutsche Bauern in grösserer Zahl mit der Zeit anzusiedeln sein. Aber im übrigen handelt es sich, wenn wir den Hafenplatz Kiautschou ausser Betracht lassen, um echte Tropenbezirke, in denen der Weisse auf körperliche Arbeit verzichten und sich auf die Rolle des leitenden Unternehmers und Beamten, des Lehrers, Missionars u. s. w. beschränken muss.

Es ist schwer, mit drei Worten ein genaues Bild von den Produktionsmöglichkeiten dieser Gebiete zu geben. Die Verhältnisse sind sehr mannigfaltig. Neben ausgedehnten Steppen mit geringeren Niederschlägen besitzen wir weite, reich bewässerte Bezirke, an der Küste von Kamerun eines der regenreichsten Gebiete der Erde mit 7—9 und 10 m Regenhöhe im Jahre. Ich will mich darauf beschränken, einige der wichtigsten Rohstoffe zu nennen, welche heute schon von unseren Tropengebieten in erheblichem Umfang geliefert werden. In allen Steppengebieten Ost-Afrikas gedeiht die Sisalagave, deren Hanf von der Tauwarenindustrie sehr geschätzt wird. Die plantagenmässige Produktion von Kautschuk, den die elektrische, die Maschinen-, die Automobil-Industrie in wachsenden Mengen gebraucht, greift in den regenreichen Gebieten, in Neu-Guinea, Samoa, Kamerun, Teilen von Ost-Afrika, rasch um sich und ersetzt allmählich die raubbaumässige Gewinnung durch die Eingeborenen.

Oel- und Fettpflanzen verschiedener Art wachsen ziemlich überall. Etwa 5% unseres beträchtlichen Netto-Imports kommen aus unseren Kolonien.

Durch die Arbeiten des kolonialwirtschaftlichen Komitees ist festgestellt, dass die Baumwolle in Togo, in den höheren Lagen von Kamerun, besonders aber im Süden von Ost-Afrika, und zwar dort die hochwertige egyptische Baumwolle gedeiht. Heute erscheint die Erwartung begründet, dass Afrika dereinst das nordamerikanische Monopol brechen wird, und wir selbst einen Einfluss auf die Preisbildung dieses so wichtigen Rohstoffes gewinnen werden. Dieselbe Hoffnung begründen für Kupfer die reichen Erzlager in Süd-Westafrika. Nimmt man hinzu, dass in Kamerun Kakao, in Usambara Kaffee ausgedehnten Anbau finden, wenn sie auch unter Schädlingen und niedrigen Preisen zu leiden haben, dass Mais und Reis in Massen von den Eingeborenen gewonnen werden, in Süd-

west die Wollschafzucht sich vor dem Aufstand in bester Blüte befand, und wir in den Waldbeständen der Tropen ein grosses Exportmaterial besitzen, so wird man sagen müssen: es lohnt sich, diese Kolonien zu entwickeln. Sie sind in der Tat geeignet, unser Volk für wichtige Rohstoffe unabhängiger zu stellen, sie bedeuten eine wesentliche Vermehrung der natürlichen Reichtümer, die unserem Volke zur Verfügung gestellt sind, alles in allem eine grossartige Erweiterung unseres national gesicherten Arbeitsfeldes.

Aber es ist noch sehr wenig geschehen, um diese Reichtümer zu heben. Ich sehe dabei von der erfreulichen Entwicklung Kiautschou's ab, das wir als Eingangstor für die nord-chinesischen Märkte vor 9 Jahren erwarben. Im übrigen haben wir uns in den ersten zehn Jahren unserer Kolonialtätigkeit wesentlich darauf beschränkt, eine minimale Verwaltung einzurichten und kleinere Expeditionen in das Innere zu schicken. In den letzten zehn Jahren hat sich das Interesse für die Kolonien zwar mehr und mehr belebt, es sind zahlreiche Plantagengesellschaften und Einzelunternehmungen begründet, in den Tropenkolonien mit Einschluss der Südseeinseln 183 Millionen Mark investiert worden; dazu kommen etwa 31 Millionen Kapitalanlagen des Reichsfiskus. So ist die Ausfuhr der drei wichtigsten, der afrikanischen Tropenkolonien in den letzten zehn Jahren auf das $2^1/_2$fache, von 9,7 auf 23 Millionen Mark gewachsen. Doch im Vergleich mit der grossen Ausdehnung und Ergiebigkeit der verfügbaren Flächen sind dies alles sehr kleine Summen. Obwohl von den landwirtschaftlichen Exporten der afrikanischen Tropenkolonien etwa $^6/_7$ Kulturen der Eingeborenen entstammen, ist deren grosse Masse vom Verkehr noch fast unberührt und lebt in vollständiger Naturalwirtschaft. Von den 4—500 000 exportierten Doppelzentnern musste das allermeiste noch auf Negerköpfen mehrere Tagereisen, wertvolle Waren mussten in Märschen von 30 bis 60 Tagen nach der Küste geschafft werden. Es fehlt also an Verkehrsmitteln, an Eisenbahnen. Bisher sind glücklich drei kurze Stichbahnen von 100 bis 200 km Länge, davon zwei aus Reichsmitteln für das 995 000 qkm grosse Deutsch-Ostafrika, eine in Togo — hier bekanntlich unter Zinsgarantie der Kolonie, die bereits finanzielle Ueberschüsse abwirft — gebaut worden.

An der so unzulänglichen Ausstattung trägt aber nicht bloss der Reichstag, sondern ebenso der Bundesrat und die bisherige Kolonialverwaltung, man kann sagen das ganze Volk die Schuld; denn das Verständnis für die Grösse der zu lösenden Aufgabe ist noch wenig verbreitet.

Vergegenwärtigen wir uns das weltwirtschaftliche Problem, an dem mitzuarbeiten wir berufen sind. Zwei Perioden der Kolonialgeschichte sind ohne unsere direkte Beteiligung vorübergegangen. In der ersten, die fast bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts dauerte, griff die intensivere Nutzbarmachung der okkupierten Gebiete für die europäische Kultur nur entlang den grossen Strömen weit über die Küstenränder hinaus. Der Einfluss des kolonialen Handels auf das Wirtschaftsleben von Europa — wenigstens des Festlandes —

blieb deshalb, vom Edelmetallhandel abgesehen, verhältnismässig gering. Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte mit den Eisenbahnen: die Emanzipation von den Wasserstrassen, die Aufschliessung und Besiedlung der Bezirke von gemässigtem und subtropischem Klima im Innern der Kontinente, und daraus erwuchs ebenso die schwere Konkurrenz für die Landwirtschaft, wie die fast sprunghafte Industrieentwicklung der letzten Jahrzehnte in Westeuropa, besonders auch in Deutschland. Aber die Kolonialgebiete der gemässigten Zone werden selbst mit grosser Raschheit zu Industrieländern, und es ist, von aller Handelspolitik abgesehen, nicht darauf zu rechnen, dass unser Absatz dorthin sich in dem Tempo der Besiedlungszeit weiter entwickeln wird. Auch haben alle jene Siedelungsgebiete die Tendenz, zu selbständigen Staaten zu werden, soweit sie es noch nicht sind.

Heute nun steht die Kulturmenschheit vor einer neuen, der letzten kolonisatorischen Aufgabe: die tropischen Binnengebiete der grossen Kontinente, Südamerikas, vor allem auch Afrikas aufzuschliessen und sie einer planvollen Nutzung zuzuführen. Eine kolossale Mehrung des allgemeinen Reichtums, der für unsern Bedarf verfügbaren Güter steht davon zu erwarten. Ist doch die Züchtung von Tropenpflanzen erst seit kurzem zum Gegenstand wissenschaftlichen Nachdenkens geworden. Wir haben umsomehr Anlass, an die neue Aufgabe frischen Mutes heranzutreten, als die Erschliessung der Tropen nicht eine Gefährdung unserer eigenen Bodenkultur, wohl aber eine dauernde Stärkung unserer Industrie in Aussicht stellt. Denn so sehr die tropische Sonne die Vegetation begünstigt, so sehr erschwert sie die arbeitsintensive Industrietätigkeit. Schon Friedrich List hat die Tropen für die Rohstoffproduzenten der Zukunft erklärt. Hier scheint sich wirklich eine endgiltige Arbeitsteilung zwischen Agrar- und Industriestaaten anzubahnen. Alle jene Gebiete sind aber auch von Rassen bevölkert, welche nicht vermochten, aus eigener Kraft eine Rechtsordnung zu schaffen, Freiheit und Eigentum genügend zu sichern. Deshalb ist ihre politische Beherrschung durch die Kulturvölker die Voraussetzung für ihre eigene Kultivierung und für die Herstellung einer wirklichen Weltwirtschaft. Und alles spricht dafür, dass die Tropen dauernd dieser Herrschaft unterworfen bleiben. Deshalb werden die Anstrengungen, das Blut und das Geld, die wir unseren Kolonien zuwenden, auch dauernd unserm Volke zu Gute kommen, wenn nur die Kolonien selbst uns erhalten bleiben. Zuerst hat England die neue Situation begriffen, stehen doch heute an der Londoner Stock-Exchange die Kolonialwerte ganz im Vordergrund.

Das zentrale Mittel zur wirtschaftlichen Erschliessung und zur Sicherung der Herrschaft über weite Territorien ist aber der Bau von Eisenbahnen — in der heissen noch viel mehr als in der gemässigten Zone. Denn die Herstellung und Unterhaltung guter Strassen ist im Gebiet der tropischen Regengüsse ungefähr ebenso teuer, wie von Eisenbahnen, und die Zugtiere unterliegen dort vielerlei Gefahren. Nicht anders, als durch die Einbeziehung in den grossen Verkehr, kann der Zustand der Naturalwirtschaft durchbrochen, kann ein Anreiz

geschaffen werden, dass die Eingeborenen über den eigenen Bedarf hinaus produzieren und zu Käufern für unsere Industrieprodukte werden. Vereinigt sich mit diesem Anreiz der gelinde indirekte Arbeitszwang, welcher durch die Hüttensteuer ausgeübt wird, so ist zu hoffen, dass bei geeigneter Belehrung aus den Eingeborenen allmählich ein tüchtiger Kleinbauernstand wird, neben den sich die Plantagenunternehmer als fortschreiende und richtunggebende Leiter von Grossbetriebe stellen.

Eisenbahnen, die solch' allgemeinen Zwecken dienen, pflegen erst in späterer Zeit Reinerträge zu bringen und erfordern deshalb den Aufwand erheblicher staatlicher Mittel. Nicht überall liegen die Verhältnisse so günstig wie in den südwestafrikanischen Kupferdistrikten, welche die Otavi-Minen und Eisenbahngesellschaft durch ihre 570 km lange Strecke auf eigene Kosten aufschloss. Wenn die Vereinigten Staaten die Pacificbahnen durch grossartige Subventionen förderten, wenn die Engländer aus Reichsmitteln die 940 km lange Ugandabahn herstellten, die hauptsächlich aus unseren volkreichen Gebieten am Viktoriasee die Frachten erhält, während Britisch-Ostafrika an Ertragsfähigkeit weit hinter dem deutschen Schutzgebiet zurückbleibt, so hätte Deutschland als das klassische Land der Staatsbahnen erst recht Veranlassung, mit öffentlichen Mitteln für die Herstellung jener Durchgangslinien zu sorgen, welche erst eine wirkliche Besitznahme der von uns beschlagnahmten weiten Gebiete bedeuten würden. Die Lasten, die eine grosszügige Kolonial- und Machtpolitik dem deutschen Volke auferlegt, werden durch die davon zu erwartende Förderung des allgemeinen Wohlstandes reichlich wieder eingebracht. Freilich ist eine gerechte Verteilung dieser Lasten unter kräftiger Heranziehung der besitzenden Klassen zu fordern.

Ich will nicht auf die Beschuldigungen eingehen, welche wegen Behandlung der Eingeborenen durch einzelne Beamte erhoben worden sind. Vieles davon ist auf Rechnung der Schwierigkeit zu setzen, die richtigen Formen für die Ausübung der Herrschaft über unzivilisierte Menschen zu finden. Vieles hat sich als masslose und leichtfertige Uebertreibung erwiesen. Aber wenn alle diese Beschuldigungen zuträfen, würde daraus nicht die Berechtigung zu dem letzten Reichstagsbeschlusse abzuleiten sein, welcher die Zahl der vor dem noch nicht überwundenen Feinde stehenden Soldaten herabmindern wollte. Würde dieser Beschluss die Zustimmung der Nation finden, so ergäbe sich daraus eine Gefährdung nicht nur unseres südafrikanischen Besitztums, sondern unserer Kolonien überhaupt und unserer Stellung in der Welt. Denn das liesse Zweifel aufkommen daran, dass wir entschlossen sind, jeden uns aufgezwungenen Kampf bis zum Ende durchzufechten und unsere Herrschaft, wo wir sie aufgerichtet haben, auch zu behaupten. In dem Beschluss der Reichtagsmehrheit ist wieder jener engherzige Parteigeist und jene philisterhafte Gesinnung zum Ausdruck gekommen, denen das deutsche Volk so viel Schmach und Elend zu verdanken hat. (Bravo.) Wir sollten aus der Geschichte gelernt haben, dass die

Voraussetzung alles Wohlstands, aller Freiheit und alles Fortschritts liegt in dem festen Zusammenstehen der Nation nach aussen hin und in ihrem Willen zur Macht. (Lebhafter Beifall.)

Afrikaforscher **C. G. Schillings:**

Meine Herren! Mit Recht hat Herr Professor Delbrück heute einen Appell an uns gerichtet, Mann für Mann in dieser Stunde im Interesse einer Reichstagswahl tätig zu sein, die dem — sprechen wir es offen aus — durch die jüngsten Vorgänge empfindlich verletzten Ehrgefühl des deutschen Volkes Genugtuung gibt. Die Pflicht tritt an uns heran, einzutreten für unsere Kolonien, und jeder Einzelne von uns hat die Pflicht, in der Oeffentlichkeit aufklärend zu wirken, angesichts der heute leider noch immer so grossen Gleichgiltigkeit weiter Kreise der grossen und weitsichtigen kolonialen Idee gegenüber. Meine Herren, erlauben Sie mir, mich kurz zu fassen: im Anfang unserer Kolonialaera galt es, mit allen Mitteln für die so ganz neue koloniale Idee Interesse zu erwecken. Es kann nicht geleugnet werden, dass eine allzu optimistische Beurteilung in bezug auf schnelle Erfolge vielfach dazu beigetragen hat, eine Stimmung zu erzeugen, welche die in der letzten Zeit eingetretenen Rückschläge als etwas — ich möchte sagen — Unerhörtes und Ausserordentliches zu betrachten geneigt ist. Aber wenn es gilt, einer neuen Idee den Weg zu ebnen, so kann das nur geschehen, wenn man in der Oeffentlichkeit mit einer gewissen Begeisterung für die betreffende Sache eintritt. Ich leugne nicht, dass vielleicht in dieser Beziehung hier und da des Guten zuviel geschehen ist. Seit ich gewisse Teile unserer Kolonien genauer kennen gelernt habe, habe ich allzu optimistischen Auffassungen niemals Raum gegeben. Es schien mir vielmehr, als wenn allein eine langsame, zielbewusste und stetige Entwicklung all der Hilfskräfte jener gewaltigen Gebiete auf die Dauer erspriessliche Resultate gewährleisten würde. Unsere afrikanischen Besitzungen allein haben einen Flächenraum von etwa 2391000 Quadratkilometern. Dass ein solch gewaltiges Gebiet nicht mit einem Schlage aus dem Zustande absoluter Unkultur in ein prosperierendes und sofort rentierendes neues Kulturland verwandelt werden könne, schien mir klar. Ich habe nicht ohne Besorgnis die so oft gehörte fälschliche Ansicht bedauert, dass Kolonien sofort und in kurzer Zeit prosperieren müssten. Diesen Forderungen und Erwartungen stehen ja aber die mannigfachsten Schwierigkeiten entgegen, so vor allen Dingen die klimatischen Verhältnisse und die ausserordentlich schwierige Frage der eingeborenen Arbeiter. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass weite Gebiete unserer afrikanischen Besitztümer nicht zur europäischen Einwanderung geeignet sind, doch auch hier gilt es, die Eingeborenen zu brauchbaren Hilfskräften der europäischen Kultur vor allem anzulernen. Wieder andere Gebiete werden mit Hilfe der immer fortschreitenden Technik und der Möglichkeit der Bekämpfung tropischer Krankheiten in mehr oder minder bedingtem Masse zur Einwanderung tauglich sein. Vor allem scheint dies der

Fall zu sein in Südwestafrika, einem Lande, in dem auch das Pferd, jene so wichtige Hilfskraft des Kulturmenschen, auf die Dauer existieren kann. Es scheint die Behauptung nicht unberechtigt, dass die Existenzmöglichkeit dieses Tieres in tropischen Ländern auf die Dauer auch die Existenzmöglichkeit des Europäers involviert.

Wie dem aber auch sei, wir dürfen vor allen Dingen keinen Augenblick vergessen, dass die dauernden Fortschritte der Wissenschaft und der Technik die Behauptung nicht ungerechtfertigt erscheinen lassen, dass vielleicht in absehbarer Zeit eine Besiedelung ausgedehnter Gebiete eintreten kann, die wir bisher als mehr oder minder von einer intensiven Besiedelung als ausgeschlossen erachteten. Es gilt aber vor allen Dingen dann über solche Gebiete zu verfügen, und warum sollten wir unsere gewaltigen kolonialen Gebiete als wertlos erachten, weil bisher der eine oder andere Fehler in bezug auf ihre Verwaltung gemacht worden ist. Haben nicht andere Nationen dieselben Fehler begangen? Liegt es nicht in der Natur der Dinge, dass solche Fehler gemacht werden müssen? Ich muss es mir hier versagen, der Kürze der Zeit halber auf Einzelheiten einzugehen, möchte vielmehr nur die Frage der Behandlung der Eingeborenen mit wenigen Worten erwähnen.

Die Eingeborenenfrage ist naturgemäss von ausserordentlicher Wichtigkeit. In Deutsch-Südwest-Afrika haben wir es erlebt, ein wie gefährlicher Gegner der durch einen langen Kontakt mit der europäischen Kultur im modernen Sinne wehrkräftig gewordene Eingeborene werden kann.

Es kann nun aber nicht das Ziel moderner, kolonialer Entwicklung sein, den Eingeborenen bis zu einem Punkte in die Opposition zu treiben, der es gebieterisch erfordert, als ultima ratio ihn vom Erdboden zu vertilgen, bzw. in jahrelangen Kriegen bekämpfen zu müssen. Es gilt vielmehr, ihn der Kultur geneigt, willig und dienstbar zu machen. Das ist nun zweifellos eine ausserordentlich schwierige Aufgabe, die vor allen Dingen stabile Verhältnisse in bezug auf das System notwendig macht, welches ihn direkt zu beherrschen berufen ist, mit ihm in unmittelbaren Kontakt gelangen muss.

Ich verstehe darunter die unmittelbar mit ihm in Berührung kommenden vorgesetzten Europäer.

Die Macht der Missionare über die Eingeborenen beruht vor allen Dingen darin, dass der ohnehin patriarchalischer Behandlung ausserordentlich zugängliche Schwarze in ihnen mit Männern zu tun hat, die ihn auf das Genaueste kennen lernen und in den meisten Fällen dauernd auf einem Posten verharren und so den grössten Einfluss auf die Eingeborenen gewinnen. Dies System kann nun aber aus den verschiedensten Gründen vielfach in bezug auf unsere Beamten bisher nicht angewandt werden. Meine Herren, ich sehe in dieser Angelegenheit einen Hauptfehler, der bisher gemacht worden ist. Es ist undenkbar, dass ein Mann, der sich vielleicht jahrelang in ein ohnehin schwieriges Sprachgebiet eingearbeitet und allmählich die oft sehr komplizierten Verhältnisse seines Bezirks kennen gelernt hat, nach seiner Beurlaubung und

Rückkehr aus Europa in ein ganz anderes heterogenes Gebiet versetzt, sich hier mit neuer Spannkraft und Initiative in so ganz neue Verhältnisse einarbeiten kann.

Aus diesem ewigen Wechsel unserer Beamten resultiert ein „Nichtverwachsensein“ möchte ich sagen, mit den einschlägigen Verhältnissen. Jeder Mann mit afrikanischer Erfahrung weiss, dass der persönliche Einfluss dem Eingeborenen bekannter, und vertrauenswürdiger erscheinender Europäer von allergrösster Bedeutung ist und garnicht genug gewürdigt werden kann! Eine ganz genaue Kenntnis des Charakters der betreffenden Stämme, ein eingehendes Studium der oft ausserordentlich verzwickt liegenden politischen Verhältnisse der einzelnen Länder, ein grosses, persönliches Ansehen und langjähriger Aufenthalt in den einzelnen Gebieten allein können eine ersichtliche Einwirkung von seiten des Europäers auf die Dauer gewährleisten. Die Pflichten, die dem das Land so vollkommen umwälzenden, den Eingeborenen aus allen seinen ihm lieb gewordenen Begriffen hinausdrängenden Europäer als dem neuen Herrn des Landes erwachsen, sind ausserordentlich vielseitig und er sollte nicht vergessen, dass er nicht lediglich als Usurpator dem Ureinwohner entgegentreten darf, vielmehr seine Liebe und sein Vertrauen als neuer Herr erringen muss, will er anders auf die Dauer ihn ohne die äussersten kriegerischen Zwangsmassregeln regieren.

Bei der Vielfältigkeit und den ausserordentlich verschiedenen Verhältnissen unserer kolonialen Besitztümer wird es auf lange Zeit nicht möglich sein, ein einheitliches Verfahren in bezug auf die Verwaltung in Anwendung zu bringen. Vielmehr muss das von Fall zu Fall zweckmässigste Verhalten den Eingeborenen gegenüber in Anwendung gebracht werden, und es scheint mir dringend notwendig, dabei auch vor allen Dingen auf die eingeborenen Behörden, auf die angestammten Häuptlinge und die herrschende Kaste als zweckmässige und billige Hilfskräfte für die Beherrschung des Landes zurückzugreifen. Stärkt man das Ansehen der eingeborenen Häuptlinge, so vermag man auf die Bevölkerung einen ausserordentlichen Einfluss auszuüben und es muss dabei den Häuptlingen zu verstehen gegeben werden, dass sie für das Verhalten ihrer Leute einzustehen haben. Um auch im Ernstfalle die Autorität diesen eingeborenen Fürsten gegenüber aufrecht erhalten zu können, muss selbstverständlich über eine genügende militärische Macht verfügt werden. Es ist aber durchaus nicht notwendig, dass diese Macht stets an ein und derselben Stelle ihren Einfluss ausübt, vielmehr wird bei richtiger Anwendung dieses Machtmittels ein zeitweises Erscheinen hier und da im Lande vom nachhaltigsten Eindruck und grösster Wirksamkeit auf die Eingeborenen sein. Eine ausserordentlich wichtige Frage ist ferner die Frage der tunlichsten Entwaffnung der Eingeborenen.

Wir dürfen uns nicht verhehlen, dass der gesamte europäische Einfluss in weiten Kreisen Afrikas lediglich ein suggestiver ist und sein kann. Es ist unangängig, die Eingeborenen mit der gefährlichen Waffe des Europäers, mit der Feuerwaffe zu bewaffnen. Sie muss unter allen Umständen

und tunlichst ihren Händen entzogen werden. Ich habe diesen Standpunkt schon seit Jahren auch für Ostafrika auf das Energischste vertreten und das uns heute in Süd-Westafrika vor Augen geführte Beispiel beweist die Richtigkeit meiner Anschauung. Auch die Anwendung von Vorderladern ist den Eingeborenen möglichst zu versagen. Es liegt kein Grund vor, sie nicht bei ihren altgewohnten Waffen noch lange Zeit zu belassen: Kenntnis der Vorderlader führt sie in kurzer Zeit zu dem Wunsche, Hinterlader zu besitzen.

Unter dem Einflusse der eingeborenen Häuptlinge wird es auf Jahre hinaus viel leichter sein, unter den Eingeborenen brauchbare Arbeiter für die europäische Arbeit zu gewinnen, als wenn man den Versuch machen wollte, von heute auf morgen in wenigen Jahren die Eingeborenen vollkommen umzumodeln. Alle diese Punkte vermag ich hier nicht eingehender zu behandeln. Eins aber dürfte jedermann ohne weiteres klar sein: Gewaltige koloniale Besitztümer können nicht entwickelt werden, ohne weit ausschauende Gesichtspunkte! Parlamentarische Gesichtspunkte von Fall zu Fall in ihre Entwicklung hereinzutragen, erscheint nicht angebracht. England entwickelt seine Kolonien seit Jahrhunderten und seit Jahrhunderten besitzt es eine parlamentarische Regierung. Ein Eingreifen aber des englischen Parlamentes in der Art und Weise, wie wir es vor kurzem im Vaterlande erleben mussten, ist dort nicht Sitte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass, wie ich schon eingangs erwähnte, in den wenigen Jahren unserer kolonialen Vorschulung — wie ich es nennen möchte — eine Reihe von mehr oder minder grossen Fehlern gemacht worden sind. Aber kein Volk der Erde würde solche Fehler nicht gemacht haben. Eins aber, meine Herren, scheint mir unbedingt notwendig, eine feste zentrale Leitung unserer kolonialen Unternehmungen: ein koloniales Ministerium. Nur von einer solchen Zentralstelle aus kann mit fester Hand eine stetige Entwicklung der gewaltigen von uns erworbenen exotischen Gebiete erfolgen. Dass wir aber diese nicht etwa aufgeben dürfen, dass wir sie fortschreitend entwickeln und nutzbringend gestalten müssen, ist angesichts des internationalen Wettbewerbs auf kolonialem Gebiete für eine Macht wie Deutschland so sehr erforderlich, dass es überhaupt ausserhalb der Diskussion steht. Wir haben einen jährlichen Ueberschuss von beinahe einer Million Köpfen. Es gilt, neue besiedelbare Länder aufzuschliessen, um, soweit es tunlich, diesen Ueberschuss an Menschen dorthin zu lenken. Es gilt unserer Industrie neue Absatzgebiete zu eröffnen, auch in den weiten Länderstrecken, die für eine europäische Ansiedlung nicht in Frage kommen.

Alles dies hat mit eiserner Konsequenz, stetig, langsam, und unter Berücksichtigung aller der schwierigen in Frage kommenden Verhältnisse zu geschehen. Intensiv müssen gewisse Gebiete in Angriff genommen werden — andere weitab gelegene Gegenden sollten dabei möglichst lange sich selbst überlassen bleiben. Eine allzu schnelle generelle Behandlung aller der komplizierten Fragen, könnte zu ebensolchen Enttäuschungen führen, wie eine sachgemässe, langsame, stetige

Behandlung dieser Fragen Erfolg verbürgen wird. Fordern wir aber nicht, dass ein so schwieriges Unterfangen wie die für uns gebieterisch notwendig gewordene Kolonisierung gewaltiger exotischer Gebiete von heute auf morgen Zinsen abwerfen soll. Das ist angesichts des gewaltigen Umwälzungsprozesses, dem wir fremde Erdteile zu unterwerfen haben, nicht gerechtfertigt. Treffen wir aber vertrauensvoll alle Massnahmen um durch Schaffung einer zentralen mit allen Machtbefugnissen ausgestatteten und verantwortlichen Behörde jene erste Bedingung zu erfüllen, die zur gedeihlichen Entwicklung unserer Kolonien erforderlich ist: nur die Schaffung eines von grossen Gesichtspunkten geleiteten und unabhängigen Kolonialministeriums kann auf die Dauer eine gedeihliche Entwicklung unserer Kolonien gewährleisten.

Angesichts aber einer über 30jährigen Friedensperiode in kleinlicher Weise kriegerische Ereignisse zu bejammern, die so bedauerlich sie auch sein mögen, doch notwendige Folge jeden Eindringens eines überlegenen Kulturvolks in fremde Länder sind, und aus ihrem Eintreffen nunmehr für die Dauer an einer gedeihlichen Entwicklung der Kolonien verzweifeln zu wollen, meine Herren, das zeugt von einem Kleinmut, der des deutschen Namens wahrhaftig nicht würdig ist. Ich habe die feste Ueberzeugung, dass der neue deutsche Reichstag sich aus Männern zusammensetzen wird, die sich dieser lebenswichtigen Frage nicht verschliessen werden (Beifall).

Vorsitzender Prof. **Schmoller:**

Professor Brunner hat das Wort.

Geh Justizrat, Prof. Dr. **Brunner:**

Meine Herren, erwarten Sie von mir keine juristischen Erörterungen! Ich habe den Juristen in mir heute gemäss Verabredung zu Hause gelassen (Heiterkeit), um nur aus schlichtem politischen Empfinden heraus in aller Kürze zu sagen wie ich über unsere Sache und unsere Aufgabe denke.

In der kurzen Geschichte unserer Kolonialpolitik wiederholt sich eine Erscheinung, die wir in unserer politischen Entwicklung überhaupt wahrnehmen können. Seit Jahrhunderten ist es das Geschick des deutschen Volkes, dass es ihm durch die Ungunst der Verhältnisse schwerer gemacht wird als anderen Völkern, sich den gebührenden Platz an der Sonne zu erringen und ihn zu behaupten. Wie harte Kämpfe, innere und äussere, hatten wir zu bestehen um die politische Einheit zu gewinnen, wie viel härtere zum Beispiel als die Italiener, denen sie wie ein Geschenk des Himmels hauptsächlich durch fremde Hilfe in den Schoss fiel. Wie leicht ist es den Engländern geworden ihre schwere Hand auf das reiche und grosse Aegypten zu legen. Die Opfer waren kaum nennenswert im Vergleich zu den Opfern, die wir bringen mussten und bringen müssen, um Südwestafrika endgiltig in Besitz zu nehmen.

All das ist aber kein Grund düster in die Zukunft zu blicken. Wir können uns damit trösten, dass es im Leben der Völker zugeht wie im Leben des Einzelnen. Nicht jene

Menschen prägen sich als die kräftigsten Persönlichkeiten aus, denen die Wege des Lebens von Jugend auf glatt gebahnt sind. Und gewiss ist heute unter Ihnen so mancher, der sich sagen kann: Was ich geworden bin, habe ich den Kämpfen und Sorgen einer harten Jugend zu danken.

Und so scheint es mir denn — ich kann mich dafür auf eine heutige Aeusserung des Herrn Kolonialdirektors stützen, der Südwestafrika eine günstige Zukunft prophezeite — so scheint es mir, dass gerade das heutige Schmerzenskind unter unseren Kolonien berufen sei in unserer Kolonialgeschichte dereinst eine ähnliche Rolle zu spielen wie die Mark Brandenburg in der Geschichte Preussens und Deutschlands (Sehr richtig). Die viel verschriene Streusandbüchse des heiligen römischen Reiches hat sich — um ein Wort Heinrichs von Treitschke zu gebrauchen — zur Grossmacht emporgehungert und ist der Kristallisationskern des neuen Reiches geworden. So mag auch unser sandreiches, unser dornenvolles Südwestafrika, weil es in unseren dortigen Siedlern und deren Nachkommen ein wehrkräftiges in Kampf und Arbeit gestähltes deutsches Geschlecht heranzuziehen verspricht, dereinst der Grundpfeiler unserer Kolonialmacht werden. (Bravo!)

Ja wahrlich, meine Herren, es wird uns schwer genug gemacht, vorwärts zu kommen im Wettbewerb mit anderen Nationen; aber die grössten Schwierigkeiten haben wir uns immer selbst bereitet dank der bekannten Erbsünde des inneren Zwiespalts und der Parteizerklüftung. So auch in der Kolonialpolitik. Was hätten wir z. B. ersparen können an Blut und an Geld, wenn wir früh genug nach dem Vorbilde der Engländer und des Kongostaates in Afrika mit dem Bau von Eisenbahnen vorgegangen wären. Der Starrsinn gewisser politischer Parteien hat es nicht gewollt! — Doch ich will dies leidige heute schon mehrfach gestreifte Thema nicht weiter ausführen, ich will nur noch einen Punkt zur Sprache bringen, der mir für unsere Aktion vor den Neuwahlen der springende zu sein scheint.

Als die jüngste Reichstagsauflösung bekannt wurde, da ging durch weite Kreise der verschiedensten Gesellschaftsklassen das Gefühl der Befreiung, der Erleichterung. (Bravo! und Händeklatschen.) Man atmete auf, als wäre ein schwerer Druck von der Seele genommen. Ausgelöst wurde diese Empfindung nicht nur durch die Aussicht, dass die nächsten Neuwahlen eine bessere Mehrheit bringen werden, sondern auch durch die Erkenntnis, dass auf alle Fälle unsere innere politische Lage eine dankenswerte Klärung erfahren hat. (Bravo!)

Meine Herren! Die jüngsten Ereignisse sind Ihnen bekannt. Zur Orientierung will ich ihr Bild rasch vor Ihnen abrollen lassen. Die schrankenlose Herrschsucht, mit der Männer des bisherigen Zentrums sich in Kolonialsachen — wie vielleicht auch in anderen Dingen — als Nebenregierung aufspielen wollten, war durch die jüngsten Reichstagsverha lungen in aller Nacktheit enthüllt worden. (Bravo!). Als r Generalstab und die Kolonialverwaltung, die allein in d Frage das massgebende Urteil hatten und die allein vor r

deutschen Volke die Verantwortung tragen können, die Truppenzahl normierten, die in Südwestafrika verbleiben müsse, um unsere dortigen Kämpfe zu einem gedeihlichen Ende zu führen, da sprach bekanntlich das Zentrum im Bündnis mit Sozialdemokraten, Polen und Welfen jenes verhängnisvolle „Nein“, das zur Auflösung des Reichstags führte und führen musste. Unbekümmert um das Schicksal der im Aufstandsgebiete verbleibenden Truppenreste, unbekümmert um das Los der deutschen Farmer, die neuen räuberischen Ueberfällen ausgesetzt worden wären, unbekümmert um Ansehen und Ehre des deutschen Namens in den Kolonien und im Ausland, verfolgte das Zentrum mit seinem fatalen Besserwissen nur den Zweck, durch eine parlamentarische Kraftprobe den Beweis zu liefern, dass nach wie vor das Zentrum in Deutschland Trumpf sei und bleibe. (Sehr richtig! und Pfui!) So hat uns der 13. Dezember enthüllt, wessen wir uns in nationalen Lebensfragen vom bisherigen Zentrum versehen können. Nicht nur die Reichsregierung, sondern auch breite Schichten des deutschen Volkes gelangten zu der Ueberzeugung: So geht es nicht weiter! Insofern hat unsere Lage sich geklärt. Die bevorstehenden Wahlen müssen dafür sorgen, dass unsere nationale Zukunft sicher gestellt werde gegen die Wiederkehr derartiger Machtproben des bisherigen Zentrums! (Bravo!) — Das muss den Ausgangspunkt bilden für die Wahltaktik aller Parteien, welche der Mehrheit vom 13. Dezember nicht anzugehören die Ehre hatten. (Sehr gut! stürmischer Beifall.) Diesem Ziele müssen alle Sonderinteressen der einzelnen Fraktionen sich unterordnen. Wer diesem Ziele sich nicht fügt, der arbeitet bewusst oder unbewusst dem Zentrum, den Sozialdemokraten, den Polen und den Welfen in die Hände. Und dieses Ziel wird auch das Aktionskomitee, das Sie heute einzusetzen gedenken, nicht ausser Acht lassen dürfen. Wenn es auch nicht unmittelbar eingreifen soll in das politische Parteigetriebe, so wird es sich doch nicht auf akademische Erörterungen und theoretische Ausführungen beschränken dürfen; soll unsere Aktion die Wahlen beeinflussen — und das soll sie — dann dürfen ihr auch die Töne echter Leidenschaft und energischen Wollens nicht fehlen. (Sehr richtig.) Das Aktionskomitee wird daher nicht umhin können, die Mehrheit vom 13. Dezember vor den Wählern zu kennzeichnen, wie sie es verdient, es wird nicht umhin können, gemeinschaftliches Vorgehen aller übrigen Parteien nach besten Kräften zu fördern unter einer Parole, die in diesen Tagen nicht oft genug wiederholt werden kann — nicht oft genug gerade deshalb, weil sie von den Gegnern als angeblich verbrauchtes Schlagwort verhöhnt wird — unter der Parole: Erst das Vaterland, dann die Partei! (Anhaltender jubelnder Beifall.)

Vorsitzender Prof. **Schmoller:**

Prof. Jastrow, Rektor der Handelshochschule Berlin hat das Wort.

Prof. **Jastrow:**

Meine Herren, in der Frage, ob die Angelegenheit, die

uns am heutigen Abend zusammengeführt hat, eine unpolitische oder eine politische Behandlung erfordert, stimme ich mit dem Herrn Vorredner überein, der die Meinung ausgesprochen hat, dass dieses Thema anders, als politisch überhaupt nicht behandelt werden kann. Denn wie sollte es möglich sein, eine Reichstagsauflösung und die Veranlassung dazu zu verschweigen, wenn wir uns über diesen Gegenstand unterhalten. Dann aber müssen wir uns auch sagen, dass der Kampf, der aus Anlass der letzten Reichstagsauflösung zu führen ist, mit der Frontstellung gegen das Zentrum durchgeführt werden muss, völlig gleichgiltig, welche Wahlparole in den Tagen der Reichstagsauflösung ausgegeben ist. Eine Wahlparole lässt man sich nicht aufnötigen, sondern wer der Meinung ist, dass das Wesentliche der letzten Reichstagsauflösung in dem erfrischenden Vorgehen gegen das Zentrum bestanden hat — einem Vorgehen, das wir mehr als ein Vierteljahrhundert nicht mehr erlebt haben — wer da meint, dass dies der Wendepunkt in unserer parlamentarischen Entwicklung sein soll, der kann natürlich nicht eine andere Sache für die Hauptsache in diesem Wahlkampfe erklären, sondern er muss als die Hauptsache die Frontstellung gegen das Zentrum betrachten. (Bravo!)

Nun könnte man sagen, dass es mit der Beteiligung an einem Unternehmen, wie dem heutigen, in einem gewissen Widerspruche dazu steht, wenn man die Frontstellung gegen das Zentrum für das wichtigste Moment des ganzen Wahlkampfes erklärt. Aber lesen Sie einmal die Einladung durch, die ich mit voller Ueberlegung unterschrieben habe! In dem Wortlaut ist nichts enthalten, was diejenigen, die zustimmen, verpflichten sollte, von den Dingen, die ihnen am meisten am Herzen liegen, in diesem Wahlkampfe abzusehen. Aber nicht nur in dem Wortlaut ist es nicht enthalten, sondern auch nicht in der Tendenz der Bewegung, die mit dem heutigen Abend beginnen soll. Der Gedanke, dass lediglich aus der Nichtbewilligung der Summen, die für koloniale Zwecke erforderlich sind, ein Wahlkampf gemacht werden soll, und dass andere Gegensätze, die sich geltend machen, in dem Wahlkampf an die Wand gedrückt werden sollen, dieser Gedanke konnte vor zwei Wochen noch geäussert werden; heute ist er völlig ausgeschlossen durch die jüngsten Ereignisse in Afrika. Es hat sich die jüngste Situation erfreulich zugespitzt. Kein Mensch kann heute noch sagen, dass, wenn nun die Mittel bewilligt würden, die früher versagt worden sind, alles gut ist. Solange die Gründe, die zur Nichtbewilligung geführt haben, fortbestehen, ist so gut wie nichts gebessert. (Sehr richtig!) Durch die jüngsten Ereignisse ist es klar geworden, dass wir nicht bloss eine Kolonialpolitik treiben, sondern dass wir durch und durch einen innern politischen Kampf führen gegen die Parteien, die jenes Ergebnis verschuldet haben.

Machen wir uns doch einen kleinen Augenblick klar, wie denn diese eigenartige Stellung der Zentrumspartei entstanden ist; eine Parteistellung, die in ganz Europa nicht wiederkehrt. Ich bin genötigt, wenn ich meine Ansicht hier-

über aussprechen soll, zu einer sehr altmodischen Staatsanschauung mich zu bekennen. Ich bin, als ich in jungen Jahren politisch zu denken begann, von der damals fast allgemein herrschenden Anschauung gefesselt worden: dass es für eine Monarchie ein Glück ist, wenn sie über grosse Parteien verfügt, denen sie ihre leitenden Staatsmänner entnehmen kann. So klein auch im Laufe der Zeit das Häuflein derer geworden ist, die sich zu dieser Anschauung bekennen, ich bin noch heute derselben Ansicht, dass das Ziel politischer Entwicklung in einer Monarchie, die aus freien Bürgern bestehen will, dahin gehen soll, dass grosse Parteien einen Einfluss gewinnen und dass aus diesen Parteien die Regierungsmänner entnommen werden. Sie wissen, dass diese Anschauung in den 70er Jahren noch grosse Gegner gefunden hat, und damals galt es als höchstes Ziel staatsmännischer Weisheit, sich ja vor der Herrschaft einer Majorität zu bewahren. In den 70er Jahren nun entstand in der Minorität eine Partei, bei der man von vornherein sicher war: die kann vermöge der Begrenzung, die sie sich selbst gibt, niemals eine Majorität werden, niemals Majoritätsansprüche gewinnen. Und aus blosser Angst vor der Majoritätsherrschaft hat man sich der Minoritätspartei verschrieben. Aber es ist nicht nur ein Unterschied in der Zahl zwischen Minderheit und Mehrheit, auch der Einfluss ist ein verschiedener. Die Zentrumsherrschaft ist in ganz Europa eine sonst unmögliche Erscheinung. Wo sonst in Europa eine Partei nach der Macht strebt, da ist stets die wohltuende Zügelung zu beobachten, die ein parlamentarisches Regime jeder Partei auferlegt: dass diese weiss, sie muss eines Tages die Verpflichtungen, die sie eingegangen ist, einlösen. Eines Tages muss sie die Verantwortung übernehmen für den Einfluss, den sie haben will. Aber es ist ein Verhängnis, wenn eine Minderheitspartei ihren Einfluss ohne Verantwortlichkeit übernimmt. Das ist das, was wir in diesem Falle erlebt haben. Während es in den Ländern, die Majoritätsherrschaft haben, ein feststehender Grundsatz ist, dass die Parteien, die in der Minderheit sind, auf die Verwaltung keinen Einfluss nehmen dürfen, dass sie beschränkt sind auf die parlamentarische Tätigkeit, so hat es bei uns dahin geführt, dass die Minderheitspartei einen grossen Einfluss in den Bureaux der Verwaltung sich verschaffte, der dazu führte, dass die Verwaltungsmänner sich geknechtet fühlten, dass sie sogar darum baten, ihnen das kaudinische Joch zu ersparen. (Grosse Unruhe, Ruf: Hört, hört!) Nun ist es endlich zum Zusammenstoss gekommen; man ist davon überzeugt worden, dass solche politischen Zustände nicht länger ertragen werden können, dass sie mit den Prinzipien der allgemeinen Freiheit nicht zu vereinbaren sind.

Dass dieser Zusammenstoss eine wichtige nationale Frage betraf, bin ich weit entfernt, zu bedauern; im Gegenteil, ich sage: das war ein Glück für uns. Jetzt ist die Situation klar und durchsichtig. Vielen sind jetzt die Augen geöffnet, die es sonst nicht gesehen hätten. Ich begrüsse den Zusammenstoss mit der Minderheitspartei, die die Herrschaft sich anmasste. Jeder von uns hat ihn herbeigewünscht; jetzt ist er

da! Und jeder, der mit mir in der Würdigung der Bedeutung dieser Frage für unser Vaterland übereinstimmt, wird mit mir sagen: den mutigen Staatsmann, der heute unter uns gesprochen hat (Lebhaftes Bravo!), den Mann, der die Führung in dieser Angelegenheit übernommen hat, werden wir nicht verlassen, wir werden ihm folgen! (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Prof. **Schmoller:**

Meine Herren, wir haben nur noch 2 Redner zu hören, zunächst bitte ich Herrn Prof. Penck, als Vertreter der Naturwissenschaften, das Wort zu ergreifen.

Professor **Penck:**

Meine hochverehrten Herren! Die Angelegenheit, die uns heute beschäftigt, kann sowohl vom Standpunkte der inneren, wie von dem der äusseren Politik betrachtet werden. Nachdem der geehrte Herr Vorredner sie vom Standpunkte der inneren Politik beleuchtet hat, gestatten Sie mir, zunächst ein Wort in der anderen Richtung.

Ich habe die letzten 20 Jahre in Oesterreich gelebt. Ich bin dorthin ausgewandert, kurz nachdem das Deutsche Reich seine Kolonien gewonnen hatte. Ich habe nur von der Ferne gesehen, welcher Jubel und welche Freude im Reiche darüber geherrscht haben, und auch nur von Ferne habe ich von dem Pessimismus erfahren, welcher später so viele Kreise betreffs unserer Kolonien ergriffen hat. Was ich aber Gelegenheit hatte, in Wien von der Nähe aus zu bemerken, war, dass der Gebietszuwachs, den das Deutsche Reich durch Erwerbung seiner Kolonien erfahren hat, von Freund und Feind dort als ein Zuwachs an Macht betrachtet worden ist. Ich kann daher auf Grund eigener Erfahrung aussprechen, dass es eine grosse Schmälerung am Ansehen des Deutschen Reiches bedeutet, wenn Mittel verweigert werden, die zur Sicherung unseres Kolonialbesitzes notwendig sind.

Was unsere Kolonien selbst anbelangt, so ist mein Urteil darüber dadurch beschränkt, dass ich mich als naturhistorischer Geograph gewöhnt habe, Dinge nach eigenem Augenschein zu beurteilen und nicht liebe, die Aeusserungen anderer mit oder ohne Kritik nachzusprechen. Schwer empfinde ich in diesem Augenblick, dass es mir nicht möglich gewesen ist, die deutschen Kolonien selbst zu besuchen. Aber ich habe Gelegenheit gehabt, ihnen an mehreren Stellen, sowohl in Britisch Süd-Afrika, als auch in Britisch Ost-Afrika sehr nahe zu kommen, und, da die Landesnatur an den politischen Grenzen sich nicht gerade häufig ändert, so darf ich mir wohl auf Grund der Landesnatur des britischen Kolonial-Besitzes eine Vorstellung von der Landesnatur des angrenzenden deutschen machen. Aber auch eine andere Vorstellung hat sich in mir bei Bereisung der britischen Kolonien in Afrika befestigt, nämlich, dass der Gewinn an Fläche unbedingt einen Gewinn an Macht darstellt, auch wenn die Fläche an sich nicht besonders wertvoll erscheint. Dies beeinflusst meine Auffassung der deutschen Kolonien insofern, als ja darüber kein Zweifel

herrschen kann, dass wir Deutsche bei der Teilung der Erde etwas spät gekommen sind, und dass die besten Gebiete für die Kolonialwirtschaft seit geraumer Zeit schon in anderen Händen sind. Doch glaube ich getrost aussprechen zu können, dass das, was wir in den letzten Jahrzehnten gewonnen haben, durchaus gleichwertig ist demjenigen, was andere Staaten in der gleichen Zeit als Kolonialbesitz erlangt haben. Besonders haben die Briten im Süden Afrikas Tausende von Quadratmeilen zum Teil wenig fruchtbaren Landes besetzt, ich darf wohl sagen, lediglich, um die Hand darauf gelegt zu haben. Der Brite geht eben von der Erwägung aus, dass die wirtschaftliche Erschliessung eines Landes erst dann voll geschehen kann, wenn es in britische Verwaltung genommen ist. Diese Erschliessung selbst erfolgt dann häufig erst viel später in anfänglich durchaus nicht vorgesehener Weise, und manches, was selbst Briten zunächst als wertlos zur Seite geworfen, hat sich hernach als ausserordentlich wichtig erwiesen. Ich möchte nur daran erinnern, dass England Transvaal anfänglich aufgegeben hat, um es später unter Aufwendung grosser Opfer an Menschen und Mitteln wieder zu erobern.

Einen ausserordentlich tiefen Eindruck von dem Zielbewusstsein kolonialer Erschliessung durch die Briten habe ich gewonnen, als ich am Tage der Einweihung der Brücke über den Sambesi unterhalb der Viktoriafälle stand. Die Brücke soll den Schienenstrang von Kapstadt nach Kairo von der einen Seite des Stromes zur anderen führen. Mit jener Eisenbahn vom Südende zum Nordostende Afrikas wird es wohl noch gute Weile haben. Einstweilen führt die Bahn über einen grossartigen, Europas durchaus würdigen Brückenbau, hinein in die Wildnis, keinem bestimmten Orte zu, unsicher noch in der Weiterführung ihrer Trace. Sie ist nicht angelegt, einem bereits vorhandenen Verkehre zu dienen, sondern solchen erst ins Leben zu rufen. Sie dient aber nicht bloss zur Erschliessung eines kolonialen Besitzes, sondern auch ganz unverkennbar zu dessen Sicherung. Zu sichern ist der britische Kolonialbesitz in Südafrika, ebenso wie es der unsere in Süd-West-Afrika ist, gegenüber den zahlreichen Farbigen, die das Land bewohnen. Der Aufstand, der unsere Kolonie beunruhigt hat, ist nur eine Aeusserung einer grossen allgemeinen Bewegung gegen die Weissen, deren Symptome man an vielen Stellen Süd-Afrikas bemerkt, und um dieser Bewegung gleich entgegentreten zu können, bauen die Briten Eisenbahnen, die also ebenso vom wirtschaftlichen wie vom politischen Standpunkte aus zu beurteilen sind.

Fast ganz Süd-Afrika ist ein mehr oder weniger arides Gebiet, wo intensivere Bodenkultur nur durch Bewässerungsanlagen möglich ist: Wo Wasser vorhanden ist, oder Wasser hingeleitet werden kann, liefert der Boden, gleichviel wie er beschaffen ist, reichen Ertrag, wo es aber fehlt, können weite Flächen nur durch Viehzucht ausgenutzt werden. Aber das Aufkommen der Burenbevölkerung in ganz Süd-Afrika lehrt, dass dieses weite Ländergebiet von einer weissen Rasse bewohnbar ist: Hierin besteht sein Wert, und speziell der

von Deutsch-Südwest-Afrika. Ich stimme Seiner Exzellenz, dem Herrn Kolonialdirektor durchaus bei, wenn er sagte, was aus diesem Lande, speziell da, wo Bewässerungsanlagen möglich sind, noch Ausgezeichnetes gemacht werden kann. Aber es muss sich eine einwandernde deutsche Bevölkerung auch an neue Lebensbedingungen, speziell an den wirtschaftlichen Betrieb in einem ariden Gebiete gewöhnen. Wie aus dem küstenbewohnendem Holländer der viehzüchtende, das Innere des Landes bewohnende Bur geworden ist, so kann auch aus der deutschen Einwanderung in Deutsch-Südwest-Afrika eine tüchtige, viehzuchttreibende Bevölkerung nach der Art der nordamerikanischen Rancher hervorgehen, wenn sie sich den neuen Existenzbedingungen anpasst. In Nord-Amerika lehrt die Erfahrung, dass der weisse Rancher auf einer kleineren Fläche unendlich viel besser zu leben vermag, als der eingeborene nomadische Indianer, und dass Territorien, auf denen nur eine kleine Zahl von Indianern ihr Dasein mühsam fristeten, eine viel stattlichere Zahl von Weissen zu nähren vermag. Dies muss uns mit der Hoffnung erfüllen, dass auch in Deutsch-Südwest-Afrika, wo 200 000 Farbige leben konnten, erheblich mehr Deutsche Nahrung finden werden, und, wenn sich einmal auf afrikanischem Boden eine deutsche Rasse entwickelt hat, die den klimatischen Beziehungen der Subtropen gewachsen ist, dann besteht auch meines Erachtens die Möglichkeit, von dort aus jene Gebiete Deutsch-Ost-Afrikas mit Deutschen erfolgreich zu besiedeln, welche überhaupt von Weissen ständig bewohnt werden können.

Wenn ich sagte, dass wir Deutsche bei der Teilung der Erde etwas spät gekommen sind und nicht die besten Gebiete uns zugefallen sind, so möchte ich aber auch daran erinnern, dass unser Vaterland zwischen Alpen und den nördlichen Meeren keineswegs den besten Teil Europas darstellt: Sind doch grosse Strecken wenig fruchtbar, und ist doch das Klima keineswegs allenthalben starker Bodenproduktion günstig. Was haben aber unsere Altvorderen aus unserem Lande gemacht! Zeigen wir, dass wir gleiches in Afrika, speziell in Südwest-Afrika zu schaffen imstande sind! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Prof. **Schmoller:**

Als letzter Redner hat das Wort Herr Prof. Kahl, der die staatsrechtlichen Gesichtspunkte erörtern wird.

Geh. Justizrat Prof. D. Dr. **Kahl:**

Unter vollem Verständnis für die stimmungsgemäss auch hier im Saale herrschende Kolonialtemperatur (Heiterkeit) liegt es mir am Herzen, Ihre Aufmerksamkeit lediglich noch für einen einzelnen Punkt in Anspruch zu nehmen, welcher die staatsrechtliche Seite des Vorgangs vom 13. Dezember berührt. Ich meine nämlich das Budgetrecht des Reichstages in seinem Verhältnis zu der kolonialen Kommandogewalt des Kaisers. Nur ganz kurz. Aber es gilt, hier einer für den Wahlkampf zurecht gelegten Flunkerei entgegenzutreten.

Bekanntlich haben zuerst zwei Rechtfertigungsgründe für die Ablehnung des Nachtragsetats herhalten müssen: Man

bewillige jeden Mann und Groschen — und: Wenn der Aufstand wieder ausbrechen sollte, werde man die erforderlichen Mittel schon zur Verfügung stellen.

Der erste Rechtfertigungsgrund war gegen die Wahrheit. Denn der Zentrumsantrag enthielt in allen Teilen und jedenfalls in seiner Gesamtwirkung eine direkte Ablehnung der Regierungsforderung. Der zweite war frivol. Es sind nur zwei Möglichkeiten. Entweder man wusste im Zentrum bereits am 13. Dezember 1906 von der zehn Tage später eintretenden glücklichen Wendung der Dinge in Südwestafrika (Heiterkeit), — dann wäre erwiesen, dass selbst bei den Bondelzwarts schon die Einrichtung einer Nebenregierung gelungen war — (Grosse Heiterkeit); oder man wusste, wie es bei allen Sterblichen im Deutschen Reiche der Fall war, davon nichts, dann war die Begründung ein unverantwortliches Spiel mit Blut und Leben unserer Soldaten und obendrein auch mit den Reichsfinanzen. (Sehr richtig!)

Unter dem erhebenden Eindruck der Reichstagsauflösung aber verblassten beide Rechtfertigungsgründe. Gegenüber den Sturmeszeichen eines empörten nationalen Geistes mussten beide ihre Zugkraft, selbst auf mässig einzuschätzende Wählermassen, verlieren. Alsbald wurde ein neues und wirksameres Leitmotiv erfunden und gedruckt. In der Auflösung lag nun ein Angriff auf den Reichstag und sein Budgetrecht. „Die Volksvertretung sollte zur Geldbewilligungsmaschine herabgedrückt werden." So las man zuerst in der Zentrumspresse. In der sozialdemokratischen, nur natürlich eine Nummer feiner ausgedrückt, las man alsbald dasselbe. (Heiterkeit.) Daher brüderliche Wahlparole: Kampf um das Budgetrecht! Das zieht! Die konstitutionellen Rechte sind in Gefahr! Die Reaktion ist im Anzuge! Der Geldbeutel der Wähler muss parlamentarisch geschützt werden! — —

Es ist Pflicht unserer Versammlung, auch in dieser Frage den öffentlichen Wahrheitsinn aufzurufen und Belehrungsfähige und -willige wenn möglich zu belehren. Soweit allerdings die berufsmässige Sozialdemokratie dabei in Frage kommt, besteht dazu eine Möglichkeit, auch wohl ein Bedürfnis nicht. (Sehr wahr!) Ihr Bewilligungsrecht kann ernstlich unmöglich gefährdet sein, weil sie grundsätzlich überhaupt nichts bewilligt. (Sehr gut! Heiterkeit.) Aber einsichtigen Wählern, welche bisher irrtümlich für das Zentrum gewählt haben und bei dieser Gelegenheit den Irrtum zu berichtigen wünschen, diene folgendes zur Aufklärung.

Mit dem Budgetrecht haben Auflösung und Neuwahl nicht das Mindeste zu tun. — Eigentlich müsste ich sagen, selbstverständlich nichts zu tun. Doch würde man erwidern können, man sage „selbstverständlich" immer nur da, wo man keine Gründe hat (Heiterkeit). Daher lasse ich alles Selbstverständliche. Ich habe Gründe, und zwar gute und zwingende.

Nach § 1 des Schutzgebietsgesetzes übt der Kaiser im Namen des Reichs die Schutzgewalt über die Kolonien aus. Damit ist er grundsätzlich allein zur Ausübung aller staatlichen Hoheitsrechte berufen, hinsichtlich deren nicht eine

besondere gesetzliche Beschränkung besteht. Sicher liegt nun eine Beschränkung seiner kolonialen Gesetzgebungsgewalt unter anderem auch darin, dass nach Gesetz vom 30. März 1892 jeder Kolonialetat durch ein Reichsgesetz festgestellt werden muss. Diesen Etat zu bewilligen, zu beschneiden oder ihn nicht zu bewilligen, hat jeder Reichstag das Recht; die zielbewusste Sozialdemokratie würde sagen, er hat nicht zu bewilligen die Pflicht. Jenes Bewilligungsrecht ist von niemand bestritten, hunderte Male ausgeübt und überhaupt nicht bestreitbar; denn es ist durch Art. 69 der Reichsverfassung grundgesetzlich garantiert.

Ihm steht aber gleichwertig nach der Reichsverfassung ein Kaiserrecht massgebend zur Seite, und weil ursprünglich alle Gesetze auf eine vernünftige Handhabung angelegt sind (Heiterkeit), so hat wohl auch die Reichsverfassung, freilich unvorsichtig wie es scheint, angenommen, dass diese korrespondierenden Rechte jederzeit im Geiste der Vernunft und der Vaterlandsliebe sich ausgleichend betätigen werden! (Bravo.) Was nämlich, von ethischen, vaterländischen Gesichtspunkten jetzt ganz abgesehen, juristisch verfassungsrechtlich dem Zentrum allein zu bestreiten ist, ist dies, dass jenes Bewilligungsrecht ausgeübt werden dürfe in Verknüpfung mit Vorbehalten und Bedingungen, welche die Kommandogewalt des Kaisers beeinträchtigen. Denn diese ist durch Art. 63 der Reichsverfassung ausdrücklich von der allgemeinen Praesidialstellung des Königs von Preussen abgezweigt, und neben dem Budgetrecht als selbständiges Hoheitsrecht konstituiert. Das Wesen dieser Gewalt besteht allgemein in der vollen Freiheit der Entschliessung des Kaisers über alles, was die unmittelbar militärischen Aktionen betrifft. Hier sind konstitutionelle Beschränkungen, Mitverantwortlichkeitsansprüche, wie sie der Wortführer des Zentrums grossmütig anmeldete, Neben- und Mitregierungen aller Art verfassungsmässig ausgeschlossen. Es muss nach Lage des Falles nach militärischem, nicht nach parlamentarischem Urteil gehandelt werden. Eine Einzeläusserung der Kommandogewalt ist namentlich auch die Dislokationsgewalt. Das ist im Frieden die Verteilung der Truppenkörper auf die Garnisonen, im Kriege die Verfügung über die Truppen und ihre Verschiebung auf dem Kriegsschauplatz, im Kolonialkriege also auch die Bestimmung über den Zeitpunkt des staffelweisen Rücktransports der überflüssig gewordenen Mannschaften in die Heimat. Ist diese Freiheit der Kommandogewalt schon im heimischen Kriege unerlässlich, so doppelt in einem Fernkrieg mit ganz unberechenbarem Gegner und ganz unvoraussehbaren Zwischenfällen.

Indem nun das Zentrum seine teilweise Bewilligung mit der Bedingung verband, dass spätestens bis zum 31. März 1907 die Gesamtstärke der Kolonialtruppen auf 2500 Mann herabzumindern, also der Rest bis dahin zurückzuziehen sei, — hat es also den anmasslichen Versuch gemacht, einen Hoheitsakt der verfassungsmässig dem Kaiser zustehenden Kommandogewalt auszuüben. Das Zentrum konnte, wenn sich dies mit seinem Patriotismus, vor allem

aber mit seinem Parteivorteil (Sehr gut!) vereinbaren liess, pure den ganzen Nachtragsetat der Teile ablehnen. Das war und bleibt sein „gutes Recht“. Es konnte aber nicht seine Bewilligung an terminmässig vorzunehmende Akte der Dislokationsgewalt knüpfen. Das war gegen Recht und Geist der Verfassung, um so mehr, als die bestimmte und absolut vertrauenswürdige Erklärung vorlag, dass die Zurückziehung der Truppen erfolgen werde, sobald irgend die militärische Lage es gestatte. Es ist ganz besonders wertvoll und dankenswert, dass gerade von linksliberaler Seite die rechtliche Unzulässigkeit und politische Unmöglichkeit derartiger terminmässiger Begrenzung der Kommandogewalt betont und in dem Antrage Ablass zum Ausdruck gebracht wurde.

Das Ergebnis ist also: Nicht die Reichsregierung hat irgendwie das Budgetrecht des Reichstages angetastet, sondern innerhalb des Reichstages hat eine Fraktion mit Genossen (Heiterkeit) die Kommandogewalt des Kaisers angegriffen. (Bravo!) Das ist die klare Rechtslage, und es ist mir daher nicht verständlich, wie einer der höchsten preussischen Richter (Hört, hört!) vor wenigen Tagen diese Rechtslage derartig zu verschieben in der Lage war, dass er sich durch die mangelhafte Unterscheidung von Budgetrecht und Kommandogewalt die Qualifikation erworben hätte, durch das Examen zu fallen. (Grosse Heiterkeit, andauernder stürmischer Beifall.)

Meine Herren! Ich komme zum Schluss! Wir danken es dem Träger der Kommandogewalt und mit ihm dem Bundesrat, dass sie den militärisch sachverständigen Beirat des Zentrums in der durch Art. 24 der Reichsverfassung für solche Fälle eigens geschaffenen höflichen aber entschiedenen Form dankend abgelehnt haben. (Grosse Heiterkeit.) Man hat seine Erinnerungen und Erfahrungen. Im alten deutschen Reiche war dem Höchstkommandierenden ein konfessionell paritätisch zusammengesetzter Kriegsrat zur Seite gestellt. Die Reichskriege waren danach (Heiterkeit). Wir aber leben heute nicht mehr im heiligen römischen Reich, sondern im neuen deutschen Reich! (Beifall.)

Endlich mögen die Wähler sich noch die weitere Erfahrungstatsache merken, dass das konstitutionelle Budgetrecht überhaupt besser behütet ist bei allen denjenigen bürgerlichen Parteien, welche es nicht gelegentlich gebrauchen, um ihre eigenen Geschäfte dabei zu besorgen (Beifall!), und dass diejenigen Parteien das grössere Vertrauen verdienen, bezüglich derer nicht aktenmässig nachgewiesen werden kann, dass von einem ihrer Führer Bewilligung oder Nichtbewilligung, also parlamentarische Aktionen als Drohmittel zur Durchsetzung von Machtansprüchen gegen die Regierung in Aussicht gestellt wurden (Sehr richtig!).

Aus allen diesen Gründen ist — und jetzt spreche ich als Jurist, denn neben dem Patrioten habe ich im Unterschied zu meinem verehrten Kollegen Brunner auch den Juristen mitgebracht (Heiterkeit!) — das Hausieren mit einer angeblichen Gefährdung des Budgetrechts und die Behauptung, es sei notwendig, durch die Wahl eines Sozialdemokraten oder

Zentrumsmanns in den künftigen Reichstag das Budgetrecht erst sicher zu stellen, eine Vorspiegelung falscher Tatsachen im Sinne des deutschen Strafgesetzbuches. (Stürmische Heiterkeit) Die Strafe muss sein, dass alle deutsch-nationalgesinnten Männer am 25. Januar Mann für Mann an die Urne treten und ihre Stimme so abgeben, dass sie unbedingt wirkt gegen Zentrum und Genossen, d. h. in diesem Falle für Kaiser und Reich! (Lebhafte andauernde Beifallskundgebungen, Hochrufe.)

Vorsitzender Prof. **Schmoller:**

Bitte noch 2 Minuten um Ruhe! Ich ersuche nun alle diejenigen, die die vorhin gehörte Resolution annehmen wollen, ihre Uebereinstimmung auszudrücken dadurch, dass sie die Hand erheben. (Geschieht. Ruf: Gegenprobe!) Dann bitte ich um die Gegenprobe (Niemand). Die Resolution ist also einstimmig angenommen. (Bravo!)

Dann darf ich Ihnen die Namen derjenigen Herren verlesen, die wir Ihnen vorschlagen, zunächst in das Komitee mit dem Recht der Kooptation zu wählen. Es sind dies die Herren: Delbrück, Sering, Brunner, Schäfer, Lampe, Zöpfl, Staatsminister Hentig, meine Wenigkeit und Jastrow. (Zuruf: Kahl!) Also auch Kahl (Bravo!). Sind Sie damit einverstanden, dass diese Herren von heute ab tätig sind zur weiteren Belehrung im Wahlkampfe und eventuell über den Wahlkampf hinaus — es ist ein derartiger Antrag gestellt worden —, so bitte ich Sie ergebenst, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Einstimmigkeit.)

Jetzt nur noch die Mitteilung, dass 25 Exemplare der Schrift: die Zentrumspolitik und die deutsche Kolonialpolitik von der Verlagsbuchhandlung hier ausgelegt sind. Ich stelle sie zur Verfügung.

Meine Herren, ich schliesse die Versammlung mit einem Hoch auf Kaiser und Reich! Sie leben hoch, hoch, hoch! (Die Versammlung stimmt begeistert in den Ruf ein und verlässt alsdann unter dem Gesange des Liedes Deutschland, Deutschland über alles allmählich den Saal.)

(Schluss nach 11 Uhr.)

J. S. Preuss, Berlin S.W., Kommandantenstr. 14.



Koloniale Lehrjahre

Von

Bernhard Dernburg

Wirklicher Geheimer Rat

11.—15. Tausend
Preis 20 Pfennig



Stuttgart, Berlin, Leipzig
Union Deutsche Verlagsgesellschaft



...er Reinertrag ist für das Charlotten-Krankenhaus in Togo bestimmt

KOLONIALE LEHRJAHRE

VORTRAG = GEHALTEN IN STUTTGART AM 23. JANUAR 1907

VON

BERNHARD DERNBURG
WIRKLICHER GEHEIMER RAT

11. bis 15. Tausend

Der Reinertrag ist für das Charlotten-Krankenhaus in Togo bestimmt



STUTTGART, BERLIN, LEIPZIG
UNION DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart

Königliche Majestäten! Hochgeehrte Versammlung!

Sie haben mir einen selten sympathischen Empfang bereitet, und ich wünsche, mich zunächst bei Ihnen allen dafür zu bedanken, indem ich mir bewusst bin, dass dieser Empfang nicht meiner Person, sondern der grossen, vornehmen nationalen Sache gilt, die zu vertreten ich die Ehre habe.

Ich bin umso lieber hierher gekommen, weil ich aus meiner Erfahrung weiss, dass in dem Württemberger Land für grosse nationale Fragen stets ein bereiter Boden gewesen ist, dass sich stets patriotische Männer gefunden haben, wenn die Nation oder eines ihrer wertvollen Güter in Gefahr war. Und ich komme hierher umso lieber, weil ich auch für die Bestrebungen, die zu verteidigen und zu verfolgen meine Aufgabe ist, hier einen Boden gefunden habe. Aus meiner Erfahrung weiss ich, dass hier die Fortschritte, die das überseeische Deutschland macht, beständig mit einem klaren Blick und auch mit der notwendigen tatkräftigen Unterstützung verfolgt werden.

Württemberg steht in der Geschichte der Kolonisation an sehr hervorragender Stelle. Ich will Sie nicht mit einem historischen Abriss über diese Frage befassen; aber derjenige, der weiss, dass die Erschliessung des Orients eine Folge einer ganz frühen Zeit war, eine Folge der Kreuzzüge, der weiss auch, dass in diesem Württemberger Land der erste deutsche Kolonisator, Graf Eberhard im Bart, war, der seine Wege nach Palästina und dem Orient geleitet hat. Das war in längst vergangenen Zeiten; aber es ist mir eine der liebsten Erinnerungen aus meiner Kindheit jene Uhlandsche Ballade, die so sympathisch und so deutsch zu uns spricht. In späterer Zeit, im 19. Jahrhundert,

haben viele tapfere Württemberger als Kulturbringer fremder Länder gedient, und sie haben sich dort immer ihre Eigenart, ihre Kraft, ihr Zielbewusstsein bewahrt. Sie haben, wenn sie auch äusserlich amalgamiert waren, sich doch innerlich die deutschen Stammeseigenschaften zu erhalten gewusst. Deshalb weiss ich, dass Sie alle miteinander vielerlei überseeische koloniale Beziehungen haben, und deshalb hoffe ich auch, für das, was ich zu vertreten die Ehre habe, auch hier ein geneigtes Ohr zu finden.

Meine Herrn, es ist dies der vierte Vortrag, den ich über koloniale Dinge halte. Ich halte ihn, weil ich die Aufgabe habe, der deutschen Nation klarzustellen, um was es sich in diesen Stunden handelt. Es ist keine Parteipolitik, die hier getrieben wird, es ist keine konfessionelle Frage, es sind weiter nichts als Tatsachen, die ich vor Sie zu bringen habe, und ich muss auch im voraus um Ihre Entschuldigung bitten, wenn ich Sie mit einigen Zahlen behellige.

Zunächst ist es immerhin interessant, einmal zu wissen, um welche Dinge es sich handelt, wie denn der Umfang dieser Frage sich gestaltet.

Ich habe aus dem Staatshandbuch für Württemberg erhoben, dass die deutschen Kolonien 134mal grösser sind als das Königreich Württemberg und dass sie ungefähr 5mal soviel eingeborene Einwohner zählen als dieses Land. Dass das ein Erhebliches meint, können Sie daraus ersehen, dass der ganz ungeheure nordamerikanische Kontinent zur Zeit seiner ersten Okkupation nur praeter propter 1 Million Eingeborene beherbergt hat.

Ich habe meine Ansprachen nach meinem Plan gehalten. In der ersten habe ich dargelegt, dass unsere Kolonien eine grosse nationale Sache sind, die ohne einen kräftigen Impuls, ohne die Mitwirkung der Edelsten und Besten nicht gedeihen kann. Dann habe ich vor einer Versammlung von Kaufleuten und Industriellen gesprochen und habe ihnen klarzulegen versucht, und es wohl auch vermocht, dass unsere Kolonien ein wichtiger Faktor für die Unabhängigkeit Deutschlands in Bezug auf seinen überseeischen Handel, sowohl für die Beschaffung der notwendigen Rohprodukte, als auch für die Beschaffung der notwendigen Arbeit für unsere sich stetig vermehrende Nation bilden. Drittens habe ich vor einigen Tagen in München darüber

gesprochen, dass für die Kolonisation eine besondere Erziehung notwendig ist, eine Erziehung der ganzen Nation, damit sie das verstehe, was diesen weitentlegenen Gebieten eigentümlich ist. Und jetzt nehme ich mir die Freiheit, Sie damit zu unterhalten, wie denn das gemacht werden soll, wie diese Erziehung erfolgen kann. Ich möchte vor Ihnen über das Thema sprechen:

Koloniale Lehrjahre.

Meine Herrn! Deutschland hat das drittgrösste Kolonialreich der Welt. Es ist ihm überlegen in Bezug auf das Territorium und die Einwohnerzahl zunächst Grossbritannien mit 29000000 Quadratkilometern und 347000000 Einwohnern. Es kommt dann Frankreich mit 5948000 Quadratkilometern und nahezu 50000000 eingeborenen Bewohnern. Dann aber kommt Deutschland mit 2604000 Quadratkilometern und 12400000 Eingeborenen. Das sind weite Gebiete, verteilt über zwei Kontinente, und sie sind untereinander auch wieder sehr verschieden, so dass man mit einer theoretischen Betrachtung sehr wenig auszurichten in der Lage sein wird. Ich spreche zu Ihnen über die Art, wie das Gebiet erschlossen werden muss, weil ich es für unrecht halte, Kritik zu üben, ohne die Mittel anzugeben, wie man es besser machen kann, und weil ich es für unrecht erachte, Lehren zu geben, ohne zu zeigen, wo sie ihren Grund, ihren Ursprung und ihren Beweis haben.

Dasjenige, woran es uns in Deutschland etwas gefehlt hat, ist die Ueberzeugung von der Güte unserer Sache. Es gibt in jedem Land, in jedem grossen Komplex Stellen, die wenig erfreulich sind. Ich habe vor einigen Tagen gelesen, dass es auch in Ihrem Land gewisse Gegenden gibt, die so arm an natürlichen Wasserquellen sind, dass mit vielen Kosten eine künstliche Wasserleitung dahin geführt werden muss. So gibt es auch in unsern Schutzgebieten verschiedene Plätze, die weniger Bedeutung, weniger Wert haben; aber man muss das eine nehmen mit dem andern, und es kommt auf den Geist an, in dem die Sache betrieben wird. Ich muss da um Ihre Erlaubnis bitten, Ihnen etwas vorzulesen über die Art, wie unsere Nachbarnation, die Franzosen, sich zu ihren Kolonien gestellt haben. Sie haben im Anfang auch sehr grosse Enttäuschungen erlebt. Das hat zu gewissen Zeiten sogar dahin geführt, dass man dasselbe tun wollte,

was man heute in Deutschland in gewissen Kreisen tun möchte, nämlich dass man die Kolonien schlechterdings ganz aufgeben wollte. Der Berichterstatter der französischen Kammer, Hubert, der das Votum der Kolonialkommission vor die Kammer gebracht und vertreten hat, hat dort im Namen der Kommission für auswärtige und Kolonialangelegenheiten folgendes gesagt: »Man darf nicht müde werden, zu wiederholen, dass wir in Nordwestafrika ein Werk von hervorragender Bedeutung unternommen haben. Wir haben uns nicht zurückschrecken lassen durch die offenkundige Trostlosigkeit seiner Landstrecken, durch die Brutalität der Natur und der Menschen. Wir haben uns heute so feste Grundlagen geschaffen, dass sie von allen anerkannt werden. Kühn sind wir bis in das Innerste vorgedrungen und haben die Verwertung des Landes bis an die Wüste vorbereitet. Wir haben keine Anstrengungen gescheut, wo sie nur versucht werden konnten, und wo nichts zu erreichen war, haben wir den Frieden gebracht. Wir haben das Werk mit Leidenschaft und Optimismus getan, mit grosser Kühnheit in der Auffassung, mit Einsicht und Umsicht in der Ausführung, die ein wesentlich französisches Charaktermerkmal ist. Wir müssen diese Arbeit fortsetzen und sie allen neuen Bedürfnissen anpassen. Diese Aufgabe übersteigt weder unser kolonisatorisches Genie, noch die Fähigkeit jener Männer, die Frankreich dort vertreten und die ihre Mission aus vollem Herzen ergriffen haben.« Meine Herrn, das sind goldene Worte, die treffen nicht bloss auf Frankreich, sondern auch auf Deutschland zu, und wir werden uns von unsern Nachbarn nicht beschämen lassen. Es handelte sich da um ein Gesetz, betreffend den Bau von Eisenbahnen in Dahomey und am Senegal, wofür kürzlich 100 Millionen Franken bewilligt worden sind.

Meine Herrn, man hat gesagt, dass die Deutschen schlechte, mangelhafte Kolonisatoren seien. Dieser Behauptung müssen wir doch eigentlich etwas auf den Grund gehen. Warum denn sollen wir schlechte Kolonisatoren sein? Sind wir denn etwa schlechtere Kaufleute? Unsere Konkurrenten in der ganzen Welt sagen uns, dass das unrichtig ist, und ebenso sagen es uns alle jene Versuche, den deutschen Kaufmann eher zurückzudrängen als ihn zu fördern. Sind wir etwa schlechtere Seefahrer? Unsere Handelsmarine, die seit 1882 ihren Anteil am Verkehr des Suezkanals um 15,61 Prozent gesteigert und damit

bis auf ein Viertel der englischen Durchfuhr durch diesen grossen Wasserweg gehoben hat, beweist das Gegenteil. Sind wir schlechtere Soldaten? Niemals! Also warum sollen wir denn schlechtere Kolonisatoren sein? Die Antwort liegt darin, dass wir die kolonialen Lehrjahre nicht mit- und durchgemacht haben, die andere durchgemacht haben. Deutschland ist gegenwärtig das erste Land in Bezug auf die angewandte Technik. Aber wie lange hat es gedauert, bis wir diesen unsern Vorrang in der Welt uns erobert haben! Da haben wir eifrig und fleissig gelernt. Deutschland hat, wie ich vorhin sagte, eine grosse Handelsmarine, und es steht in Bezug auf den Personentransport über See an der allerersten Stelle. Aber wie lange sind wir fleissig gewesen und haben an unsern Nachbarn und an uns selbst studiert! Kolonisieren ist eine Wissenschaft und Technik wie jede andere; sie lernt sich nicht allein in den Hörsälen, nicht allein in einem abgeschlossenen juristischen Berufsgang, sie lernt sich auch nicht auf einem Kontorsessel, sondern sie lernt sich, indem man die Bedürfnisse, die Verhältnisse der fremden Länder an Ort und Stelle studiert, indem man alle die Hilfsmittel, die die Wissenschaft und vor allem auch die Wissenschaft der Nachbarn einem gibt, anwendet, und sie lernt sich durch den Augenschein. Ist es nicht eine merkwürdige, ich möchte fast sagen eine beschämende Tatsache, dass man im deutschen Parlament sich darüber streitet, ob unsere Kolonien etwas wert sind oder nicht, während doch jeder mit einem geringen Opfer an Zeit und Geld sich selbst davon überzeugen kann. Eine Fahrt von Stuttgart nach Südwestafrika kostet nicht mehr und dauert nicht länger als vor den Zeiten der Eisenbahnen eine Fahrt von Stuttgart nach Berlin. In 18 Tagen und mit einem Opfer von 600 Mark können Sie alle dahin kommen. Und dann fragt man sich: Sind die Kolonien etwas wert?! Ich meine, man muss aussprechen, dass in Zukunft derjenige, der nicht dort gewesen ist, nicht mitreden soll.

Ebenso ist es mit Ostafrika. Ich habe heute zu meiner Freude gelesen, dass die Hamburg-Amerika-Linie eine Exkursion nach Ostafrika plant, wobei alles dasjenige gezeigt werden soll, was dort gegenwärtig zu sehen ist. Das ist allerdings wegen des Mangels an Verkehrswegen eigentlich noch nicht so furchtbar viel, aber auch das, was dafür aufgewendet werden muss, hält sich in mässigen Grenzen. Viele tausend Deutsche sind in

der Lage, es aufzubringen. Es wird ja etwas besser werden hinsichtlich Südwestafrika in dem Moment, wo unsere braven Schutztruppen zurückgekommen sein werden. Jene 17000, die dort gewesen sind, werden schon dafür sorgen, dass alles, mit seinen Licht- und Schattenseiten — über die letzteren müssen wir uns auch klar sein — in das Innere der deutschen Nation dringt.

Ein anderes Hilfsmittel ist das Studium der kolonialen Geschichte und das Studium der Erfahrungen unserer Nachbarn. Unter Nachbarn verstehe ich jede europäische kolonisatorisch tätige Nation, die in den gleichen Gegenden oder gar angrenzend an das deutsche Besitztum ihren Geschäften nachgeht.

Zunächst müssen wir uns doch fragen: Wie kommt es denn, dass wir von unsern grossen kolonisatorischen Aufwendungen bisher so verhältnismässig wenige und unbefriedigende Früchte gehabt haben? Da müssen wir uns vergegenwärtigen, dass wir eigentlich gar nicht mehr haben verlangen dürfen. Von den bestehenden Pflanzungsgesellschaften in allen deutschen Schutzgebieten sind nur acht vor dem Jahr 1890 gegründet worden, sechs in den Jahren 1890 bis 1895, fünfzehn von 1895 bis 1900 und zwanzig nach dem Jahre 1900. Der Admiral Raule, Berater des Grossen Kurfürsten, hat in einem Bericht geschrieben: »Es ist wohl kein Mensch so unverständig, dass er von einem eben erst gepflanzten Baum schon Früchte haben will.« Meine Herrn! Auch wir dürfen solche nicht erwarten, besonders wenn man sich klar macht, welches denn die Entwicklungszeiten aller dieser Kulturen sind. Eine dieser Kulturen, die wir hauptsächlich betreiben, ist zum Beispiel die der Kokospalme; sie braucht über acht Jahre, um eine Ernte zu liefern. Wir betreiben ferner die Kultur des Kautschukbaums, die fünf bis sechs Jahre braucht. Weiter betreiben wir die Kultur des Sisalhanfs, einer Pflanzung, die im dritten bis vierten Jahre schnittreif wird. Nun haben wir doch diesen Boden ganz frisch übernommen und haben mancherlei Versuche gemacht. Wir haben gefunden, dass nicht alles überall hinpasst. Die Fehlschläge dieser Jahre müssen doch auch eingerechnet werden. Man nat in Neuguinea die Tabakkultur an die Stelle der Palmenkultur gesetzt mit dem Erfolg, dass man sie wieder hat eingehen lassen. Man hat in Usambara Kaffee gebaut und hat schlechte Erfahrungen gemacht. So sind auf der Prinz Albrechts-Höhe die Kaffeeplantagen durch Sisalpflanzungen

ersetzt worden. Wir können nicht mehr verlangen, als wir bereits haben. Wir müssen Geduld haben und müssen gerecht sein gegenüber denjenigen, die da draussen gewesen sind und ihr Geld riskiert haben. Ich zitiere nochmals einen Franzosen. In den Questions Diplomatiques et Coloniales vom August 1906 schreibt ein gewiegter französischer Kolonialkenner: »Die Erfahrungen haben gelehrt, dass, so hoch auch die Kosten der Eisenbahnen in Afrika sein mögen, ihre Verwendung dort stets ökonomisch, stets gewinnbringend sein wird. Ein englischer Bauunternehmer hat berechnet, dass, sobald die erste Eisenbahnstrecke eröffnet ist, auch schon die Betriebskosten gedeckt werden. Er hat sogar berechnet und die Formeln gefunden, dass der Ueberschuss im Quadrat der Tiefenausdehnung des erschlossenen Landes wächst. Es zweifelt daher in Frankreich niemand mehr an dem Nutzen der kolonialen Eisenbahn. In diesem Punkt sind Forscher, Theoretiker und Politiker einig. Aber trotzdem ist das in fast allen Ländern erst nach langen Kämpfen eine anerkannte Wahrheit geworden. Es ist sonderbar, zu beobachten, dass Deutschland, das dreissig Jahre das Beispiel eines gewaltigen Industrieaufschwungs gegeben hat, sich weigert, zuzugeben, dass das geflügelte Rad eine der wesentlichen Bedingungen für die Verwertung der afrikanischen Kolonien ist.« Das ist eine scharfe, aber eine berechtigte Kritik. Unsere Statistik zeigt uns, dass in unsern Kolonien, in einem Gebiet, das 134mal so gross als Württemberg ist, im Beginn des Jahres 1905 Eisenbahnen nur in einer Länge von 57 Kilometern existieren. Es hat ausserdem noch eine Kriegsbahn von Swakopmund nach Windhuk bestanden, gebaut aus Feldschienen und betrieben mit Mauleseln. Sie hat hauptsächlich dem Verkehr mit Nahrungsmitteln für die Truppen gedient. Hätten wir aus dem, was unsere Nachbarn getan haben, eher gelernt, so würden wir höchstwahrscheinlich uns diese schlechte Note nicht zugezogen haben. Ich möchte noch etwas sagen über die Wirkung, die die Eisenbahnen auch auf den Handel der betreffenden Kolonien haben. Dabei will ich mich in der Hauptsache mit Westafrika beschäftigen, weil ich gefunden habe, dass in den Stuttgarter Kreisen ein ganz besonders lebhaftes Interesse für dasselbe herrscht.

Sierra Leone ist eine englische Kolonie; sie sollte im Jahr 1852 aufgegeben werden und hat nun seit 1903 eine Eisenbahn. Der Handel ist in vier Jahren von 304 000 Pfund gestiegen auf

563000 Pfund. Die Eisenbahn rentiert schon heute. Dazu kommt noch etwas ganz besonders Wichtiges: dass der Bau der Eisenbahnen die Eingeborenen schnell gelehrt hat, ihre Produkte nach den Zentren zu führen, wo sie rasch mit Gewinn abgesetzt werden können. Die englische Goldcoast-Kolonie befand sich vom Jahr 1891 bis 1900 in stetigem Rückgang. Die Bahn ist eröffnet worden am 1. Oktober 1903. Die Handelsziffern waren: im Jahr 1901 2000000 Pfund, im Jahr 1902 5000000 Pfund, 1903 5000000 Pfund, im Jahr 1904 aber, dem ersten Jahr der Eisenbahn, 11400000 Pfund, im Jahr 1905 gleichfalls 11400000 Pfund. Die Ausfuhr hat sich verdoppelt. Dazu herrschte noch Dürre. Im laufenden Jahr hat die Goldcoast-Eisenbahn eine Zunahme des Gütertransports gegenüber 1906 um 25 Prozent zu erwarten.

Ich komme nun zu unsern französischen Nachbarn. Die Strecke St. Louis—Dakar, 264 Kilometer lang, ist im Jahr 1885 vollendet worden. Infolgedessen hat sich die Erdnussausfuhr in den Jahren 1886 bis 1901 verzehnfacht. Die Gesamteinnahme der Bahn beträgt heute schon 10280 Franken pro Kilometer, und es ergibt sich ausser der Verzinsung noch eine Ueberdividende.

In Lagos, das seit dem 1. April 1906 mit dem englischen South Nigeria vereinigt ist, sind die Einnahmen des Staats pro 1904 um 170000 Pfund, also um 3400000 Mark gestiegen gegenüber der Zeit, als noch keine Eisenbahn existierte. Der Baumwollexport in Lagos, der vor vier Jahren gleich Null war, stieg im letzten Jahr auf 2600 Ballen im Wert von 280000 Mark. Im laufenden Jahr beträgt er schon 5600 Ballen im Wert von 600000 Mark. Gerade Lagos ist für uns so besonders interessant, weil es mehr oder weniger zwischen unsere Kolonien Togo und Kamerun eingeklemmt ist.

Der Handel von französisch Westafrika stieg im Jahr 1905 auf 122 Millionen Mark, gegen 66 Millionen im Jahr 1895. Der französische Anteil an der Einfuhr beträgt 45 Prozent, der Import von Baumwollwaren etwa 25 Millionen Mark. Es ist ganz besonders interessant, hierüber in diesen Kreisen zu sprechen, weil die Textilindustrie gerade in Württemberg eine grosse Ausdehnung erfahren hat und weil sich hier zu jeder Zeit energische und hervorragende Männer gefunden haben, die neue Dinge, neue Produkte und auch neue Arbeiten aufzunehmen bereit waren. Ich möchte noch ein Beispiel aus Ostafrika hinzufügen, ein Beispiel von

der englischen Ugandabahn, die als strategische Bahn gebaut sein sollte. Nach den Berichten des Gouverneurs hat das erste Halbjahr 1906 den beträchtlichen Ueberschuss von 850000 Mark gebracht.

Diese Beispiele sind bestimmend, um Ihnen zu zeigen, was wir in ganz kurzer Zeit sowohl in unserer Kolonie Togo als in Kamerun zu erwarten haben, in Togo, wo die Bahn nach Palime am 15. Februar 1907 in Betrieb kommt, und in Kamerun, wo die Manenguba-Bahn jetzt in Angriff genommen worden ist. Worauf es mir ankommt, ist, zu zeigen, dass wir, hätten wir uns rechtzeitig darum bekümmert, welche Resultate unsere Nachbarn erzielt haben, erheblich weiter wären, und dass die allgemeine Entmutigung, die sich in weiten Kreisen bemerkbar gemacht hat, ausgeblieben wäre.

Der Hauptgegenstand unserer Sorge und unserer Mühe ist natürlich, und zwar in Afrika ebenso wie auf unsern Südseebesitzungen, die Frage der Eingeborenen. Auch hier haben wir manche Missgriffe zu beklagen gehabt, die wir auch hätten vermeiden können, wenn wir uns rechtzeitig darum gekümmert hätten, welche Erfahrungen andere Nationen mit ihren Eingeborenen gemacht haben. Ja, wir hätten gar nicht so weit zu gehen brauchen, denn mit den Eingeborenen stehen schon sehr viel länger, als unsere deutsche Okkupation dauert, unsere Missionare in Beziehungen und sind auch, abgesehen von vereinzelten Fällen, gut ausgekommen. Ich habe hier einen ganz neuen Bericht der Kongregation der Pallotiner, die mit vielem Erfolg die katholische Mission in Kamerun betreiben.

Dieser Bericht enthält einen Aufsatz mit dem Titel: »Können die Schwarzen in unsern Kolonien zu treuer Anhänglichkeit an Kaiser und Reich erzogen werden?« Der geistliche Herr, der diesen Bericht geschrieben hat, beantwortet die Frage dahin: Man sei doch zu leicht geneigt, den Massstab geordneter Verhältnisse und eigener Denkweise an dieses Kolonialvolk (er spricht von der Kamerunbevölkerung) anzulegen und deshalb Einrichtungen und Gesetze, Sitten und Gebräuche einfach auf sie zu übertragen. Allein wir dürfen uns nicht verhehlen, dass tiefeinschneidende Gegensätze bestehen, die das unzulässig erscheinen lassen. Da tritt uns der bei jedem Naturvolk ja selbstverständliche, natürliche Widerwille gegen jedes geordnete Staatsregiment entgegen, der Widerwille gegen die vielen Ein-

schränkungen, die Lasten, die Steuern, die Regelung des Verkehrs u. s. w. Die Neger fragen sich erstaunt: Was sollen uns eigentlich die breiten Wege nützen? Weshalb sollen wir für ihre Anlage noch Steuer bezahlen oder Frondienste leisten? Wir gehen doch immer den Schlafweg — nach unsern Begriffen einer hinter dem andern, also im Gänsemarsch. Er kommt dazu, dass die Erziehung des Eingeborenen zur Arbeit das erste sei, dass dann alles andere von selbst komme mit der Arbeit und dem Erwecken eines kulturellen Bedürfnisses. Das ist sehr wichtig, das ist der Weg, auf dem wir vorwärts kommen können und auf dem wir weiter hätten kommen können, hätten wir uns um diese Sache genügend bekümmert. Auch in Bezug auf die Einführung der Kulturen, die sich für unsere Kolonien eignen, können wir von unsern Nachbarn ausserordentlich viel lernen. Ein Musterinstitut besteht in Buitenzorg auf Java seit vielen Jahren. Dort ist ein botanischer Garten, in dem alle Tropenpflanzen in allen Arten angepflanzt werden. Wir schicken jetzt regelmässig junge Leute zum Studieren dorthin und haben auch schon sehr schöne Erfolge in unserer biologischen Station in Amani in Deutsch-Ostafrika gehabt, in unsern verschiedenen Gouvernementsgärten, in der Baumschule Nuätschä in Togo. Aber wir können von den andern Nationen lernen, dass diese Dinge doch mit sehr viel grösseren Mitteln in Angriff genommen werden müssen, und ich hoffe, dass sich auch die deutschen Konsumenten von Baumwolle und andern Produkten zusammenschliessen werden, ähnlich wie es die Vereinigung der englischen Spinner getan hat, um in grossem Massstab den Boden vorzubereiten, auf dem eine verhältnismässige Unabhängigkeit Englands von dem Baumwoll-Weltmarkt gesichert werden kann. Ich möchte hier gleich ein Wort darüber sagen, wie denn diese Unabhängigkeit zum Ausdruck kommt. Englische Zeitungen haben darüber frohlockt, dass nun auch in Deutschland der Imperialismus zum Durchbruch komme, d. h. ein Abschluss gegen andere Nationen. Das ist aber nie unsere Absicht gewesen und kann es nie werden. Wir schicken in die fremden Länder vielzuviel eigene Industrieerzeugnisse, als dass wir uns vollständig von ihnen emanzipieren könnten; wir brauchen Tauschprodukte. Aber was wir wollen und was wir müssen, das ist, dass wir uns unabhängig machen, nicht nur von fremdem Handelszoll und Handelspolitik, sondern be-

sonders von Trusts, von Organisationen, die zur Verteuerung der Rohprodukte, zur Verteuerung unserer nationalen Arbeit führen. Wir haben in Deutschland für unsere Kolonialprodukte keine Vorzugszölle. Wir haben in unsern Kolonien keine Vorzugszölle für deutsche Waren.

In Württemberg interessiert, wie ich schon bemerkt habe, u. a. hauptsächlich die Frage der Textilkultur, und man hat mir gesagt, man sei einigermassen verwundert darüber, dass von der Baumwolle, von der Kokosfaser noch so wenig in den Handel komme. Auch hier müssen wir von unsern Nachbarn lernen, dass das gar nicht so schnell kommen kann und dass die Mittel, die wir anwenden, zu klein sind. Die amerikanische Baumwollernte ist gegenwärtig ungefähr 15 1/2 Millionen Ballen. Die ersten 8 Ballen amerikanischer Ernte kamen im Oktober 1784 in Europa an, und erst nach 10 Versuchsjahren war Amerika überhaupt im stande, ein nennenswertes Quantum zu erzeugen.

Erst im Jahr 1820 hat man in Aegypten angefangen, Baumwolle zu produzieren. Heute liefert Amerika über 10 Millionen, Aegypten über 2 Millionen Ballen. Am 31. Dezember 1900 landete die erste deutsche Baumwollexpedition in Togo, und heute haben wir 1000 Ballen Export. Das ist gar nicht so übel, es ist vielversprechend. Aehnlich ist es mit dem Sisalhanf und mit der Kokosfaser. Was wir aber noch versuchen werden, und wozu gerade die Industriellen dieses Zweiges eingeladen werden, das ist zu versuchen, ob es uns nicht gelingen kann, auch die Jute in unsern Kolonien anzupflanzen, die in den Niederungen Togos und Kameruns, jedenfalls an der Küste gedeihen kann. Wir haben im Jahr 1905 für 47 3/4 Millionen Jute eingeführt und in demselben Jahr für 1 1/4 Millionen Ramie, ein Produkt, das vorzugsweise in Württemberg verarbeitet worden ist und das jedenfalls auch in unsern Kolonien gelingen könnte. Weiter haben wir von unsern Nachbarn in Bezug auf unsere Gerbstoffproduktion zu lernen, wie wir uns unabhängig stellen können. Was für ein Artikel das ist, wissen die wenigsten Leute. Im Jahr 1900 haben wir an das Ausland bezahlt für Gerbstoff 38 182 000 Mark. Dabei sind unsere ostafrikanischen Gerbstoffwälder, wie man sagt, »so gross wie nirgends in der Welt«. Das ist ein Superlativ, dem ich mich natürlich nicht gerne anschliesse. Sehr gross ist z. B. auch unsere Einfuhr von Straussenfedern,

trotzdem es scheint, als ob es ein ganz besonderer Luxusartikel wäre. Die Kapkolonie hat im vorigen Jahr für 20 Millionen Mark Straussenfedern ausgeführt, und ich sehe keinen Grund, weshalb wir im Süden unseres westafrikanischen Schutzgebiets nicht dasselbe produzieren sollten. Wir müssen aber hingehen und müssen uns die Kultur unserer Nachbarn ansehen; wir dürfen die Mühe und die Kosten nicht scheuen, auch nicht gewisse Opfer. Dann werden wir dasjenige schnell absolvieren, was ich »koloniale Lehrjahre« genannt habe.

Geradeso wichtig ist die Erziehung unserer Beamten. Ein Beamter, der in Deutschland etwa für den höheren Justizdienst vorbereitet wurde, der 10 oder 12 Jahre das Gymnasium besuchte, dann 3 oder 4 Jahre auf der Universität und schliesslich noch 4 Jahre Referendär oder Assessor war, ist mit diesem Bildungsgang durchaus nicht vorbereitet für den Dienst in den Kolonien. In Deutschland ist er fähig, eine höhere Stellung in der Regierung einzunehmen, von Afrika weiss er gar nichts. Wir müssen gerade auch hier lernen, wie es die andern Länder gemacht haben, und es sind ja auch sehr erfreuliche Ansätze bei uns schon vorhanden. Es ist gar nicht notwendig, dass der Bezirksamtmann tief im Innern Afrikas ein vollständig richterlich vorgebildeter Beamter ist, wenn er nur ein Mann von gesundem Menschenverstand ist und die Leute und ihre Sprache und Gewohnheiten kennt. England hat in langer, mühsamer Arbeit einen Civil-Service für Indien ausgebildet, der musterhaft ist. Es bereitet Beamte ganz besonders auf den Kolonialdienst vor. Die Forderungen sind dort so grundverschieden, dass, wenn in unseren Kolonien manchmal etwas vorkommt, was aussieht wie Assessorismus oder Bureaukratismus, sich kein Verständiger darüber wundert. Die Leute kommen frisch dorthin, übertragen ihre Ideen — und vergreifen sich. Ich habe in meiner früheren Erfahrung ein sehr hübsches Beispiel. Im Jahr 1893 entgleiste der Zug, in dem ich mich befand, in Neu-Mexiko in einer Alkali-Wüste und es dauerte ungefähr einen Tag, bis er wieder flott gemacht werden konnte. Inzwischen hatte sich auf dieser eingleisigen Bahn der Atlantic- und Pacificbahn rechts und links eine Anzahl Personen- und Güterzüge angesammelt, die auf einem Umleitungsgleis, auf einer kleinen Station umgeleitet werden mussten.

Diese ganze Arbeit leitete mit der grössten Selbstverständlichkeit, Pünktlichkeit und Autorität ein einzelner Mann mit einer Flagge, und er brachte es fertig, dass diese grosse Verkehrsstockung sehr bald gehoben wurde. Wie gesagt, wir mussten dort beinahe zwölf Stunden liegen, im Schatten von Eisenbahnwagen und umstanden von einer Horde von Indianern. Es wurde uns die Zeit so lang, dass einer meiner Kollegen, ein höherer deutscher Eisenbahnbeamter, nunmehr sich an die mühsame Aufgabe machte, zu rechnen, wie viele deutsche Eisenbahnbeamte bei uns in solchen Fällen mobil gemacht werden müssten. Er kam auf die Zahl von 38. Ich habe es nicht nachgerechnet, aber dass es eine grosse Zahl sein muss, das weiss ich heute. Meine Herrn, wer Geschichten erzählen will, muss vollständig sein. Wir luden uns bei diesem Mann zu Gaste und während die Frau das Essen bereitete, schaute ich mich in der Stube um. Es hing ein Diplom an der Wand, und da sah ich, dass dieser Amerikaner ein Deutscher war, dass er Konrad Rumpf hiess und aus Böblingen war.

Auch in Bezug auf die Besiedelung unserer Kolonien müssen wir etwas geduldiger sein. Man spricht davon, dass jetzt nur 6600 Weisse in Südwestafrika sind. Meine Herrn, in dem Jahr, nachdem die Kapkolonie 150 Jahre im Besitz der Holländer gewesen war, waren dort 26000 Weisse, und nachdem die englische Kolonie Virginia 20 Jahre besiedelt war, zählte sie 1000 Weisse. So müssen eben die Vorbedingungen zunächst geschaffen werden, damit eine fremde Bevölkerung einziehen kann. Diese Vorbedingungen, z. B. in Südwestafrika, sind im wesentlichen geschaffen durch den Bau von Bahnen, durch eine geordnete Verwaltung, durch die Niederwerfung der Eingeborenen, und wir können jetzt erwarten, dass sich die Bevölkerung so hebt, dass dieses Land möglichst leistungsfähig wird, dadurch, dass recht viele tüchtige und ausdauernde, nicht zu kapitalarme Deutsche dort hingehen.

Für alle diese Fragen gibt es in unsern Nachbarländern durchaus vorgebildete und gut ausgestattete Institute. In England gibt es ein sogenanntes Kolonialinstitut, in dem alles das zusammentritt, was wissenschaftlich und praktisch für die Kolonien tätig ist, und wo die Erfahrungen gesammelt werden, Bibliotheken vorhanden sind, wo sich auch jeder mündlich oder aus den dort

aufliegenden Berichten Rats erholen kann. Ein solches Kolonialinstitut müssen wir auch schaffen, denn das Gebiet ist gross, die Erfordernisse sind mannigfaltig, und gerade unser deutscher Kolonialbesitz, eingesprengt in verschiedene Teile Afrikas, hat sehr verschiedenartige Bedingungen.

Das ist im wesentlichen dasjenige, von dem ich annehme, dass es unsere Nation zunächst beschäftigen kann. Ich komme noch auf die Stellung zu sprechen, die die Regierung in diesen Dingen einnehmen kann.

Meine Herrn, auch daran müssen Sie sich gewöhnen, dass die Regierung zuviel in dieser Richtung nicht tun kann. Es muss das herauskommen aus der Privatinitiative des einzelnen, es muss herauskommen aus einem grossen nationalen Zug in unserem deutschen Volk. Jeder Deutsche muss von den Kolonien ein Gewisses wissen. Jeder Deutsche muss sich mit den kolonialen Fragen beschäftigen, und jeder, der sie praktisch in die Hand nimmt, muss seine Lehrjahre durchmachen. Und wenn wir nicht dafür sorgen, dass viele, die die Lehrjahre durchgemacht haben, hinauskommen, dann werden wir viel schlimme Erfahrungen machen müssen. Die Regierung kann nur auf einer hohen Warte stehen, sie kann nur die Möglichkeiten und die Gefahren, wie mit einem Scheinwerfer, beleuchten; sie kann, wenn eine Gefahr droht, Signale geben, um die Nation aufzuwecken zu einem grossen nationalen Impuls. Aber es gilt bei dem einzelnen Deutschen und bei jeder einzelnen Stelle, diese Signale aufzunehmen, diese Lichtblitze zu verfolgen und sich darüber klar zu sein, dass grosse, gewaltige Güter auf dem Spiel stehen.

Meine Herrn, ich kann meine Bemerkungen nicht anders schliessen, als dass ich Ihnen in dieser Stunde namens der Verwaltung, die ich vertrete, ein Wort zurufe, das mir immer grossen Eindruck gemacht hat: »Halte, was du hast, auf dass dir niemand deine Krone raube!«



Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

KOLONIALE FINANZPROBLEME

Vortrag, gehalten von

BERNHARD DERNBURG
Wirklicher Geheimer Rat

EMS

Der Ertrag ist für den Invalidenfonds der Afrikakrieger bestimmt

Berlin 1907
Ernst Siegfried Mittler und Sohn, Königliche Hofbuchhandlung
Kochstraße 68—71



Union Deutsche Verlagsgesellschaft in

Koloniale Finanz|

Vortrag

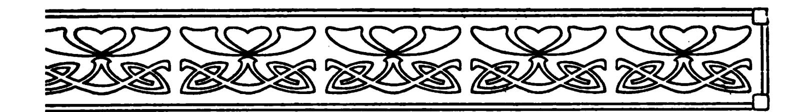
gehalten von

Bernhard Dernburg
Wirklicher Geheimer Rat

EM&S

Der Ertrag ist für den Invalidenfonds der Afrikakrieger bestimmt

Berlin 1907
Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung
Kochstraße 68–71



Vortrag

ıalten auf Veranlassung der Handelskammer in Frankfurt a.M. am 3. Februar 1907.

Meine Herren, meine engere Heimat hat mich durch so viele Aufforderungen geehrt, über koloniales Wesen zu sprechen, von Straßburg und von Neuıdt, von Karlsruhe, von Darmstadt, von Mainz und nicht letzt von Frankfurt a. M. ist man an mich herangetreten, d da es sich undurchführbar erwies, all diesen so liebensirdigen Ersuchen, deren jedem ich gern nachgekommen ıre, zu entsprechen, habe ich die Einladung der hiesigen ındelskammer angenommen, nachdem sie mir die ausückliche Zusage gemacht hat, daß sie einen größeren Teil r hier verfügbaren Karten den umliegenden Kreisen über-sen werde. Frankfurt a. M. habe ich aber gewählt deslb, weil es für all die genannten Orte der bei weitem am chtesten erreichbare Punkt ist, so daß es jedem von Ihnen ht besonders schwer werden durfte, hierher zu kommen. lenfalls danke ich Ihnen auf das herzlichste für Ihr zahlches Erscheinen und Ihr damit bewiesenes Interesse an r Entwicklung einer der großen nationalen Fragen. Diese ıdt hat von alters her viele Beziehungen über See gehabt, r sie doch der bedeutendste Meß- und Stapelplatz des stlichen Deutschlands für viele Jahrhunderte und das ntrum des deutschen Geldhandels schon über 100 Jahre r der Errichtung des Deutschen Reiches. Diese ausıdischen und überseeischen Beziehungen haben bei Frankt den eigentümlichen Grund, daß in einem verhältnismäßig eraus kleinen Stadtgebiet, welches zu einer anderen als ıer handelsmäßigen Tätigkeit keine Gelegenheit gab, viele ternehmende Familien entstanden, die ihre Ausbreitung

in einem weiteren Rahmen suchten, einem Rahmen, den sie in dem zerklüfteten und zerspaltenen Deutschland nicht fanden, und die deshalb die Väter der verschiedensten großen Geldhandelshäuser der Welt geworden sind, Namen, die ich hier nicht besonders hervorzuheben brauche, die Rothschild und die Bethmann, die Speyer und die Ladenburg, die Erlanger und die Stern, die Neufville und die Sulzbach, sind alles Frankfurter Häuser, die auf nahezu jedem großen Weltplatz, in Paris, London und in New York ihre Ableger errichtet haben. Und durch diese Häuser ist dann die Frankfurter Börse und demnächst das deutsche Publikum mit den ersten überseeischen Werten bekannt gemacht worden, Werten, die nach mancherlei Enttäuschungen unserem nationalen Vermögen reiche Früchte gebracht haben. Und neben dem Geldhandel hat besonders der Metallhandel aus Frankfurt seine Emissäre gesandt; die größten und bestfundierten deutschen Gesellschaften haben hier ihren Sitz, und der überlebende Chef der weitaus größten Transvaal Goldfirma, der gleichzeitig Außerordentliches für die Erschließung Britisch-Südafrikas, der Kapkolonie wie Rhodesias getan hat, ist ein Frankfurter. So sind denn hier mancherlei Anknüpfungspunkte und ein weites Verständnis für die Frage vorhanden, die ich zu behandeln habe. Ist doch Deutschland in einer gleichen Lage wie weiland die freie Stadt Frankfurt, überschäumend in Unternehmungsgeist, stark in Kapitalskraft, ungemein fruchtbar an Menschen und verhältnismäßig eng an europäischen Grenzen. Da ist es denn leicht verständlich, wenn der Deutsche in nationalem Empfinden nunmehr ein größeres Interesse gewinnt für diejenigen Gebiete über See, die ihm lange eigentümlich gehören, statt wie es in früheren Zeiten vielfach der Fall war, in ausländische Fremden zu wandern und für das deutsche Volkstum unterzugehen.

Die vielfachen Beziehungen zur Finanz und die Tatsache, daß Frankfurt der zweitgrößte Börsenplatz des Deutschen Reiches ist, veranlassen mich nunmehr hier zu

sprechen über das Thema „koloniale Finanzpolitik". Es ist das ein ungeheuer weites Gebiet, und es möchte manchem füglich scheinen, daß es bei dem gegenwärtigen Zustand unserer Kolonien verfrüht sein möchte, die Frage aufzunehmen. Aber man soll nicht vergessen, daß die Entwicklung der Kolonien ein kaufmännisches Geschäft ist, und daß ein vorsichtiger und vorausschauender Kaufmann stets wissen will, wohin er geht, wenn er auch vielleicht eine oder die andere Überlegung umsonst und vergebens anstellt.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten bis zum Jahre 1900 keine Kolonien. Da fielen ihnen nach dem Ausgange des spanisch-amerikanischen Krieges die Philippinen gegen eine Zahlung von — ich glaube — 82 Millionen zu, und die Amerikaner hatten infolgedessen Veranlassung, sich mit den Fragen der kolonialen Politik zu beschäftigen. Dieser Aufgabe unterzog sich eine Vereinigung, welche die besten amerikanischen Fachgelehrten einschließt, die „American Oeconomic Association", die zunächst die koloniale Finanzpolitik sämtlicher bis dahin kolonisatorisch tätiger Nationen einschließlich der deutschen untersuchen ließ, und diese Untersuchungen sind veröffentlicht. Als Resultat dieser Veröffentlichungen und als Empfehlung für die Art, in welcher die Amerikaner ihrer kolonisatorischen Aufgabe sich widmen sollten, sind jener Publikation eine Reihe von Leitsätzen vorangestellt, die man nahezu vollinhaltlich unterschreiben kann, und die ich Ihnen in aller Ausführlichkeit im folgenden vortragen werde, indem ich mir vorbehalte, auf einen oder den anderen im Verlaufe dieses Vortrages zurückzukommen. Als Resultat seiner Studien glaubt das Komitee die folgenden allgemeinen Empfehlungen aussprechen zu dürfen.

1. Die Finanzen jeder Kolonie sollen ausschließlich im Interesse der Kolonie und ihrer Entwicklung geleitet werden und nicht im Interesse des Mutterlandes.

2. Kein einheitliches System fiskalischer Wirtschaft kann für eine Anzahl von Kolonien, die in verschiedenen

Teilen der Welt liegen, eingerichtet werden. Jede Kolonie muß für sich betrachtet und ihr System ihren natürlichen Bedingungen angepaßt werden.

3. Jede Kolonie soll, soweit irgend möglich, auf ihre eigenen Einnahmen angewiesen werden, aber das Mutterland kann sehr wohl den Kredit der Kolonie unterstützen oder später rückzahlbare Vorschüsse gewähren.

4. Bei unentwickelten Kolonien, deren Einwohner nicht geeignet sind, wichtige öffentliche Einrichtungen, wie Eisenbahnen, Kanäle, Telegraphensysteme zu leiten, ist es wohl richtig, daß diese Anlagen der Regierung gehören sollen und lieber durch Beamte als durch Privatgesellschaften zu verwalten sind.

Ich schiebe hier ein, daß dieser Satz um so merkwürdiger ist, als in Amerika irgendwelches Staatseigentum weder an Bahnen noch an Telegraphen noch an Telephonen besteht und bisher dort auch durchaus perhorresziert worden ist.

5. Die Auswahl der Einnahmequellen soll in jedem Falle festgesetzt werden in Übereinstimmung mit der ökonomischen und sozialen Lage der Kolonien.

6. Wo die Kolonie so gelegen ist, daß die Entwicklung des Handels mit fremden Ländern den wirtschaftlichen Hauptwert bildet, sollen Einfuhrzölle sehr niedrig sein bzw. nicht erhoben werden.

7. In Kolonien mit unentwickelten Wirtschaftsquellen soll die Hauptstütze für die allgemeinen Regierungseinnahmen ein System indirekter Steuern bilden mit entsprechenden Zöllen auf importierte Artikel, wenn diese den von der indirekten Steuer betroffenen Gegenständen ähnlich sind. Lizenzen sollten zunächst eingeführt werden auf einige Artikel allgemeinen Verbrauchs, wie Alkohol, Opium und Reis. Sofern irgend eine Kolonie ausgesprochene Vorteile in der Erzeugung besonderer Konsumartikel, wie Zucker, Tabak, Hanf usw., besitzt, kann es wünschenswert erscheinen, auch hier Lizenzen oder ähnliche Produktionssteuern aufzuerlegen, es ist selbst eine Frage, ob niedrige

Exportzölle auf solche Verbrauchsartikel nicht in Ausnahmefällen angewandt werden sollen.

Hier schiebe ich ein, daß die Konstitution der Vereinigten Staaten solche Ausfuhrzölle für amerikanische Produkte nach anderen Bundesstaaten verbietet, und daß deshalb der Satz besonders bedeutsam ist, trotzdem er aus dem eben erwähnten Grunde mit einer gewissen Zaghaftigkeit vorgebracht wird.

8. Es ist nicht wünschenswert, eine Verzehrsteuer für lokale Zwecke aufzuerlegen. Lokale Einnahmen sollten in den meisten Fällen in erheblichem Umfange aus Grundbesitz, Lizenzen für Geschäfte und ähnlichen Spezialsteuern bezogen werden.

9. Wo es immer möglich ist, sollten in der staatlichen Verwaltung Ansässige der Kolonie als Beamte gebraucht werden. Es muß aber oberster Grundsatz bleiben, daß als letzte Instanz die Wünsche des Mutterlandes ausschlaggebend sein müssen.

10. Solange als die Kolonien die neuzeitlichen wirtschaftlichen Bedingungen noch nicht erreicht haben, mag es empfehlenswert sein, soweit als möglich die einheimischen Gebräuche während der Übergangszeit beizubehalten. Zum Beispiel erscheint es durchaus möglich, daß für gewisse Zeit noch das System der Verpachtung der Steuern an Unternehmer, insbesondere die Häupter der Eingeborenen, unter den etwa erforderlichen Einschränkungen beibehalten bleibt.

11. Für eine ordentliche Verwaltung der Staatswirtschaft einer Kolonie der Vereinigten Staaten ist es absolut notwendig, ein Beamtenrecht einzurichten, welches über allen Zweifel hinaus die Tüchtigkeit und die Ehrlichkeit des Personals sicherstellt.

12. In denjenigen Kolonien, wo es schwer ist, eine entsprechende Menge tüchtiger eingeborener Arbeiter zu erhalten, kann man die Frage der Zulassung fremder Arbeiter in ernsthafte Erwägung ziehen. Wenn auch vielleicht hin-

reichende Gründe vorliegen für den Ausschluß chinesischer Arbeiter aus den Vereinigten Staaten, folgt daraus durchaus noch nicht, daß sie von den Philippinen ausgeschlossen bleiben müssen.

Meine Herren, selbst dieser Satz hat für gewisse beschränkte Bezirke deutscher Kolonien seine Anwendung. Die reichhaltigen Phosphate, die sich z. B. in den Karolinen auf der Insel Nauru vorfinden, können mit den dort ansässigen wenigen eingeborenen Arbeitern nicht gefördert werden, und es ist, da das tropische Klima für europäische Arbeit nicht geeignet ist, vor wenigen Tagen ein erster Transport von 500 chinesischen Arbeitern dorthin abgegangen. Natürlich lassen sich diese Leitsätze, wenn man auch mit ihrem allgemeinen Geist, wie ich schon gesagt habe, einverstanden sein kann, nicht ohne weiteres übertragen. Sie enthalten aber die Quintessenz der kolonialen Finanzwissenschaft des heutigen Tages, und sie sind mit Urteil und Verständnis dem eingehenden Studium der Erfahrungen aller kolonisatorisch tätigen Nationen entnommen.

Meine Herren, der erste Satz, den ich verlesen habe nämlich daß die Finanzen jeder Kolonie unabhängig und lediglich im Interesse derselben und nicht in dem des Mutterlandes geführt werden sollen, leiten über zu der Frage, die zunächst hier zu erwägen ist: Welches ist denn der gegenwärtige Stand der Einnahmen und Ausgaben unserer verschiedenen Kolonien, und wieweit kann man überhaupt von einer selbständigen Finanzwirtschaft sprechen. Hierbei muß zunächst von Südwestafrika abgesehen werden, das nach zwei langen Kriegsjahren eine außerordentliche Zerstörung an Leben und Eigentum mit sich gebracht hat, unserem Vaterlande die größten finanziellen Opfer auferlegt und jetzt erst wieder am Beginn einer friedlichen und, wie wir hoffen dürfen, glücklicheren Entwicklung steht. In einer Denkschrift, welche dem Deutschen Reichstage mit dem Titel: „Die finanzielle Entwicklung der deutschen Schutzgebiete ohne Kiautschou“ vorgelegt worden ist, is-

aus amtlichem Material nachgewiesen worden, daß im Jahre 1903 die gesamten Ausgaben des südwestafrikanischen Schutzgebiets, ohne die Militärlasten, 4,81 Millionen, die gesamten Einnahmen 2,23 Millionen gewesen sind. Und wenn man die für die reinen Zwecke der Verwaltung — abgesehen von den für werbende Zwecke— gemachten Auslagen mit den reinen Einnahmen vergleicht, so überstiegen die Ausgaben in diesem Jahre die Einnahmen noch um 1 310 000 Mk. Wie sich die Sache von nun ab gestalten wird, ist schwer sicher zu überschauen. Der Krieg ist ja erfreulicherweise seinem Abschluß sehr nahe gerückt, die weiße Bevölkerung hat zugenommen, die Industrie beginnt sich neuerdings zu entwickeln, deutsche Kapitalien gehen befruchtend in das Land und die Landgesellschaften haben angefangen, einzusehen, daß ihre bisherige Politik eine verkehrte war, die den Unwillen von Parlament und Bevölkerung, zum Teil nicht mit Unrecht, hervorgerufen hat, aber immerhin muß dieses Land noch stark besetzt werden; es ist, wenn mineralische Schätze nicht in erheblichem Umfange noch neu erschlossen werden, minder begünstigt. Und wenn es auch dem deutschen, regsamen Ansiedler einen ziemlich sicheren Erwerb bieten wird, der mit dem hinreichenden Kapital dort hinkommt, so ist die Frage der Staatseinnahmen und -ausgaben doch mit vielen unsicheren Faktoren umgeben. Ein Eden wird dieses Land vielleicht nie werden, aber ein Land, in dem tüchtige Deutsche ein erfreuliches Dasein in größerer Anzahl führen werden, als jetzt angenommen wird. Ich scheide aus den erwähnten Ursachen deshalb Südwestafrika zunächst aus.

Dann aber stellt sich die Frage der eigenen Einnahmen unserer Schutzgebiete wie folgt: Ausschließlich Südwestafrika betragen nach dem Etat für das Jahr 1906 einschließlich der Ersparnisse aus früheren Rechnungsjahren die eigenen Einnahmen 10 316 000 Mk., und sie sind für das Jahr 1907 geschätzt auf 11 240 000 Mk. Diesen Einnahmen stehen an fortdauernden Ausgaben vorläufig noch 19 326 000 Mk.

gegenüber. Diese Ausgaben enthalten die militärischen Lasten der Kolonien und eine Anzahl von Ausgaben, welche für die Vorbereitungen werbender Zwecke gemacht werden. An einmaligen Ausgaben sind 2 887 000 Mk. vorgesehen. Die reine Verwaltung unserer sämtlichen Kolonien ausschließlich der militärischen Ausgaben kostete im Jahre 1905 8 820 000 Mk., die reinen Verwaltungseinnahmen betrugen 10 920 000 Mk., d. h. die reinen Einnahmen überstiegen die Verwaltungsausgaben in diesem Jahre bereits um 2,10 Millionen Mark. Vergleicht man dagegen die Ausgaben einschließlich derjenigen zur Förderung oder Errichtung werbender Anlagen mit den Gesamteinnahmen, so kommt man in den gleichen Jahren auf ein Defizit von rund 8,8 Millionen.

Von unseren Kolonien ist ganz aktiv Togo, bis auf den Militäraufwand aktiv Kamerun, nahezu aktiv Deutsch-Ostafrika. Über Südwestafrika ist bereits gesprochen. Mit anderen Worten, wenn man die Formel der Engländer anwenden würde, wonach Ausgaben für werbende Zwecke auf Anleihen der Schutzgebiete übernommen werden, die Militärlasten aber zum größten Teile auf dem Budget des Vaterlandes ruhen, würde ein großer Teil unserer Kolonien einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben zeigen, der zur Verzinsung mäßiger Anleiheschulden verwendbar wäre und eine Selbstverwaltung in beschränktem Umfange rechtfertigen könnte.

Um Ihnen das englische Schema zu zeigen, möchte ich Sie auf die Verhältnisse der Kapkolonie hinweisen. In der Kapkolonie existiert eine Gendarmerie, genannt „Jäger zu Pferde“, bestehend aus 709 Offizieren und Mannschaften. Außerdem ist auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1878 jeder gesunde Mann in der Kolonie zwischen 18 und 50 Jahren zum militärischen Dienst verpflichtet, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kolonie. Hieraus rekrutieren sich im wesentlichen 9113 sogenannte Freiwillige. Daneben besteht natürlich noch die lokale Polizei. Dagegen erhält England

in der Kapkolonie einen Anteil aus der Reichsarmee, ein Kontingent von ungefähr 9000 Mann und 4 Kriegsschiffen; während die Kosten der Verteidigung der Kolonie, welche derselben obliegen, 262 000 Pfund Sterling betrugen = 5 300 000 Mk., hatte das Reichsbudget zu tragen 506 000 Pfund Sterling = etwa 10½ Millionen Mark. Ihre werbenden Anlagen deckt die Kapkolonie aus Anleihen, welche ohne Garantie der Heimatsregierung ausgegeben werden. Die Kolonie hatte am 1. Januar 1905 eine öffentliche Schuld von 800 Millionen Mark, einschließlich 100 Millionen Mark Stadtanleihen. Nahezu der ganze Betrag der Anleihe ist für öffentliche Arbeiten ausgegeben, und zwar etwa fünf Achtel für Eisenbahnen. Es ergibt sich also folgendes Bild: Die Kolonie deckt ihre eigenen Verwaltungsausgaben und den Dienst ihrer öffentlichen Schuld; sie übernimmt Eisenbahnen und andere werbende Anlagen, wie Staudämme, Wassererschließung usw. auf Anleihen und bezahlt für die zur öffentlichen Sicherheit erforderlichen Truppen usw. etwa ein Drittel des Aufwandes. Wie schon gesagt, dieses System angewandt auf Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika würde eine geregelte selbständige Entwicklung dieser Kolonien aus sich selbst heraus bereits heute möglich machen. Bei dieser Betrachtung ist nun die Südsee unberücksichtigt gelassen, weil es sich da um verhältnismäßig geringe Summen handelt und die Entwicklung infolge der Abgelegenheit vom Welthandel eine ziemlich langsame ist. Auch nicht alle englischen Kolonien sind in der glücklichen Lage wie die Kapkolonie, nicht alle können sich selbst erhalten. Um nun aber die kolonialen Budgets sich selbständig entwickeln zu lassen, hat man in England zu dem System der Zuschüsse in runder Summe gegriffen, welche zum Teil rückzahlbar, zum Teil geschenkweise den Kolonien übergeben werden. Etwas Ähnliches hat die Budgetkommission für die Strecke Lüderitzbucht—Keetmanshoop in Anregung gebracht, und es wird vermutlich danach verfahren werden können. Es handelt sich hierbei um ein rück-

zahlbares Darlehn. Abgesehen von Indien und den selbständigen Kolonien in Nordamerika und Australien, also im wesentlichen für die afrikanischen Kolonien, gibt England nach dem Statesman's Year Book für 1906 im Jahre etwa 3 Millionen Pfund Sterling = 60 Millionen Mark aus. Trotzdem haben auch die so hoch subventionierten Gebiete eine gewisse Selbstverwaltung. Das System, aus Reichsmitteln Eisenbahnen zu bauen, hat England nur in einem Falle, und zwar aus strategischen Gründen, befolgt, nämlich bei der Ugandabahn, welche unter der englischen Staatsschuld mit dem Betrage von 4 768 000 Pfund Sterling figuriert. Hierbei möchte ich noch bemerken, daß auch die Ablösung der Rechte der Royal Niger Company mit etwa 16 Millionen Mark von England auf Anleihen übernommen ist, während die Zahlung, die Deutschland an die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft und an die Neu-Guinea-Kompagnie mit gegenwärtig noch 1 Million Mark pro Jahr leistet, den Schutzgebieten direkt angelastet wird und von ihnen aufgebracht werden soll. Welchen Weg Deutschland in dieser Richtung einschlagen will, steht natürlich noch dahin. Man kann auch in Europa die Verhältnisse eines Landes auf das andere nicht ohne weiteres übertragen, aber es ist für die Entschließung nötig, daß es auch den mit volkswirtschaftlichem Verständnis ausgestatteten Kreisen bekannt sei, was andere Länder mit langer Erfahrung getan haben, und ich möchte gleich hier einige Bemerkungen daran anschließen, was denn das französische System ist hinsichtlich der lokalen Verwaltung seiner Schutzgebiete.

Frankreich hat mit seinen Kolonien die verschiedensten Phasen durchgemacht; es hat sie zunächst direkt und ganz von der Heimat verwalten lassen. Späterhin hat es seinen Kolonien eine so weite Selbstverwaltung gewährt, daß sich Unzuträglichkeiten daraus ergeben haben, die nunmehr zu einem gemischten System geführt haben, welches ungefähr wie folgt aussieht: Die Kolonien haben in der Aufstellung ihrer eigenen Budgets einen ziemlich weiten Spielraum, sie

ıd aber gesetzlich verpflichtet, obligatorische Ausgaben ızustellen, welche je nach den Kolonien verschieden sind. e obligatorischen Ausgaben für die drei alten Kolonien, artinique, Guadeloupe und Réunion, sind nach dem Budget m Jahre 1866 zuerst festgelegt worden wie folgt:

1. Zahlung der Anleiheschuld,
2. Unterhaltung der Regierungsgebäude und des Pernals desselben,
3. die Unterhaltung der für gerichtliche und religiöse wecke dienenden Gebäude,
4. die Miete und die Erhaltung der Privatwohnung des ouverneurs,
5. das Lokal für die Beamten des Gouvernements,
6. ein Teil der Unterhaltung und der Saläre für öffentchen Unterricht, Polizei, Irren- und Armenwesen,
7. die Unterbringung der Polizei,
8. die Rückbeförderung der Emigranten,
9. die Kosten der Veröffentlichung der Finanzrechnung,
10. der der Kolonie aufliegende Betrag zu den Reichsosten,
11. gewisse unvorhergesehene Ausgaben.

Durch weitere Gesetze wurde diese Liste teils abgeındet, teils auf die meisten anderen Kolonien übertragen. ür Cochinchina sind noch eine Anzahl von anderen Ausıben des Budgets als obligatorisch eingesetzt, mit anderen 'orten, vorausgesetzt, daß die Kolonie alle diese elf oder ehr Ausgaben bestreitet, ist sie im übrigen hinsichtlich rer finanziellen Gebahrung unabhängig. Im Jahre 1900 urden die obligatorischen Ausgaben der Kolonien neu fest:setzt und etwas reduziert. Seit diesem Jahre erhielt auch lgier die finanzielle Selbstverwaltung. Die Militärlasten igt in den französischen Kolonien im allgemeinen jetzt das utterland. Hinsichtlich der Beschaffung der für Eisenhn- und andere jetzt oder in Zukunft werbende Anlagen Frankreich einen eigenen Weg gegangen, indem es für ine Kolonien, mit Ausnahme von Algier, seit 1890 kolo-

niale Anleihen im Gesamtbetrage von etwa 400 Millionen Francs genehmigt hat. Außerdem haben verschiedene öffentliche Staatsinstitute den Kolonien Vorschüsse gemacht. Ein Teil der öffentlichen Anleihen ist mit Staatsgarantie ausgestattet, nämlich für solche Kolonien, die eine eigene Gewähr nicht boten, bzw. deren Anleihen ohne französische Staatsgarantie nicht untergebracht werden konnten. Dagegen sind z. B. bedeutende Madagascar-Anleihen und Tonkin-Anleihen ohne Staatsgarantie ausgegeben und haben zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen Unterkunft gefunden. Also auch in Frankreich hat man Eisenbahnen und dauernde Anlagen auf Anleihen gebucht, und man hat gerade so wie in England den Kolonien gestattet, den öffentlichen Kredit in Anspruch zu nehmen, und zwar teils mit, teils ohne Reichsgarantie.

Die Fragen der Kolonialanleihen spielen gerade im gegenwärtigen Augenblicke wieder eine wichtige Rolle im Parlamente Frankreichs, und es ist unsere Sache, von der Auffassung und den Erfahrungen unserer Nachbarn zu lernen. Der Berichterstatter über das Kolonialbudget für 1907 i der französischen Kammer, Gervais, hat in seinem Referat den „Schulden der Kolonien" ein eigenes Kapitel gewidme Wir erfahren daraus, daß, ganz abgesehen von Algier un Tunis, die ja in der französischen Kolonialpolitik ein Sonderstellung einnehmen, die französischen Kolonien al mehr oder weniger reichlich ihren Kredit für Anleihen in An spruch nehmen. Sehr bemerkenswert ist das Räsonnemen das zu den statistischen Angaben gegeben wird. Die Kolo nien, heißt es da, welche Anleihen aufgenommen haben, u ihr Gebiet zu erschließen und zu meliorieren, haben imme ein gutes Geschäft gemacht und in einem gegebenen Zei punkte durch Erhöhung der Produktionskraft des Lande und seines Geschäftsverkehrs ihre Rechnung gefunden — l compensation de ses sacrifices. Solche Anleihen seien b richtiger Verwendung des Geldes lediglich als Wechsel au die mehr oder weniger nahe bevorstehende Entwicklung de Kolonie zu betrachten. Eine besondere Beachtung finde

in Frankreich die zur Zeit dem Parlamente zur Genehmigung vorliegende neue Anleihe von 75 Millionen Francs für Tunis, deren Aufnahme in ähnlicher Weise wie andere neuere französische Kolonialanleihen für Westafrika, Indochina usw. auf eine Reihe von Jahren, und zwar bis 1916, verteilt werden soll. Die Anleihe ist für öffentliche Arbeiten, Eisenbahnen, Hafenbauten usw. bestimmt, welche der Staat in Angriff nehmen will, da sich ergeben habe, daß sich die Kolonie unter der Herrschaft der Privatinitiative für solche Unternehmungen bisher zu langsam entwickelte. „Es ist unumgänglich notwendig für die Kolonie", heißt es in einem Räsonnement zu dem Anleihegesetz, „im Hinblick auf die Gefahr, zurückzubleiben und die wirtschaftlichen Schätze des Landes ungehoben zu lassen, rasch vorwärts zu schreiten. C'est pourquoi elle recourt à l'emprunt." Die Privatunternehmung habe manches geleistet, aber nur der Staat könne die Kolonie völlig erschließen. „Der Staat", heißt es weiter, „hat für sich billigeres Geld, die Raschheit in der Ausführung des Unternehmens und die Tatsache, daß bisher die Privatunternehmungen sich nur mit den allerbesten und ausgesuchtesten Projekten befaßten, diejenigen aber verschmäht haben, die erst nach längerer Zeit Gewinn bringen, für die Erschließung des Landes aber gerade die notwendigsten sind."

Demnach ist das französische Schema das folgende: Die Kolonien genießen eine mäßige Autonomie unter der Bedingung, daß sie für gewisse Ausgaben einstehen. Die Kosten der militärischen Verwaltung liegen zum Teil auf dem Kriegsbudget oder auf dem Kolonialbudget, d. h. es sind dies alles Ausgaben, die das Mutterland für die Kolonien leistet, ohne dieselben dafür in Anspruch zu nehmen. Das Kolonialbudget beträgt für 1907: 109 Millionen Francs, wovon 91 Millionen Francs auf militärische Ausgaben kommen. Zusammen mit den Ausgaben des Kriegsbudget für die Kolonien betragen die militärischen Ausgaben für die Kolonien 1907: 126 Millionen Francs. Der Anteil, den die Kolonien an diesen militärischen Ausgaben leisten, ist ein sehr

geringfügiger, etwa 14 Millionen Francs, wovon 13 aus Tonking kommen. Auch diese Formel angewandt auf die deutschen Kolonien würde bei nahezu allen, und zwar auch bei Südwestafrika, in einer abmeßbaren Frist die lokale Selbstverwaltung ermöglichen, ohne welche, wie ich wiederhole, eine wirkliche Entwicklung unserer Kolonien nicht zustande kommen kann, weil einerseits das Interesse der Kolonien an dem eigenen Lande fehlt und anderseits eine Verwaltung von so langer Hand wie von Berlin nach dem Innern von Afrika unmöglich in jedem Falle das Zweckmäßige treffen kann, selbst wenn sie noch so gut informiert bleibt.

Wie Sie aus der Ihnen überreichten kleinen Schrift ersehen, beträgt der Handel der Kolonien für 1905 etwa 100 Millionen Mark, er hat sich in jedem Jahrfünft nahezu verdoppelt. Auch für die nächsten fünf Jahre kann mit Rücksicht auf die in Betrieb kommenden Eisenbahnen — den gegenwärtigen Status im allgemeinen sehen Sie in überaus drastischer Weise auf einem kleinen Flugblatt dargestellt, welches Sie ebenfalls erhalten haben — eine ähnliche Entwicklung angenommen werden. Unsere Zölle in den Kolonien sind z. Z. nicht sehr beträchtlich, etwa 10 % des Wertes, andere afrikanische Kolonien haben sehr viel höhere; eine Steigerung an Abgaben von durchschnittlich 5 % würde für 1906 etwa 3 Millionen, für 1910, falls die Entwicklun[g] fortschreitet und die Eisenbahnen billigere Transportwege liefern, etwa 7 Millionen ergeben und damit allein fast alle Kolonien durchaus selbständig machen, selbst wenn sie einen großen Teil ihrer militärischen Besatzung zu tragen hätten.

Ich nehme jetzt den vierten Leitsatz der Amerikaner, welcher von dem Eigentum an öffentlichen Arbeiten handelt, und ich habe Ihnen bereits gesagt, wie die Engländer und Franzosen dieses öffentliche Eigentum, Eisenbahnen, Kanäle, Docks, Häfen, Telegraphen, Stauanlagen, Wassererschließung usw. finanzieren. Der Grund, weshalb in neu sich entwickelnden Ländern hierbei die staatliche Unternehmung vor der Unternehmung durch das Privatkapital im allgemeinen den Vorzug haben muß, ist nicht allein der, daß

man kein Monopolunternehmen schaffen soll, wo der Widerstand gegen Übergriffe schwach ist und nicht wohl organisiert werden kann, sondern er liegt auch zum großen Teile auf finanziellem Gebiet. Eine Privatfirma, die eine Bahn zu bauen beabsichtigt, kann das nicht tun ohne eine Rentabilitätsberechnung, welche aus den eigenen Einnahmen des Unternehmens vielleicht unter gewisser Bewertung der immerhin unsicheren Einnahmen aus einer Landschenkung oder aus Schürfrechten eine hinreichende Verzinsung für das angelegte Kapital ergibt, und da das in wenigen Fällen gleich von vornherein der Fall ist, muß sich dieses Privatunternehmen auch Bauzinsen für eine gewisse Reihe von Jahren einrechnen, wodurch das Anlagekapital erhöht wird. Deshalb kommen solche Privatunternehmungen in den Kolonien gewöhnlich nicht aus ohne eine Staatsgarantie, d. h. der Staat zahlt für die Bahn, und das Privatkapital hat bei einem sehr verminderten Risiko die Chancen des Gewinnes. Für den Staat liegt die Frage durchaus anders; nicht etwa deshalb, weil der Staat auf eine mindere Rentabilität zu sehen hätte, wie die Gesellschaft. Auch er muß ja — sei es nun das Mutterland oder die Kolonie — die Zinslast aufbringen und also dahin zu trachten versuchen, die Unternehmung möglichst schleunig rentabel zu gestalten. Aber für den Staat liegt die Sache deshalb anders, weil ihm neben den eigenen Einnahmen eine Reihe von Hilfsquellen entstehen, welche der Privatmann nicht besitzt. Für den Staat kommt neben diesen eigenen Einnahmen aus dem betreffenden Unternehmen selbst noch folgendes in Betracht.

In positiver Richtung die Erhöhung der Zolleinnahmen, welche der Verkehr mit einer Bahn bringt. Die Ugandabahn hat veranlaßt, daß die Zolleinnahmen der drei deutschen Zollstationen am Viktoria-Nyansa von nahezu Null in wenigen Jahren auf annähernd 350 000 Mk. gestiegen sind, und dabei bildet das Hinterland dieser drei Häfen doch nur einen geringen Teil des Gebietes, welches die Bahn befruchtet. Dann aber wird durch die Exportmöglichkeit die

Produktion der Eingeborenen gehoben, und es steigen dadurch die Einnahmen aus den indirekten Steuern, wo solche bestehen, oder es wird ermöglicht, die Erhebung direkter Steuern, wie der Hüttensteuer, die in der Kapkolonie und in Transvaal durchgeführt ist und etwa 10 Mk. pro Hütte ergibt. Um welche Summe es sich dabei handelt, kann man erkennen, wenn man nur annimmt, daß auf 20 Einwohner eine Hütte käme, d. h. es würden in den Kolonien bei 12½ Millionen Einwohnern 625 000 Steuerobjekte mit einer Einnahme von 6¼ Millionen Mark entstehen. Gegenwärtig ist eine solche Erhebung in gerechter Weise durchzuführen aber schwierig, weil sie an dem Widerstand der Eingeborenen, den man mangels der notwendigen Verkehrswege auf das äußerste vermeiden muß, scheitern würde. Dann aber ziehen Eisenbahnen Kapital ins Land, und auch die Plantagengesellschaft wird direkt und indirekt ein Steuerobjekt. Ein geradezu klassisches Beispiel für die indirekte Rentabilität, die ein Staat bei einer der Erschließung seiner Gebiete dienenden Eisenbahn erzielen kann, ist die anatolische Eisenbahn. Bis heute muß der türkische Staat trotz aufsteigender Verkehrsentwicklung dieser Bahn Garantiezuschüsse alljährlich bezahlen. Und trotzdem ist die Bahn nicht bloß für die Volkswirtschaft, sondern auch für die Finanzen der Türkei ein großer Vorteil. Die durchschnittliche Garantiezahlung hat von 1901 bis 1905 1 217 000 Francs betragen. Dafür ist aber der durchschnittliche Ertrag des Getreidezehnten in dem Verkehrsbereich der Bahn von 3 930 000 Francs vor der Betriebseröffnung in den letzten fünf Jahren auf 6 730 000 Francs gestiegen. Die Zunahme dieser einen Staatseinnahme ist also doppelt so groß als die heute noch zu zahlende jährliche Garantiesumme. Mit all diesen Einnahmen kann ein Staat rechnen, ein Privatunternehmen nicht, und der Staat ist deshalb in der Lage, selbst bei sehr geringer Verzinsung des Anlagekapitals, ja selbst in Fällen, wo die Eisenbahneinnahmen die Ausgaben nicht sofort decken, doch mit einem Vorteil Eisen-

bahnen zu bauen, wo der Privatkapitalist absolut außerstande ist, die notwendigen Gelder aufzubringen.

Daneben kommen aber eine große Anzahl von indirekten Vorteilen, die den Staat veranlassen, Eisenbahnen zu bauen, die zunächst wirtschaftlich überhaupt keine Räson zu haben scheinen, und in dieses Kapitel gehört die Möglichkeit der Unterdrückung von Aufständen, die nur in den allerseltensten Fällen da vorkamen, wo schnell Truppen erscheinen können, da sie dann auch für eine Ausbreitung keine Möglichkeit haben, weil entsprechende Vorbeugungsmaßregeln getroffen werden können.

Durch die Eisenbahn wird auch der Wert des Kronlandes erhöht, das einen Teil des Finanzvermögens des Staats bildet. Für Südwestafrika wurde von dem kolonialrechtlichen Sachverständigen Dr. Hermann Hesse die Größe des Kronlandes, das der Regierung zu Siedelungszwecken zur Verfügung steht, einschließlich des Besitzes der uns im Aufstande feindlich gewesenen Stämme, auf 50 000 000 ha berechnet. In Ostafrika ist der Wert des Kronlandes wohl noch bedeutender als in Südwest. Dazu kommt Kamerun mit beträchtlichem Kronland, wogegen dessen Bedeutung in Togo eine geringere ist. Das gleiche wie für das Kronland gilt auch für die Regalien, d. h. die Nutzungsrechte des Staates bezüglich Jagd, Fischerei, Forsten und besonders des Bergbaues — alles Finanzquellen, die bei einer fortschreitenden Erschließung des Landes durch Eisenbahnen nur gewinnen können.

Es kommt dazu der Vorteil, daß Epidemien und Viehseuchen bekämpft und dadurch wichtige Aktiven erhalten werden können. Ebenso wichtig ist aber auch, daß durch die Eisenbahn der Einzug der Kultur materiell und ideell gefördert wird, was neben der bereits erwähnten Steigerung der Einfuhrzölle auch eine Ausbreitung christlicher Gesittung und eine Erleichterung des Missionswerkes bedeutet, und das sind geistige Waffen gegenüber Roheit und Unkultur, die nur Toren unterschätzen können.

Die Missionsfrage ist eine außerordentlich schwierige, und ihre Lösung schreitet in Afrika ganz besonders langsam vorwärts. Sie würde den aufgewandten Mühen der Missionare und Lehrer entsprechenden Fortgang nehmen, wenn die entsprechenden Verkehrswege geschaffen werden. Dies hat sehr fein und geistreich der Pater Acker von der Mission in Horrem kürzlich in einem Vortrage auseinandergesetzt. Weiter aber sind die Eisenbahnen auch ein Vorbeugungsmittel gegen eine in unkultivierten und unzugänglichen Gegenden nicht gerade seltene Erscheinung, nämlich das Entstehen einer lokalen Hungersnot, die, wie der Forschungsreisende Kaiser versichert, z. B. in Uganda im Jahre 1898 bei einem Stamme nicht weniger als 15 % und bei einem anderen sogar 25 % der einheimischen Bevölkerung dahingerafft hat. Schließlich aber geben die Eisenbahnen den Eingeborenen eine leicht erlernbare Arbeit und Beschäftigung und gewöhnen sie, die ja zum großen Teil noch nomadisch leben, an eine gewisse Tätigkeit, wie ja auch bei der Ugandabahn im Jahre 1905 bereits über 3000 afrikanische Eingeborene gearbeitet haben, während vorher die Arbeiter überwiegend importierte indische Kulis gewesen sind.

Der staatlichen Erbauung und dem Staatsbetriebe der Eisenbahn sind gleichzustellen solche Bahnbauten, welche von Privatunternehmern gebaut, von ihnen auf eine bestimmte nicht zu lange Reihe von Jahren gepachtet sind, und welche alsdann zu ihrem Zeitwert auf den Staat übernommen werden können; ja in gewisser Beziehung genießen diese einen Vorzug so lange, als die Einrichtung von Verwaltung und der Ersatz der Beamten noch mit Schwierigkeiten verknüpft ist.

Der nächste Leitsatz beschäftigt sich mit der Art der fiskalischen Einnahmen, die aus den Kolonien gezogen werden können, und stellt zunächst unzweifelhaft richtig fest, daß dafür eine auf alle Kolonien, besonders wenn sie in verschiedenen Weltteilen gelegen sind, anwendbare Grundnorm nicht gegeben werden kann. Aber in dem folgenden

Satze wird doch im allgemeinen als richtig hingestellt, daß die indirekten und Ertragssteuern für Kolonien, die sich aus Ein- und Ausfuhrzöllen, Produktionsabgaben, Umsatzsteuern beim Verkauf von Grundeigentum, Werterhöhungssteuern ergeben, unter Hinzuziehung der Lizenzen für bestimmte Gewerbe, den Vorzug verdienen. Direkte Steuern haben schon den Nachteil, daß sie, abgesehen von der rohen Form, in der die Hüttensteuer erhoben wird, große Veranlagungsschwierigkeiten machen und ein unverhältnismäßig großes Personal erfordern, mit dem man in den Tropen ganz besonders sparsam zu sein hat. So schließt die Steuer- und Abgabenliste der Kapkolonie das Folgende ein: Zölle einschließlich Hafenabgaben, Hüttensteuer, Grundsteuer, Versteigerungssteuer, Erbschaftssteuer, Haussteuer, Stempelsteuer, Banknotensteuer, Steuer auf den Ausschank geistiger Getränke, Gerichtsgebühren, Minenabgaben. Dies System der indirekten Steuern, Verkehrs- und Ertragssteuern hat den Vorzug, daß es langsam und nach der Leistungsfähigkeit der Kolonien eingeführt werden kann und hinreichend flexibel ist, auch in ungünstigen Jahren keine zu scharfe Belastung zu geben. Solange aber eine Kolonie noch nicht sehr leistungsfähig ist, solange sie noch im ersten Stadium ihrer Entwicklung steht, muß auch der Fiskalismus sich eine größere Zurückhaltung auferlegen, und es ist ganz gewiß ein Fehler der deutschen Kolonialverwaltung gewesen, daß sie das Fiskalsystem gleich von vornherein zu umfangreich und zu detailliert gestaltet hat, und dadurch die Kosten der Verwaltung zu Hause und draußen über den Effekt hinaus gesteigert hat, das ist z. B. in Ostafrika stark der Fall. Hier anzusetzen, ist für die Kolonialverwaltung eine dankbare Aufgabe.

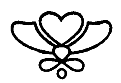
Nicht enthalten in der obigen Aufzählung sind Konzessionsabgaben, und diese sind ein wichtiges Element für die finanzielle Unabhängigkeitsstellung der Kolonien. Hier hat zunächst der Grundsatz Platz zu greifen, daß das werbende Kapital in Kolonien nicht gezogen werden kann, wenn es

sich von vornherein einer fiskalischen Belastung ausgesetzt sieht, die bei ungünstigem Ausgange der Unternehmung zu einer harten Auflage wird. Wenn für Eisenbahnen und Verkehrsmittel die Staatsregie im allgemeinen als das Gegebene erscheinen, ist alle weitere Entwicklung füglich dem Privatkapital überlassen. Die Theorie ist, daß alles herrenlose Land in den Kolonien Kronland ist, daß alle Bodenschätze in den Kolonien Regalien sind. Sobald man nun zur Entwicklung dieser Ländereien bzw. der Entwicklung des Bergbaues Kapitalien heranzieht, so gilt es, auszugleichen die Rechte des ursprünglichen Besitzers, d. h. des Fiskus mit den Anforderungen derjenigen, die ihr Geld befruchtenderweise in die Unternehmung hineinlegen. Dieser Ausgleich findet statt durch die Beteiligung des Fiskus am Reingewinn bergmännischer Unternehmungen u. dgl., nachdem eine entsprechende Verzinsung zugunsten des Unternehmerkapitals herausgewirtschaftet ist. Auf dieser Basis ist z. B. abgeschlossen die bekannte Konzession des Gibeonsyndikats zur Auffindung von Diamanten, wo nach der gesetzlichen Einlage im Reservefonds und 5 % Dividende $1/5$ des Reingewinns dem Fiskus zufällt. Neuere Konzessionen, die noch nicht zur Veröffentlichung gekommen sind, enthalten wesentlich höhere Prozentsätze für den Fiskus, nachdem auch dem Privatkapital eine höhere Vordividende zugesichert worden ist. Man ging von der Erkenntnis aus, daß für ein koloniales Unternehmen eine 5 % Rente keinen genügenden Anreiz bietet, während von dem eine 8 % oder 10 % Rente übersteigenden Betrag sehr wohl die Hälfte und mehr abgegeben werden kann. Auf dieser Basis sind mehrere Konzessionen teils abgeschlossen, teils in der Bearbeitung. Was dabei unter Umständen herauskommt, möchte ich an dem Beispiel der Premier Diamond Mine auseinandersetzen, bei der ohne jede Vordividende die Transvaal-Regierung mit 60 % an der Produktion und am Liquidationserlös der Mine beteiligt ist. Bei 2 Millionen Karat Diamanten, die diese Mine nach $1\frac{1}{2}$ Jahren jährlich zu fördern in der Lage sein wird (im gegenwärtigen

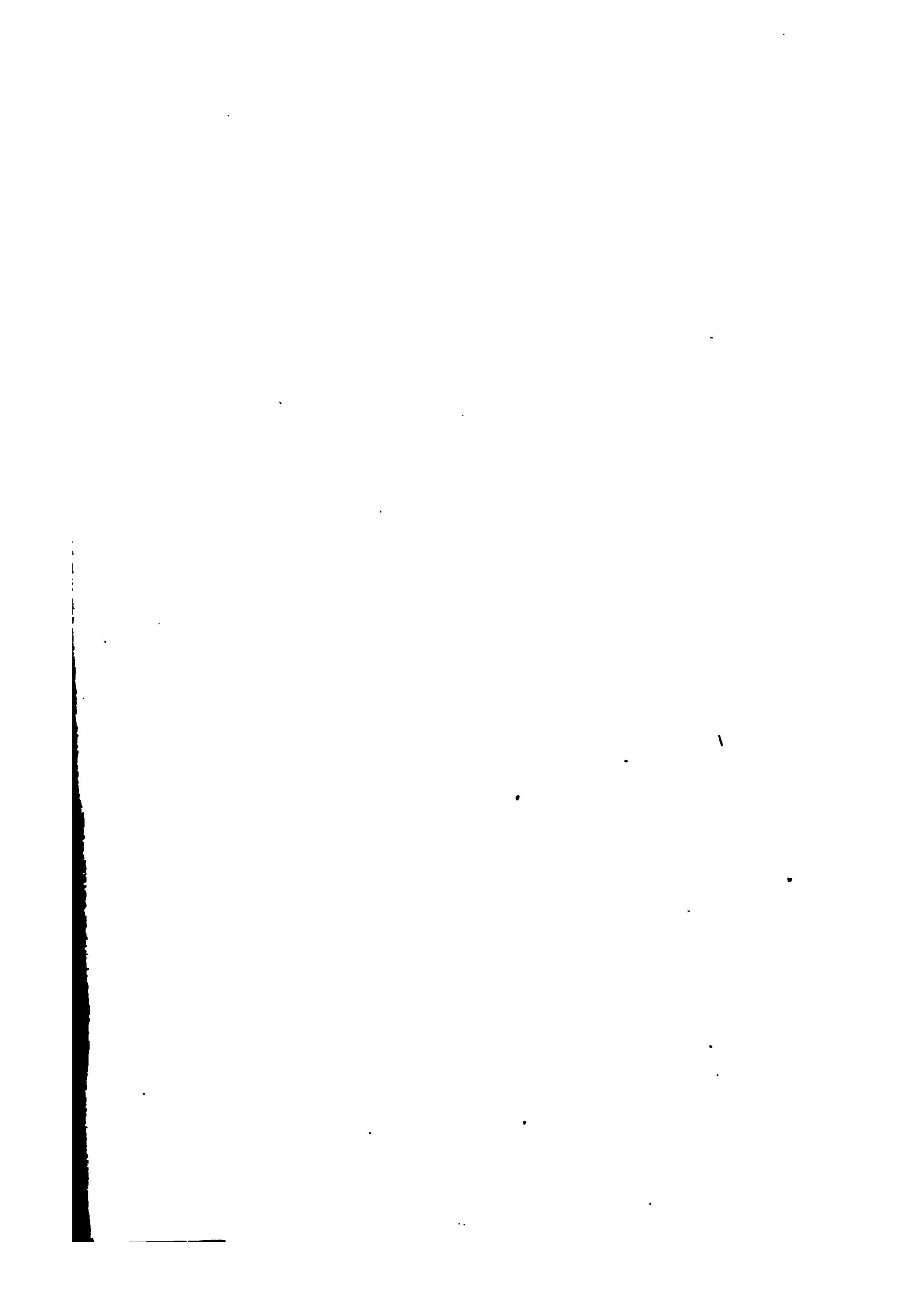
Jahre sind bereits über 1 Million gefördert), gehören 1 200 000 Karat im Werte von je 30 Schilling der Regierung, das macht für das Transvaal ein Nettoeinkommen von 36 Millionen Mark, und dessenungeachtet stehen die Aktien dieser Gesellschaft praeter propter 75 Pfund Sterling für eine Aktie von 1 Pfund Sterling nominal. Es ist natürlich nicht jede Mine eine Premier Diamond Mine, aber die Form der Konzession hat den Vorzug, daß sie eben an den Chancen des Unternehmens den Fiskus teilnehmen läßt, ohne ihn an den Lasten zu beteiligen, d. h. daß der Fiskus nichts ganz aus der Hand gibt von denjenigen Schätzen, die — ihm vielleicht selbst unbekannt — in seinem Besitz sind. Ist eine sehr leichte Art der Besteuerung für tätige Unternehmungen angezeigt, so muß ein anderes Prinzip befolgt werden bei solchen Unternehmungen, welche durch Untätigkeit der Entwicklung der betreffenden Landstrecken hindernd in den Weg treten, wie insbesondere solche Landgesellschaften, welche nicht das Äußerste für die Verwertung ihres Landbesitzes tun, und da bietet dann sowohl eine Grundwertsteuer und eine Werterhöhungssteuer eine geeignete Handhabe.

Meine Herren, ich habe Ihnen, soweit das die Zeit für einen Vortrag gestattet, einige derjenigen Fragen entwickelt, welche die koloniale Finanzpolitik und die Kolonialpolitik Deutschlands überhaupt entweder heute oder demnächst zur Lösung stellt. Deutschland wird an seinen Kolonien nur dann eine Freude haben, wenn sie verständig und zielbewußt entwickelt und die Ausgaben auf ein Nötiges reduziert werden, die Einnahmen aber zur Entlastung des Staatsbudgets gesteigert werden. Aus allem ergibt sich, daß gemäßigte Selbstverwaltung und Bau von Verkehrswegen dazu am geeignetsten sind. Aber wie jede koloniale Entwicklung müssen alle diese Dinge sehr langsam und überlegt, aber zielbewußt durchgeführt werden. Sie können nur ihre Wirkung äußern mit der Hebung des kolonialen Besitzes überhaupt, und auch diese Hebung kann ohne mancherlei Enttäuschungen, ohne eine vieljährige Arbeit, ohne große Zähigkeit nicht vor sich

gehen. „Das ganze Geheimnis jeglichen Erfolges in Afrika heißt Geduld", sagte schon der berühmte Afrikareisende Nachtigall. Wir haben wertvollen, sogar sehr wertvollen Besitz in unseren Kolonien. Wir haben verhältnismäßig günstige Eingeborenenverhältnisse. Wir haben mancherlei Lehrgeld bezahlt, aber wir müssen uns darauf einrichten, daß wir noch längere Zeit als Staat keine volle Befriedigung unserer Auslagen, als Private nicht überall glänzende Resultate haben werden. Aber die Entwicklung bisher ist nicht so unbefriedigend, wie sie von manchen Seiten angesehen wird, und die Erkenntnis über den Wert und die Aussichten der Kolonien ist im Steigen, so daß der Kreis derjenigen, die ein wirkliches Interesse an der Entwicklung nehmen und sie dadurch auch fördern, beständig im Wachsen ist, und zwar alle Kreise der Bevölkerung ohne Rücksicht auf politisches oder religiöses Bekenntnis, ohne Rücksicht auf soziale Situation. Gerade die letzten Wochen haben zur Evidenz bewiesen, daß die deutsche Nation für eine Aufgabe dieses großen Stils, wie die Entwicklung von Kolonien, Sinn, Verständnis und Willen hat, und sie haben von neuem den Beweis geliefert, daß die deutsche Nation eine Nation der Aktion ist und ein Volk, das einen Glauben an seine Zukunft hat.



Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW68, Kochstraße 68—71.




3 2044 019 902 162


WIDENER
FEB 10 1998
BOOK DUE
CANCELLED
MAY 2 9 2004
CANCELLED
WIDENER
JUN 2 6 2004
BOOK DUE

